D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 86
März '77 DM 1,80

Am Beispiel Brokdorf

Demonstration 19. Februar: In Itzehoe – für Brokdorf (siehe Bericht Seite 3) dpa

Im Fall Brokdorf sind zentrale Probleme der Kapitalverwertung, der Absicherung bürgerlicher Herrschaft und der Durchbrechung der Isolation der Linken wie in einem Brennglas zusammengebündelt. Hier geht es nicht um ein Randproblem von Umweltverschmutzung, um ein bißchen mehr oder weniger, hier geht es um das entscheidende Projekt der Supertechnologie, in dem sich die westdeutsche Industrie nicht zuletzt mit riesigen öffentlichen Forschungsaufwendungen in eine Spitzenposition hinaufgearbeitet hat und die nun durch Bau und Verkauf von Kernkraftwerken nicht nur in Westdeutschland, sondern in der ganzen Welt, verwertet werden soll. Dabei steht keineswegs die zukünftige Energieversorgung der BRD im Vordergrund. Hier geht es um einen gewaltigen Schritt in der Weltarbeitsteilung: wer wird die dynamischsten Sektoren der Zukunftsindustrie kontrollieren? Können sie, koste es was es wolle, gegenüber anderen Alternativen durchgesetzt werden?

Erst unter diesem Gesichtspunkt ist es verständlich, warum die Bundesregierung als diejenige, die den Rahmen für die Kapitalverwertung auch in längerer Perspektive sichern soll, im Fall Brokdorf – nicht zuletzt auch als "Lehre" aus Wyhl – alle Register zieht: warum sie eine Demonstration militärischer Macht ohnesgleichen inszeniert, alle psychologischen Mittel der Einschüchterung und der Diffamierung anwendet und warum sie alle Möglichkeiten der Spaltung der Bürgerinitiativen und der Integration von Teilen der aufgebrachten Bevölkerung unternimmt. Denn in Brokdorf wird symbolisch und höchst gefährlich zugleich das zentrale Projekt der fortgeschrittensten Kapitalgruppen und damit zugleich die ökonomische Vormachtposition der Bundesrepublik bedroht. Diese Bedrohung ist für Kapital und Regierung deshalb so gefährlich, weil hier nicht einige isolierte linke Gruppierungen demonstrieren, sondern weil in einer Zeit krisenhafter Umstrukturierungen der ganzen Ökonomie eine Situation der Betroffenheit großer Teile der Bevölkerung eingetreten ist; einer Betroffenheit, die zu aktiver Gegenwehr drängt, tendenziell zu systematischer Opposition werden kann und so die Isolierung der Linken in der Bundesrepublik aufheben könnte. Dies ist nicht nur angesichts der Stärke der italienischen und französischen Linken bedrohlich, sondern betrifft auch unmittelbar die Basis und damit die Stellung der Sozialdemokratie in diesem Lande.

Die bundesrepublikanische Linke, die so lange über ihre möglichen Chancen gesprochen hat, in der Krise ihre Isolierung zu durchbrechen, hat hier, wenn auch anders als traditionell erwartet, die Möglichkeit, mit ihren Arbeitsansätzen an unruhigem und lernbereitem Bewußtsein anzuknüpfen. Wird sie zum gleichberechtigten Teilnehmer an dem Lernprozeß der Bürger, bringt sie ihre Erfahrungen ein, ohne deshalb die selbständige und gemeinsame Bewußtseinsbildung aller Kernkraftgegner zu unterbrechen, hilft sie, konkrete Erfahrungen zu verarbeiten, statt abstrakte Programmatiken auf- und durchzusetzen, fördert sie phantasievolle Handlungs- und Verhaltensalternativen, statt stereotype Klischees aus der Geschichte der Arbeiterbewegung vorzuzeigen, kann sie in bisher kaum erreichte Gesellschaftsschichten einbrechen, sozialistischer Politik eine neue Basis verschaffen und damit eine neue Qualität erreichen.

Ob dies so sein wird, hängt nicht nur von objektiv ökonomischen Bewegungen dieser Gesellschaft, sondern vor allem auch von der Linken selbst ab. Spaltet die Linke sich vom herrschenden Bewußtsein der Protestbewegung ab, indem sie sich zu den Bedingungen der anderen Seite in quasi militärische und damit perspektivlose Kämpfe einläßt, so betreibt sie ungewollt das Handwerk derjenigen, die sie bekämpft. Hat sie genügend Kraft für eine lange und geduldige Anstrengung, dann werden die Protagonisten der Atompolitik ihre Diffamierungs-, Spaltungs- und Integrationstaktiken vergeblich praktizieren.

IN DIESER AUSGABE: Anti-AKW-Bewegung Am Beispiel Brokdorf 1 · Einig gegen Atomkraftwerke! 2 · Aktionen 19. Februar 3 · Kernkraftgegner in Frankfurt 5 · **Kommentare** Dany Diner: Mythos gegen links 7 · Karl Kluge: DGB-Funktionär für Berufsverbot 7 · Russell-Tribunal 8 · H. Korte/U. Kremer: Jusos 9 · Egbert de Vries: VW-Emden geht nach USA 11 · **Frauenbewegung** B. Brick/H. Erd-Küchler/E. Senghaas-Knobloch: Klassenkampf und Hausarbeit 12 · **Arbeiterbewegung** Karl Heinz Roth: Auf den Spuren des Widerstands 15 · **Diskussion** Ursula Schmiederer: Der "reale Sozialismus" 17 · **Arbeitsfelder** Egbert Jahn: Antimilitarismus 19 · Kirche 6 · Neue Infos 25 · **Linke Initiativen** Medienarbeit 23 · Streik an der Evangelischen Fachhochschule 25 · Jugendverbände 25 · Bericht einer Knastgruppe 26 · Gegen Repression 26 · **Schule** GEW-Konflikt Berlin 29 · Schüler gegen Maulkorb 30 · Schüleraktionen in Hessen 31

anti-akw

Einig gegen Atomkraftwerke!

Projektgruppe AKW und Umweltschutz der SB-Region Nord

Dieser Bericht über die Entwicklung der letzten Wochen in den Anti-AKW-Bürgerinitiativen (vor allem in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe), mußte wegen Redaktionsschluß bereits am 15. Februar abgeschlossen werden. Deshalb konnte die Redaktionsgruppe zu den Demonstrationen von Brokdorf und Itzehoe lediglich einen kurzen aktuellen Ergänzungsbericht verfassen (siehe Kasten). Die Atomkraftwerkeproblematik soll zukünftig in "links" ausführlicher behandelt werden. Inzwischen haben sich in einigen SB-Regionen entsprechende Projektgruppen gebildet und arbeiten vermehrt Genossinnen und Genossen in den Anti-AKW-Bürgerinitiativen mit. Gemeinsam mit diesen Gruppen und Genossen soll in den nächsten Wochen eine "links"-Sondernummer zusammengestellt werden, die vor allem auf die ökologischen und technologischen Probleme, auf die Energiepolitik der Regierungen und herrschenden Parteien, auf die Frage Bürgerinitiativen und Sozialisten, auf das Verhalten der Gewerkschaften und auf das Gewaltproblem konzentriert sein wird. Wer glaubt, zu dieser Thematik Materialien, Informationen, Artikel u. a. beisteuern zu können, schreibe bitte möglichst schnell an Redaktion "links" (AKW-Sondernummer), Postfach 591, 6050 Offenbach 4. "links"-REDAKTION

Die großen Demonstrationen am 30.10. mit 8.000 Teilnehmern und am 13.11.1976 mit 30.000 Teilnehmern am Bauplatz in Brokdorf haben die Bewegung der AKW-Gegner vergrößert. Die Nacht- und Nebelaktion der Bauplatzsicherung durch die NWK mit Hilfe der Polizei und der brutale Polizeieinsatz während der beiden Großkundgebungen haben die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Das erklärte Ziel der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), den Bauplatz bei Baubeginn zu besetzen, konnte zwar bisher verhindert werden, aber das Thema Kernenergie wird seitdem wieder – nach den Auseinandersetzungen um Wyhl – verstärkt in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert.

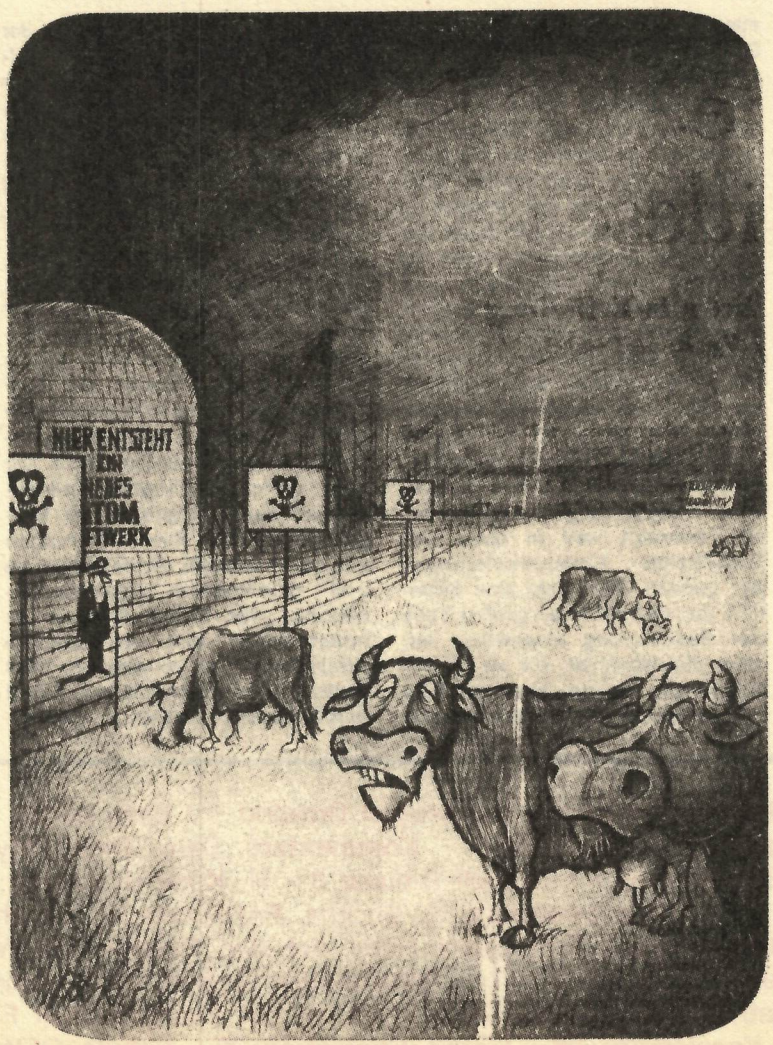
Die Bürgerinitiativen (BI) gegen AKWs im gesamten norddeutschen Raum vergrößerten sich sprunghaft. Viele neue BIs wurden gegründet. Dadurch wurde der bisherige Diskussionsrahmen der BUU, in der alle BI aus Schleswig-Holstein und Hamburg zusammengefaßt waren, gesprengt. Hatten bisher alle BI zusammen getagt, war jetzt die Aufteilung in 4 Regionalkonferenzen mit einer übergeordneten Landeskonferenz notwendig. Hinter dieser formalen Begründung für die neue Organisationsstruktur stecken aber auch unterschiedliche politische Einschätzungen über das weitere Vorgehen.

Unterschiede in der Bürgerinitiative

Eine Stärke der BUU liegt in ihrer Heterogenität. Die Forderung: "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo" liegt im Interesse so großer Teile der Bevölkerung, daß sich Menschen mit ansonsten unterschiedlichsten Interessen und Auffassungen zusammenschließen können, um den Bau des AKW zu verhindern.

Der brutale Einsatz von Polizei und Bundesgrenzschutz bei den Demonstrationen hat nicht – wie von den Behörden beabsichtigt – die Bewegung atomisieren können, hat nicht nur Angst, sondern auch Empörung hervorgerufen und eine Öffentlichkeit erzeugt, die die Berechtigung des Widerstandes bestätigte. Diese Erfahrungen haben kurzfristig zu einer ungeheuren Radikalisierung insbesondere der Teile der Bürgerinitiative geführt, die anfangs gehofft hatten, nur auf ihr Anliegen hinweisen, nicht aber es massiv durchsetzen zu müssen. Grund dafür war die Gewalt, mit der die Landesregierung sich Respekt verschaffen wollte und stattdessen Mißtrauen produzierte.

Nachdem sich die BUU am 30.10.1976 zunächst von der von einigen initiierten Platzbesetzung distanziert hatte, erkannte sie dieses Mittel nach dem brutalen Vorgehen gegen die Demonstranten als legitime Form des Widerstandes und bezeichnete die Besetzung als "ihre Aktion". In der in der folgenden Nacht erstellten Presseerklärung erinnerte man sich an frühere Widerstandkämpfer (Hennecke Wulf). Gefordert wurden: Zuchthaus für Stoltenberg, den Innenminister, den Einsatzleiter der Polizei und andere.



„Manchmal bin ich froh, daß ich nur ein Schlachtvieh bin und das alles nicht mehr erleben muß"

Für die nächste Großkundgebung rie
nun die gesamte BUU indirekt zu
einer "Platzbesichtigung" auf. Die
Marscheninitiativen erwarteten, daß
hierzu Gruppen "von außerhalb"
durch technische Vorbereitung die
Besetzung für alle ermöglichen soll
ten.

Die durch den Gerichtsbeschluß ge
schaffene neue Situation vergrößerte
die Unsicherheit der Bürgerinitiative
die sich zu dem Zeitpunkt übe
ihre nächsten Schritte noch nicht im
klaren war, wußte sie doch nicht
welche Mittel zu ergreifen der Geg
ner in Zukunft noch bereit sein wür
de. Wurde das Urteil einerseits als
Erfolg bewertet, so wurde anderer
seits die Gefahr gesehen, daß de
Widerstand dadurch eingeschläfer
werden sollte. Dennoch: evtl. "wa
die Rechtsstaatlichkeit wiederher
gestellt", ließ sich der Bau des AKW
auf friedlichem Wege verhindern
Der Gerichtsbeschluß bot für große
Teile der BUU außerdem die Mög
lichkeit, die heftigen Zweifel in di
staatlichen Institutionen zu zerstreu
en und so den Widerstand zwische
den bisherigen Erfahrungen un
der Radikalisierung durch das Er
lebte auf den beiden Großkundge
bungen aufzuheben.

Die meisten ländlichen Initiative
sind nur dann noch zu einer Platz
besetzung bereit, wenn die Gericht
ihnen Unrecht zusprechen, d. h. wen
der Baustopp aufgehoben wird.

Die Hamburger BUU, in der die Dis
kussion hauptsächlich von den "Lin
ken", seit dem 13.11.1976 insbeson
dere von ihren Organisationen m
getragen wird, ist dagegen nicht be
reit, Ort, Zeit und Form des Wide
standes an den Gerichten zu orien
tieren. In einem offenen Brief a
die Marschen- und Landeskonferenz
der von der Hamburger Regiona
konferenz am 20.1.1977 verabschie
det wurde, wird folgendermaßen a
gumentiert:

"...Wir haben dagegen die Erfahrun
gemacht, daß Gerichtsurteile Aus
druck politischer Macht sind und be
reiten uns deshalb weiter darauf vo
das AKW selbst zu verhindern.
Was kann das Gericht entscheiden

- Hebt das Gericht die sofortige Vol
ziehbarkeit auf, so wird zunächs
nicht weitergebaut und die Entsche
dung auf einen weiteren Prozeß ve
schoben... (das kann nach Erfahrun
noch Jahre dauern).
- Bestätigt das Gericht die sofortig
Vollziehbarkeit, so wird weitergebau
Trotz Anordnung des vorläufige
Baustopps sind unsere Forderunge
nicht erfüllt:
- der Bauplatz ist immer noch ein
Festung,
- es wird weitergebaut (Anmerkun
Trotz Baustopp wurde in den erste
Tagen weitergearbeitet),

• die Strafverfolgungen sind immer noch nicht eingestellt..."

Noch Ende Januar hielten die meisten Gruppen der Bürgerinitiative ein einheitliches Vorgehen am 19. Februar für möglich. Auf der Regionalkonferenz der Elbmarschen am 22.1. 1977 sprachen sich nur wenige Gruppen dafür aus, die Demonstration an einem anderen Ort bzw. gar nicht stattfinden zu lassen, da am Bauplatz ein friedlicher Ablauf nicht mehr gewährleistet sei. Andere meinten, durch entsprechende Gespräche mit den Hamburgern eine gemeinsame Aktion ermöglichen zu können. Hierzu heißt es in einem von der Ortsgruppe Glückstadt am 20.1.1977 für die Regionalkonferenz in Wilster beschlossenen Vorschlag:

"...Zu den Gruppen, die jetzt immer noch in jedem Fall besetzen wollen: Wir müssen ihnen klarmachen,

• daß sie in der Minderheit sind, und daß sie nicht die 'bewußte Führung' der Bevölkerung sind,

• daß sie uns die Aufrechterhaltung unserer Position erschweren, daß wir nicht gegen eine konstruktive Mitarbeit von Kommunisten in den Bürgerinitiativen sind, solange sie nicht als Organisation auftreten,

• daß sie Stoltenbergs primitiver Hetze gegen 'radikale Minderheiten, gegen die sich die gutgläubig falschen Informationen aufgesessenen Bürger nicht wehren können', neuen Stoff liefern würden,

• daß sie es sind, die die Bewegung spalten..."

Mißtrauen wird hier nicht den "Kommunisten", sondern den Organisationen entgegengebracht, Zweifel, daß es ihnen evtl. nicht um das gemeinsame Ziel geht, das AKW in Brokdorf zu verhindern, sondern allein darum, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen.

Liest man die Flugblätter und Publikationen der politischen Gruppen, so fällt auf, daß die Bürgerinitiative oft als "Aktionseinheit" bezeichnet wird. In der BUU hat man ein neues Feld für "linke Politik" gesichtet. Den Bürgern soll die Initiative aus der Hand genommen, notwendige Erfahrungen – Voraussetzungen für einen gemeinsamen Widerstand – vorenthalten werden. Die Geschwindigkeit einer Bewegung, die sich auch an den Kräften orientieren sollte, die am langsamsten erfahren und lernen, soll beschleunigt werden durch eine Avantgarde, die Zielrichtung und Marschroute bestimmt.

Ein gemeinsames Ziel, ein gemeinsames Lernen im Widerstand wird dadurch in Frage gestellt. Die selbsternannten "Lehrer" verlieren ihre Glaubwürdigkeit, zumal sie einzig durch die Durchführung ihrer Aktion deren Richtigkeit beweisen wollen. Die unterschiedlichen Positionen lassen die gemeinsamen aus dem Blickfeld geraten, die Voraussetzung für eine von allen getragenen Aktion sind.

Mit dem Spaltpilz für den Atompilz

Vor dem Hintergrund gegensätzlicher Standpunkte in der BUU in bezug auf die Aktionen am 19. Februar unternahmen die Landes- und die Bundesregierung viele Versuche, insbesondere in den Medien, die AKW-Gegner gegeneinander auszuspielen.

Aktionen 19. Februar

Durch die Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf am 19. Februar 1977 wurde die AKW-Bewegung weiter verstärkt. Trotz massiver öffentlicher Gegenkampagnen in Presse und Fernsehen, versuchter Kriminalisierung, Behinderung der Zufahrt, scharfer Polizeikontrollen und Durchsuchungen der anreisenden Teilnehmer in weiten Teilen der BRD (die die Polizei mit Hinweis auf das Demonstrationsverbot für Brokdorf zu rechtfertigen suchte), waren diesmal mehr gekommen als zur letzten großen gemeinsamen Kundgebung am 13. November 1976 am Bauplatz in Brokdorf. Die konzertierte Kampagne der Behörden und Medien konnte weit über 50.000 Atomkraftgegner nicht abhalten, ihr Recht, dem Bau von AKWs Widerstand entgegenzusetzen, zu demonstrieren.

In Itzehoe trafen sich etwa 35.000 Menschen, die in einer machtvollen Demonstration und Kundgebung auf ihre Forderungen aufmerksam machten. Viele waren gekommen, ob Einheimische oder Auswärtige, die eine Kundgebung in Brokdorf auf Grund der gelaufenen Diskussionen in der BUU für verkehrt hielten, aber trotzdem ihre Solidarität mit der gleichzeitigen Demonstration in Brokdorf zum Ausdruck brachten: "Itzehoe macht uns nicht froh, das AKW droht anderswo – Itzehoe macht uns nicht heiter, wir kämpfen bald in Brokdorf weiter" oder "Solidarität mit der Demonstration in Brokdorf!".

Dieser Wunsch vieler, die Spaltung zu überwinden, um gemeinsam weiterzuarbeiten, verhinderte, daß die Parteien, die so plötzlich "ihr Herz" für die Bürgerinitiativen entdeckt, die Bewegung auf ihre Mühlen lenken konnten. Durch die Teilnehmer selbst wurde das vor-

Itzehoe

wärts drängende Moment in die Demonstration von Itzehoe hineingetragen, das in den offiziellen Ablauf mit einem aufgesetzten Kulturprogramm und den Podiumsdiskussionen eigentlich nicht eingeplant war.

Das Ziel, eine Einheit der AKW-Gegner wieder zu erreichen, bestimmte auch die Demonstration in Brokdorf. Obwohl die in der Hamburger BUU dominierenden politischen Organisationen sich bis zum Schluß zu weigern schienen, von ihrem Vorhaben, einer Platzbesetzung für den 19. Februar abzugehen, verlief die Demonstration dann anders. Die Mehrheit der mindestens 20.000 Anwesenden war nicht gekommen, den Bauplatz um jeden Preis zu besetzen, sondern mit dem Ziel, eine Aktion durchzuführen, die allen AKW-Gegnern die Möglichkeit zur Identifizierung und Solidarisierung bot, um nach der jetzigen Spaltung wieder zu einer Vereinheitlichung kommen zu können.

So einigte man sich schon vor Beginn der Demonstration darauf, soweit wie möglich in Richtung zum Bauplatz zu marschieren, sich jedoch bei Behinderungen seitens der Polizei und des Bundesgrenzschutzes nicht auf gewaltsame Auseinandersetzungen einzulassen. Die Position, die Bauplatzbesetzung auf jeden Fall durchzuführen, wurde zum Schluß nur noch von einer kleinen Gruppe aufrecht erhalten, konnte sich jedoch gegen die disziplinierte Demonstration nicht durchsetzen lassen.

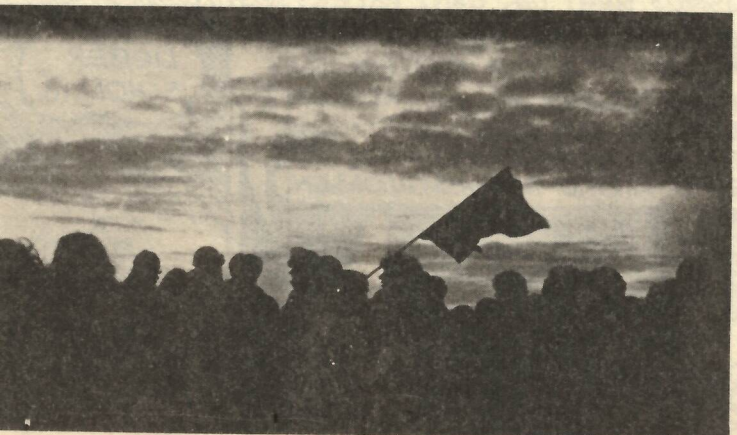
Der vorherrschende Wille, einheitlich vorzugehen, nahm der Demonstration jeglichen verbissenen Charakter, gab ihr ein spielerisches Moment, so daß eine Aktion möglich war, die nicht "nur" gemeinsam getragen wurde, sondern auch Spaß machte. Die Demonstrationsleitung, die durch eine gute Vorbereitung ein einheitliches Vorgehen ermöglichte, bezeichnete den Entschluß für eine "friedliche" Demonstration als "taktische Entscheidung", die wichtig sei, den Erfolg dieser einheitlich getragenen Aktion nicht zu gefährden.

Der Ablauf der Demonstration hat jedoch gezeigt, daß viele AKW-Gegner die Form ihres Widerstandes grundsätzlich daran orientieren, daß ein gemeinsames Vorgehen gewährleistet ist. Der Druck dieses kritischen Potentials kann evtl. in Zukunft verhindern, daß sich erneut die politischen Organisationen zur selbsternannten Avantgarde aufschwingen, die die jetzige Spaltung ermöglichte, wodurch gewiß noch viele abgehalten wurden, weder in Brokdorf noch in Itzehoe zu erscheinen.

Brokdorf

Gemeinsam können wir uns freuen, ob wir in Brokdorf oder Itzehoe waren, daß etwa 1.000 AKW-Gegner sich zu einer spontanen symbolischen Besetzung des AKW-Bauplatzes in Grohne zusammenfanden, wobei die Sorge über die Spaltung in der BUU und die Unsicherheit darüber, ob man sich nun in Brokdorf oder Itzehoe beteiligen sollte, das auslösende Moment waren. In einer phantasievollen Aktion (es wurden Rosen an die Polizei verteilt) wiesen die AKW-Gegner in Grohne darauf hin, daß neben Wyhl und Brokdorf auch anderswo AKWs verhindert werden müssen.

GABI OBERSTENFELD/
MICHAEL ROSCHEK


kdorf

Bilder: SB-Region Nord

Grohne

Mit einem gefälschten Flugblatt der KPD/ML, aus dem lange nach dem Dementi auch noch in der Bildzeitung zitiert wurde und einer vom Landrat des Kreises Steinburg inszenierten Unterschriften-Aktion "Friede für die Wilster-Marsch" sollten gezielt die Bewohner dieses Gebietes verunsichert werden.

In dem fingierten KPD/ML Flugblatt wurden die Bauern vor Ort als "Scheißbauern" bezeichnet, denen am 19.2. angeblich die Trecker für Straßensperren aus den Scheunen geholt werden müßten. Um wirkungsvolle Straßensperren gegen die Polizei zu errichten, sollten die aufgefahrenen Traktoren bei Eintreffen der Polizei in Brand gesetzt werden.

Ähnlich war auch die Unterschriften-Aktion "Friede für die Wilster Marsch" ausgerichtet. Der Friede in der Wilster Marsch wurde allein als durch linke Radikale "gestörter" dargestellt.

Waren diese beiden Aktionen speziell an die Wilster Marsch-Bewohner adressiert, welche die Unterschriften-Aktion zu einem großen Teil durch den Zusatz wendete: "Friede herrscht hier erst, wenn auf dem Bauplatz wieder Kühe weiden", wurde die bundesrepublikanische Öffentlichkeit mit Stellungnahmen Stoltenbergs und der Bundesregierung eingedeckt, in denen vor allem vor linken und auch vor rechten (Röder) Provokateuren gewarnt wurde.

Die an Bürgerkriegsstimmung erinnernde Panikmache, bei der vom Mißbrauch der Grundrechte, von DDR-Geldern für die Bürgerinitiativen, dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes, der Alarmbereitschaft Hamburger Krankenhäuser am 19.2. bis hin zur Forderung an die BUU, auf die Demonstration am Bauplatz zu verzichten, die Rede war, lief sowohl auf eine allgemeine Diskreditierung der Bürgerinitiativen hinaus, als auch auf den bewußten Versuch, zwischen sogenannten "aufrichtigen, ehrlichen" AKW-Gegnern und allein an "gewaltsamen Auseinandersetzungen Interessierten" zu trennen.

Gelänge eine solche Spaltung, könnten weitere Bürger durch derartige Verunsicherungen davon abgehalten werden, sich überhaupt gegen den Bau von AKWs einzusetzen. Neben diesem demobilisierenden Effekt würde dann versucht werden, eher "liberale" AKW-Gegner in die bestehenden Parteien zu integrieren, wofür sich gerade in Schleswig-Holstein auch die Oppositionsparteien im Landtag, die SPD und die FDP in gewissem Maße zu eignen scheinen. Der „radikale Rest" könnte dann systematisch mittels "offener Repression" verarbeitet werden.

Diese bewußte Diskreditierung vor allem der linken AKW-Gegner, die zunahm, je näher der 19. Februar kam, ist nicht vollends an der Bewegung vorbeigegangen. In bestimmter Akzentuierung findet sie sich in der Argumentation z. T. bei Jusos und SPD wieder, die den Initiativen, die dennoch in Brokdorf und nicht in Itzehoe demonstrieren wollen, vorwerfen, sie würden auf die Provokationen Stoltenbergs reinfallen, der in diesem Sinne gerade ein Interesse an einer gewaltsamen Auseinandersetzung habe, um von der Diskussion der AKW-Problematik auf die der Gewalt abzulenken. Dabei, heißt es weiter, würden maoistische Gruppen bewußt oder unbewußt der schleswig-holsteinischen Landesregierung Vorwände für gewaltsame Auseinandersetzungen liefern.

Auch die DKP (und ihr nahestehende Organisationen) spricht sich als Partei für eine Demonstration in Itzehoe – "Sternfahrt nach Itzehoe" – aus und wähnt sich dabei „einig mit den Initiativen in der Wilster Marsch", ohne selbst noch auf das eigentliche Ziel Stoltenbergs, die Auseinandersetzung vom Bauplatz wegzubekommen, einzugehen.

Wie ist es zur Spaltung der BUU gekommen?

Nach der Verfügung des vorläufigen Baustopps verschärften sich die schon vorher sichtbaren Differenzen zwischen den Hamburger Initiativen und den Initiativen in der Wilster Marsch. Während die "Einheimischen" ihr weiteres Vorgehen vom anhängigen Gerichtsurteil abhängig machen wollten, maßen die Hamburger Gruppen dem Gerichtsurteil keinerlei Bedeutung im Hinblick auf weitere Aktionen zu.

Auf einer Landeskonferenz am 27.12. 1976 kam es vorerst noch zu einer Einigung über das weitere Vorgehen. Es sollte auf jeden Fall eine Demonstration in Brokdorf stattfinden – Termin 19.2.1977. Bei Aufhebung des Baustopps durch das Gericht sollte eine Bauplatzbesetzung angestrebt werden. Im Falle einer Fortführung des Baustopps war dagegen die Bekanntgabe eines Ultimatums vorgesehen, in dem der Auszug aller Baumaschinen und der Abriß des KZ-Zauns gefordert werden sollte.

Zu ersten erheblichen Spannungen in der BUU kam es auf dem Bundeskongreß aller Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke in der BRD am 15./16.1.1977 in Wilster. Die Hamburger Gruppen erklärten, daß sie auf jeden Fall auf eine Bauplatzbesetzung hinarbeiten würden. Sie waren nicht bereit, Positionen der örtlichen Initiativen in irgendeiner Form zu berücksichtigen.

Nun verhärteten sich die Fronten zunehmend. Die Initiativen der Wilster Marsch erklärten "friedliche Formen der Demonstrationen" im Falle eines weiteren Baustopps "für nicht durchsetzbar" und rückten von dem Beschluß, am 19. Februar am Bauplatz zu demonstrieren, vollend ab.

Auf der nächsten Landeskonferenz am 30.1.1977 in Rendsburg schlug sich das unterschiedliche Vorgehen in dem Abstimmungsergebnis von nur 20 zu 19 für eine Demonstration in Brokdorf nieder. Obwohl die keine notwendige Mehrheit für eine Aktion darstellte, wurden keine Versuche mehr unternommen, zu einem einheitlichen Vorgehen zu kommen. Die Initiativen in der Wilster Marsch blieben wegen des befürchteten Besetzungsversuchs bei ihrer Ablehnung der Demonstration in Brokdorf. Die Hamburger Initiativen dagegen orientierten weiter auf Brokdorf. Sie erklärten, nicht eine Abstimmung auf einer Landeskonferenz entscheidet über die Demonstration in Brokdorf, sondern nur die politische Einschätzung, ob wir uns aufgrund der Mobilisierung aller Initiativen in der BRD stark genug fühlen. Es soll zwar noch versucht werden, eine große Mehrheit der Initiativen von der Notwendigkeit einer Demonstration in Brokdorf zu überzeugen, aber man war nicht mehr bereit, zwischen den unterschiedlichen Positionen zu vermitteln.

Die Spaltung auf der Landeskonferenz in Wilster am 6.2.1977 war deshalb die logische Konsequenz. Die Abstimmungen für Brokdorf wurden nur noch von 18 Delegierten (8 Hamburger, 7 Ostküste, 1 Westküste

Nachtrag: Brokdorf-Hilfe

Durch die Brokdorf-Demonstration vom 13.11.1976 war an einem neben dem Bauplatz gelegenen Bauernhof einiger Schaden entstanden. Wir haben in Volksblättern und linken Zeitungen (s. "links" Januar 77, S. 20) dazu aufgerufen, diesen Bauern durch Spenden finanziell zu unterstützen. Das hatte Erfolg: 63 Leute überwiesen insgesamt DM 2.064 (Stand: 20.1.77), oft Beträge, die irgendwo gesammelt und zusammen überwiesen worden waren.

Später haben wir erfahren, daß Gelände und Bauernhof der Nordwestdeutschen Kraftwerk AG (NWK) gehören und daß der Bauer – der frühere Eigentümer – dort nur das Nutzungsrecht hat. Der Schaden wurde sehr hoch geschätzt und wird durch die NWK beglichen – allerdings wird die NWK diese Gelder von festgenommenen Demonstranten zurückzuholen versuchen.

Wir haben daher vor, demnächst die Spendengelder auf zwei Konten der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) zu überweisen:

- **Das Konto des BUU-Rechtshilfe- und Ermittlungsausschusses, der vor allem die Rechtshilfe und Verteidigung festgenommener Demonstranten übernimmt und in einigen Fällen gegen Polizisten, Werks- und Bundesgrenzschützer ermittelt; Kto. Piontek/BUU-Rechtshilfe Kto.Nr. 11/18413, Westbank Hamburg, BLZ 20030000**
- **Das Konto der BUU-Verletztenhilfe, die auf der Brokdorf-Demonstration vom 13.11.76 einen Sanitätsdienst organisierte und das auch für die Demonstration am 19.2.77 vorhat; Kto. Lüthje/BUU-Verletztenhilfe Kto.-Nr. 11/18397, Westbank Hamburg, BLZ 20030000**

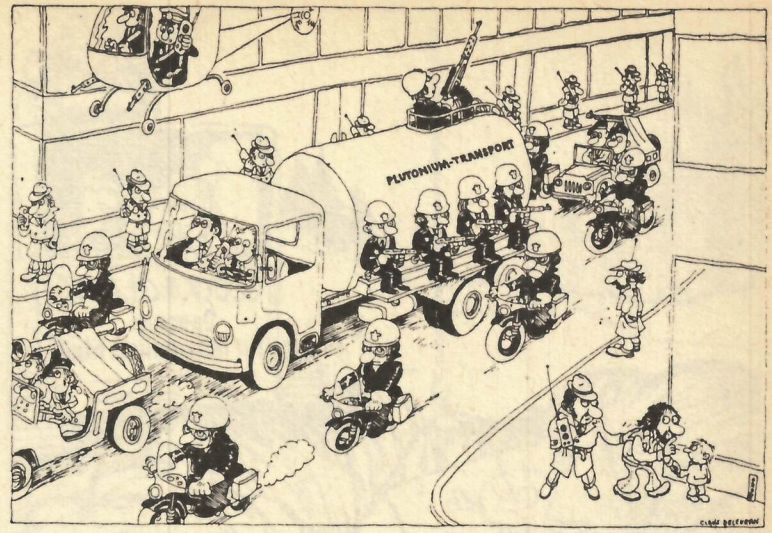
Leute, die unter diesen Umständen ihr Geld lieber zurückhaben wollen, schreiben am besten an: Ulrich Osberghaus, c/o KLENKES, Zeitung Aachener Bürgerinitiativen, Oppenhoffallee 107, 51 Aachen. ★

durchgeführt. Die restlichen 22 waren entweder vorher nicht benannt – die Regionalkonferenz der Wilster Marsch hatten sich nicht auf Delegierte einigen können – oder waren ausgezogen und trafen sich in einem anderen Sitzungsraum, um die Demonstration in Itzehoe vorzubereiten. Beide Positionen standen sich seitdem unversöhnlich gegenüber. Am Bundeskongreß am 13./14. Februar in Wilster nahmen von den in der Landeskonferenz vertretenen Initiativen nur noch die teil, die in Brokdorf demonstrieren wollten. Die Mehrheit der anwesenden Initiativen aus der BRD sprach sich für Brokdorf aus, es ist jedoch die Frage zu stellen, inwieweit sie repräsentativ für die gesamte Bewegung sind. Festzustellen ist jedenfalls, daß die Spaltung der BUU zu einer Demobilisierung vieler geführt hat. Der Schwung, der noch bei der Demonstration am 13.11.1976 vorhanden war, ist in Verbissenheit umgeschlagen. Jeder Position geht es nur noch darum, die jeweils andere durch eine größere Demonstration von der richtigen Linie zu "überzeugen".

Itzehoe – Brokdorf: Die falsche Alternative

Soviel muß klar sein: die Alternative, ob in Brokdorf oder Itzehoe gegen den Bau des AKW demonstriert wird, war nie wirklich Inhalt der Auseinandersetzung in der Bürgerinitiative. Zu Kontroversen kam es eben nur deshalb, weil viele Bürger gegen einen erneuten Besetzungsversuch in Brokdorf waren, solange der gerichtlich verfügte Baustopp bestand.

Die starre Haltung der Hamburger hat alte Vorurteile mobilisiert und es interessierten Kreisen ermöglicht, in den Elbmarschinitiativen Mißtrauen gegen die Hamburger zu säen. Vor allem die linken Gruppen in der Hamburger BUU müssen scharf kritisiert werden, weil sie den mit nur einer Stimme Mehrheit gefaßten Landeskonferenz-Beschluß vom 30.1.1977 für eine Demonstration in Brokdorf in borniertem Parteidenken für die



gesamte BUU verbindlich machen wollten. Dies ist in Bürgerinitiativen nicht tragbar, was sich bereits auf der nächsten Landeskonferenz am 6. Februar offenbarte, wo diese "Mehrheit" nur noch unter sich war.

Bis dahin hätte die Spaltung verhindert werden können, und das wäre richtig gewesen, weil zur Zeit das AKW eben wirklich nicht weitergebaut wird und Einheit über eine Demonstration in Brokdorf für den Fall des Weiterbaus besteht.

Die Empörung der ländlichen Initiativen über das Vorgehen der Ham-

Kernkraftgegner in Frankfurt

Am 2. Februar fand in Frankfurt die erste größere Informations- und Diskussionsveranstaltung über Atomenergie statt. Rund 1.300 Teilnehmer kamen in den großen Saal des Volksbildungsheims. Eingeladen hatte die Anfang des Jahres gegründete Initiativgruppe gegen Atomkraftwerke. Die Initiativgruppe setzt sich aus Angestellten, Arbeitern und Studenten zusammen, die zum Teil im Frankfurter Sozialistischen Zentrum mitarbeiten, sich aber zum Teil auch völlig unabhängig vom SB gegen die geplanten Atomkraftwerke engagieren wollen.

Die Initiativgruppe legte von Anfang an – aktualisiert am Beispiel Brokdorf – das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Herstellung von Öffentlichkeit in der Frankfurter Bevölkerung. Moralische Empörung über die expansive Atomenergieforschung und das Energieprogramm der Bundesregierung stand am Anfang, ein allgemeines Unbehagen, dem in Auseinandersetzung und Diskussion über die einschlägige Literatur mehr Klarheit verliehen wurde.

Nachdem in den vorbereitenden Diskussionen deutlich wurde, daß ein Interesse bestand, auch über die geplante Veranstaltung hinaus aktiv zu werden und eine Frankfurter Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke ins Leben zu rufen, die für Bürger aus den verschiedensten politischen Zusammenhängen offen sein sollte, entschlossen wir uns, den Abend nicht als SB-Veranstaltung zu propagieren und auch nicht vorwiegend auf die linke Öffentlichkeit zu orientieren. Entsprechend wurden Flugblätter und Plakate nicht an der Universität und den bekannten linken Treffpunkten, sondern in Stadtteilen, der Bürostadt Niederrad (einem abseits von Frankfurt gelegenen Bürohochhauskomplex), also an von linker Propaganda bislang wenig erreichten Orten verteilt.

Es kamen 1.200 Teilnehmer, etwa doppelt so viele, wie wir erwarteten, – ein gutes Drittel der Teilnehmer gehörte mit Sicherheit zu denjenigen, die sonst kaum auf politische Veranstaltungen gehen. Ein weiterer Block, rund 300 Teilnehmer waren Beschäftigte der Kraftwerksunion. Das prägte entscheidend den Charakter der Veranstaltung.

Erstmals hatte die Kraftwerksunion offiziell durch Gegenflugblatt und Lautsprecheranlage in ihrem Betrieb zu einer Veranstaltung dieser Art aufgerufen. Sie forderte ihre Beschäftigten auf, in der Veranstaltung "endlich mit den Halbwahrheiten und Lügen" der Atomenergiegegner aufzuräumen. Daß es dazu nicht kam, lag an der Sache selbst, an unseren besseren Argumenten und der Form der Veranstaltung.

Diese gliederte sich in zwei Teile. In dem ersten Teil hielten verschiedene Leute aus unserer Gruppe kurze Referate zu einzelnen Aspekten der Atomenergie: Die wirtschaftlichen Verflechtungen von Staat und Energiewirtschaft, alternative Energien, die physikalischen Prozesse der Kernspaltung, allgemeine Information über Technik der AKWs, des Uranbergbaus, des Brennstoffkreislaufs, das Transportproblem, die Arbeitsplatzfrage, (die heiß diskutiert wurde), die Gefahr der Radioaktivität und nicht zuletzt die genetischen Gefahren und Schäden, zu denen der Bremer Wissenschaftler Walter Soyka sprach. Alle diese Aspekte wurden in verständlicher Form dem Publikum vor Augen geführt, und wir hatten den Eindruck, daß jeder der im Saal Anwesenden die Beiträge verstand und dadurch zum Nachdenken angeregt wurde.

Nach den Referaten wurde die Veranstaltung mit einigen Beiträgen des Sängers Klaus Notnagel aufgelockert, der bereits zu Beginn mit eigens zum Thema Atomkraftwerke komponierten Liedern grossen Anklang gefunden hatte. In der anschließenden Diskussion, die auf eine emotional angeheizte Stimmung traf, versuchten wir eine faire und sachliche Diskussion zu erreichen, indem wir darauf achteten, daß auf jeden Kernkraftwerksgegner ein Befürworter der Kernenergie sprach. Dieses formale Prinzip gewährleistete, daß nicht nur ein gegenseitiges Anschreien und ein emotionaler Schlagabtausch stattfanden, was auf Grund der Stimmung im Saal durchaus möglich gewesen wäre. Wer sich allerdings immer noch wenig an die Prinzipien der Fairness hielt, waren die Leute von der Kraftwerksunion, die immer dann, wenn sie auf wesentliche Fragen keine Antworten wußten, versuchten, die Argumente der Kernenergiegegner ins Lächerliche zu ziehen.

Wie kaum anders zu erwarten, betonten die Mitarbeiter der Kraftwerksunion, offensichtliche leitende Angestellte, immer wieder, daß Kernenergie völlig sicher sei, und daß sie vor allem auch Arbeitsplätze schaffen werde. Sie wollten die Diskussion auf eine technisch-wissenschaftliche Debatte verlagern, die für die Anwesenden weder nachvollziehbar gewesen wäre, noch in irgend einer Form berücksichtigt hätte, daß jegliche radioaktive Strahlung, die im normalen AKW-Betrieb immer auftritt, Gefahren wie genetische Mißbildungen mit sich bringen könnte. Wichtig ist es, einfach seine Bedenken artikulieren zu können, ohne gleich technische Details eines AKWs kennen zu müssen; – diese Aussage fand in der Veranstaltung besonderen Anklang.

Nach Schluß der Diskussion berichteten 2 Vertreter der Bürgerinitiativen aus Brokdorf und Biblis über ihre Arbeit und riefen die Frankfurter zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke auf. Diese Gründungsversammlung fand am Mittwoch, den 9. Februar, statt. Mehr als 200 Leute waren gekommen. Nachdem unsere Initiativgruppe einige Vorstellungen zur weiteren Arbeit vorgebracht hatte, konnte die Diskussion über die spezielle Problematik der AKWs um Frankfurt aufgenommen werden, an der sich auch Vertreter einiger schon bestehender Bürgerinitiativen aus dem Umkreis Frankfurts beteiligten. Wichtige Bestandteile des Abends waren die Diskussion über das Verhalten der BI gegenüber der Großkundgebung in Brokdorf und die sich dort vollzogene Spaltung der BIs sowie die Verabschiedung einer Resolution, die die Einstellung des Atomkraftwerks Biblis forderte.

Abschließend möchten wir noch die Schwierigkeiten, die wir beim Schreiben dieses Textes hatten, erwähnen. Für uns stellte sich die Frage, inwieweit ein Bericht über eine solche Veranstaltung in "links" Bedeutung hat. Der in "links" oft bevorzugte, vom alltäglichen Sprachgebrauch abgehobene, akademische Stil und der Gegenstand der theoretischen Debatten, erzeugen bei uns ein Gefühl des Sich-nicht-einbringen-Könnens, eine Angst, die aus dem Niveau vieler Beiträge herkommt. Wir haben uns entschlossen, diese Barriere zu überwinden und damit zugleich aufzufordern, mehr Berichte aus der Praxis an "links" heranzutragen.

INITIATIVGRUPPE FRANKFURT GEGEN ATOMKRAFTWERKE

★

burger erzeugte die Gegenreaktion, daß sie sich dem Vorschlag einer DKP-Initiative anschlossen, die die Spaltung vorhergesehen hatte und deshalb zu einer Gegendemonstration in Itzehoe aufrief. Hieran hängten sich dann alle anderen bürgerlichen Parteien einschließlich Landesregierung und interessierter Presse, um den Spaltpilz in der BUU zu züchten.

Vor allem aber ist es das Ziel dieser Gruppen, die Demonstration in Brokdorf zu kriminalisieren. Hierbei muß man klar sehen, daß über die Kriminalisierung der Demonstration am 19. Februar am Bauplatz, hinter der nicht die gesamte BUU stand, die Widerstandsform der Platzbesetzung grundsätzlich diskreditiert werden soll. Eine Platzbesetzung wird aber in der gesamten BUU weiterhin als "vornehmes Recht" und legitime Form des Widerstandes angesehen, wenn in Brokdorf weitergebaut wird.

Gegen dieses Selbstbewußtsein der Bewegung versuchten in Itzehoe die Parteien SPD, FDP und DKP sich zum Angelpunkt der Bewegung zu machen. Die DKP, die in der AKW-Nein-Bewegung mit gespaltener Zunge agiert und der Bewegung zudem erheblichen Schaden zufügt, solange sie AKWs in der DDR und der Sowjetunion befürwortet, trat mit folgender Parole des DKP-Vorstandes für die Demonstration in Itzehoe auf: "Demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften." (UZ v. 9.2.77) Dies ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, deren Lebensraum und Gesundheit durch den Bau von Atomkraftwerken bedroht ist und deren Forderung deshalb lautet: "Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!"

Itzehoe bot sich vielen AKW-Gegnern insofern als Alternative an, als sie an einer Bauplatzbesetzung nicht teilnehmen wollten, aber trotzdem gegen den Bau von AKW und das Verhalten von Industrie, Bundes- und Landesregierung protestieren wollten. Der einzige Erfolg, der von ihnen in Itzehoe erzielt werden könnte, ist, daß die Bürgerinitiativen dort ihre Forderungen und ihre Autonomie gegen den Versuch bürgerlicher Parteien durchsetzen, die durch das Anbieten eines Festivals (Veranstalter Freimut Duve, SPD/Hamburg) die Bevölkerung den Widerstand vergessen machen wollen.

Gemeinsam sind wir stark – stimmt immer noch

Die Mitarbeit der verschiedenen politischen Organisationen in den Bürgerinitiativen ist nicht zu umgehen. Das ist auch nicht nur schlecht, wie viele Bürger meinen, im Gegenteil, dadurch können Erfahrungen in die BI-Gruppen getragen werden, welche die Diskussionen in den Gruppen befruchten können. Was aber von den sogenannten Organisierten verlangt werden muß, ist folgendes: Erfahrungen bedürfen wirklicher Vermittlung, sie müssen umfassend diskutiert werden, Funktionalisierung der Arbeit in einer BI-Gruppe hebt die Möglichkeit, autonom zu lernen, wieder auf. Kommt es nur zur Reproduktion verschiedener versteinerter Formen linker Politik, wird nicht nur den an Arbeit in autonomen Gruppen Interessierten dies verstellt, vielmehr bleibt dann eine Linke auch unter sich, isoliert sich selbst. Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß die Linke allein kein Kernkraftwerk verhindern kann.

Festzuhalten bliebe indes an der Zielsetzung – der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden –, an der Autonomie der verschiedenen Gruppen, was für die beteiligten Individuen zugleich auch Möglichkeiten schafft, sich von bestimmten Loyalitäten dieser Gesellschaft gegenüber zu lösen. Die Heterogenität, die zugleich Vielfalt ist, kann dem sozialen Lernen eine Allgemeinheit eintragen, die es braucht, soll unsere Alltagserfahrung auch zur gesellschaftlichen werden und nicht zur isolierten und privatisierten.

Unter diesen Umständen wäre eine Festschreibung der Spaltung innerhalb der BUU insgesamt ein enormer Rückschlag. Gerade die Spannung zwischen den Hamburgern und den Wilsteranern hat den Raum geschaffen für die umfassende Diskussion über die Atomkraftwerke und die Bürgerinitiativen, wodurch im Endeffekt zumindest ein Schritt zu Wiederherstellung von Öffentlichke geleistet wurde.

Schotten sich diese Gruppen jedoch gegeneinander ab, laufen die eine Gefahr, sich zu versteigen, sich z isolieren, während die anderen durch das Ausschließen eben dieser Posi tionen an Kraft verlieren, sich erfolg reich der Integration durch die Par teien zuwidersetzen. Die Chanc für die Bürgerinitiativen, die Spaltun zu überwinden, besteht darin, da sich z. Z. die Spaltung quer durch alle Bürgerinitiativen zieht und nich nur eine zwischen den Hamburge Gruppen und denen aus der Wilste Marsch ist.

Diese Aufklebeplakette "ATOM KRAFT? NEIN DANKE" (3,5 cm Durchmesser, dreifarbig: gelb, rot schwarz) kann als Briefsiegel, Mini Autoaufkleber und natürlich zu sonstigen Verzierungen benutzt werden. Bezug eines Bogens mi 12 Aufklebern gegen DM 2.-- in Briefmarken über Buchhandlung "Jos Fritz", Wilhelmstr. 15, 780 Freiburg; bei größerem Bedarf de Preis erfragen.

Arbeitsfeld Kirche im Entstehen

Der Pfingstkongreß 1976 in Frankfurt hat auch in die beiden Kirchen hineingewirkt. Aus dem ersten Treffen kirchlich engagierter Genossen sind nun regionale Gruppen in Stuttgart, Frankfurt und Göttingen im Entstehen, die das Arbeitsfeld Kirche aufbauen.

Uns gegenüber steht die immer deutlicher spürbare Repression in Gemeinden, kirchlichen Werken und Verbänden. Daher könnte der gemeinsame Kampf gegen diese Repression und die Solidarisierung mit Betroffenen eine wichtige Aufgabe des AF Kirche sein. Den kirchlichen Repressionen gemeinsam scheint zu sein, daß Christlichkeit mit bürgerlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen gleichgesetzt wird. Wir hingegen sollten davon ausgehen, daß die Botschaft Jesu uns befreit, neue gesellschaftliche Maßstäbe und neue Formen politischer und wirtschaftlicher Macht zu ersinnen und zu erproben, wenn wir merken, daß in den bestehenden politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Machtverhältnissen Menschen körperlich und geistig verkrüppeln.

Die lebendige Kraft des Sozialismus, soweit er Freiheit miteinschließt und Menschen begeister kann sehr wohl den politische Rahmen unseres kirchlichen Han delns darstellen. Sozialismus un die Botschaft Jesu sind zwei gut Partner, um in unserer Zeit da Bild einer gerechten und brüde lichen Gesellschaft zu verwirk lichen.

Im Rahmen der Gemeindearbeit, i Religionsunterricht an den Schu len, in den Verbänden und an de Universität können wir als Rel gions- und Gemeindepädago gen, Lehrer, Sozialarbeiter, Pfarre Theologiestudenten und ander interessierte kirchliche Mitarbeite miteinander unsere Ideen von e ner neuen Gesellschaft ausprobie ren und unsere Erfahrungen zur Tragen bringen, trotz und gerad wegen der sich aufspielenden Re pression in der Kirche.

Wir bitten alle Genossinnen un Genossen sowie sonstigen for schrittlichen Leute, die in der Ki che arbeiten, zu uns Verbindun aufzunehmen (wir schicken dan auch den neuesten Rundbrief de Arbeitsfeldes Kirche): Arbeitsfel Kirche, c/o Sozialistisches Regio nalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stut gart 1.

Mythos gegen links

Zum Abschluß der sogenannten "Generalsdebatte" am 3. Februar kam es im Bundestag zu einem Eklat, an dem Sozialisten achselzuckend vorübergehen könnten, wenn in ihm nicht mehr stecken würde, als in den üblichen parlamentarischen Rangeleien. Der Vorgang blieb nicht zufällig in den Medien nur erwähnt, nicht aber geschildert. Eine Ausnahme machte die FAZ, die ihr denunziatorisches Süppchen händereibend darauf bereitete. Was war vorgefallen? Auf die rhetorische Frage des Ministers Leber, wer am Untergang der Weimarer Republik Schuld trage, rief der CDU-Abgeordnete Sauer (Jahrgang 1945) den Namen Herbert Wehners. Dafür wurde er zur Ordnung gerufen, durfte aber am Schluß der Debatte eine Erklärung abgeben, in der er einen Beitrag Wehners aus dem Jahre 1926 in der Zeitschrift "Revolutionäre Tat" verlas, in dem Wehner u. a. die Zerstörung des Staates als Instrument der Kapitalisten forderte. Die FAZ empfand die Worte "wie Schüsse, die durch das Haus peitschen". Die verbalen Schüsse auf Wehner trafen die SPD – sie blieb paralysiert.

Warum? Wie kommt es, daß eine Partei von einem Jungparlamentarier einer noch rechteren Partei sich die Verantwortung für den "Untergang" der Weimarer Republik zuspielen läßt, deren geistige und physische Mitbegründer über die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz den Faschismus legalisierten. Die Erstarrung der SPD im Bundestag hat ihren Grund in der Staatsideologie der Bundesrepublik. Dieser Staat empfindet sich nicht nur als Rechtsnachfolger des Reiches, sondern insbesondere als Verweser der ideologischen Hinterlassenschaft der "Ersten Republik", von deren Schicksal er sich zu lernen aufgab. So weit, so gut. Nur wurde die Interpretation hinsichtlich der Gründe ihres "Untergangs" monopolisiert und zur Existenzideologie der BRD in Verfassungsform gegossen. Aus der Ideologie wurde mittlerweile ein Mythos, der gehegt und gepflegt, sich als sogenannte "Wehrhafte Demokratie" gepanzerte Klauen und Zähne zugelegt hat, die nur nach links wirken. Repression, Radikalenerlaß und andere Formen "demokratischen Selbstschutzes" des Staates werden mit dem Weimarer Mythos begründet. Nicht etwa die Faschisten haben die "Erste Republik" zerstört, sondern die "Radikalen von links und rechts". Aus diesen Gründen wehrt man den Anfängen, indem man der Herrschaftsideologie entsprechend gegen links mobil macht. Auf dieser, zur Staatsideologie geronnenen Weimarer "Erfahrung" der zerstörungswilligen "Radikalen von links und rechts" steht natürlich auch die SPD als Staatspartei – und verleugnet damit ihre eigene Geschichte. Zur Rechtfertigung der gegenwärtigen politischen Unterdrückung zieht sie den Weimarer Mythos ebenso aus der Tasche wie er zur Begründung der 5%-Klausel verfassungsrechtlich instrumentalisiert wurde.

Repression zur Erhaltung dessen, was die Herrschenden monopolistisch als Demokratie definieren, kann sich auch anderer Weimarer Mythen bedienen. Denn während der Radikalenmythos von "links und rechts" – der implizite die brandstiftende Rechte fein als unbeteiligten Biedermann freispricht – zur Legitimationsideologie dieses Staatswesens wurde, bedarf es einer zusätzlichen Weimarer "Erfahrung", um einerseits zentrifugale sozialdemokratische Bewegung in der Partei zu binden, andererseits wohlmeinende Sozialisten von einer Kritik an der SPD abzuschrecken. Um die absolute Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Regierungsverantwortung auch und insbesondere in Krisenzeiten zu bekräftigen, wurde an einem neuen Mythos gestrickt: Hätten sich die Sozialdemokraten 1930 (Kabinett Hermann Müller) nicht "aus der Regierung abgemeldet... – und das wegen einer Beitragserhöhung von einem halben Prozent zur Arbeitslosenversicherung" (Zeit vom 4.7.75), dann hätte vermutlich der Faschismus abgewendet werden können. Die Weimarer Moral von der Geschicht: Um das Schlimmste zu verhüten, gilt es für Sozialdemokraten, mit allen Mitteln an der Regierung zu bleiben, auch wenn damit die Politik derjenigen betrieben wird, die man zu bekämpfen vorgibt; oder: ein sozialdemokratischer Radikalenerlaß, Maulkorbgesetz, etc., etc. sind besser als eine Unterdrückung à la CDU. Nur: Wer sich dieser Logik des Mythos ergibt, darf sich nicht darüber wundern, wenn er mit ihm geprügelt wird. Denn was gegen die Linke recht ist, kann einem CDU-Debütanten im Parlament nur billig sein. DANY DINER

DGB-Funktionär fordert Berufsverbote

Der GEW-Kreisverband Delmenhorst/Oldenburg-Land II umfaßt die Stadt Delmenhorst mit ländlichen Randgebieten. Trotz der Nähe zu Bremen hat die dortige GEW-Entwicklung – da anderer Landesverband – auf Delmenhorst

Nr. 53 – Nov. '76: Handlungsmöglichkeiten und alternative Aktionsformen an der Uni / ‚Social work' Göttingen – eine studentische Selbsthilfeorganisation / Der ‚neue Student' und die alternde Linke / Oldenburger Fahrraddemonstration / Anarchistische Erkenntnistheorie? – Rezension zu Duerr und Feyerabend

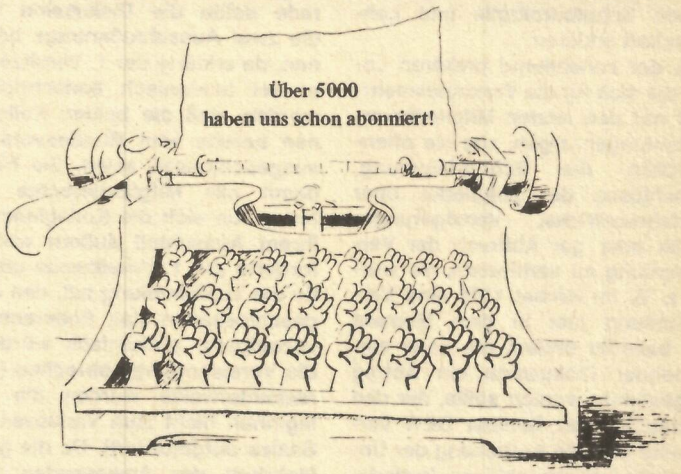
Nr. 54 – Febr. '77: Erinnerungen an einige Besonderheiten deutscher Geschichte / Kampf um Verfassungspositionen und sozialistische Politik / Erwitte: Arbeitskampf und Frauenbefreiung / „Zittert, zittert, die Hexen sind wieder da": Extreme Linke und Frauenbewegung in Italien / Rezension zu Luce Irigary: ‚Waren, Körper, Sprache'

Abo: (4 Hefte + Vers.) DM 7,– / (6 Hefte + Ver.) DM 10,– / (8 Hefte + Vers.) DM 12,– – Abo Preis bitte mit dem Vermerk: Politikon – Abo ab Nr. . . auf das Pschkto Hannover 87377 (Politikon) einzahlen

POLITIKON

Probeexemplare können bestellt werden bei der Redaktion Politikon, 34 Göttingen, Postfach 640. Bitte Rückporto (min. 70 Pf. in Briefmarken) beifügen.

Das Blatt für die Praxis.



. . . und es werden sicherlich noch einige dazukommen! Denn: päd. extra sozialarbeit ist keine Zeitschrift für eine anonyme Lesermasse, sondern ein aktuelles Blatt aus der Praxis für Praxis. Lesbar und Aktuell.

Was bringt päd. extra *sozialarbeit*?

Verständliche Beiträge mit Gebrauchswert für die tägliche praktische Arbeit
- aktuelle Praxisberichte und -informationen,
- Dokumentationsdienst wichtiger Arbeitsmaterialien,
- Kommunikations-Markt für Leser,
- Archiv mit aktuellen „historischen" Texten,
- Hinweise und Besprechungen neuer Bücher,
- Daten und Fakten als Argumentationshilfen,
- Praktisches Lexikon der Sozialarbeit auf Karteikarten.

Das ganze zwölfmal im Jahr, jeweils mit 40 Seiten.

Und: Wer abonniert, der bekommt alle bisher erschienen Hefte nachgeliefert. Hefte mit Beiträgen und Themen wie z.B.
- „Gast"arbeiter und Sozialarbeit Über das Spanische Zentrum in Essen
- Repression und Widerstand im Sozialbereich
- Jugendhilfe und Schule – oder ist Schulsozialarbeit ein Ausweg aus der Misere?
- oder über Politische Liedermacher, dem neuen alten Strafvollzugsgesetz und viele andere Beiträge

Von Autoren wie z.B. Manfred Rabatsch, Marianne Kokigei, Erhard Wedekind, Jürgen Roth, Ursula Krechel, Peter Paul Zahl, Manfred Liebel . . .

Unser Jahresabo kostet 38,- DM, für Leute die gleichzeitig päd. extra abonnieren, ganze 20 DM!

★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★ ★

Ausschneiden und einsenden an
pad extra*sozialarbeit*
c/o padex-Verlags GmbH
Postfach 119086
6000 Frankfurt am Main 2

päd.extra
Magazin für Erziehung, Wissenschaft und Politik
sozial arbeit

Coupon

◯ Ich bestelle ein Jahresabonnement pad extra**sozialarbeit** 38,– DM

◯ Ich bin Abonnent der Zeitschrift pad extra (Meine Abo-Nr. . . . .) und bestelle zusätzlich ein Jahresabo pad extra**sozialarbeit** zum Sonderpreis von **20.– DM**

Name, Vorname
PLZ Ort
Straße und Nr.
Datum Unterschrift

Von der gesetzlich vorgeschriebenen Garantie meiner Bestellung innerhalb einer Woche (Ihre Absendung genügt) schriftliche Mitteilung an die padex Verlags GmbH, 6 Frankfurt/M Postfach 119086 zu widerrufen – habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort Datum

kaum Einfluß. In einem Offenen Brief an die Mitglieder wurde die allgemeine Lage im Kreisverband so dargestellt: "Unser Kreisverband hat knapp 400 Mitglieder. Auf den Mitgliederversammlungen, die nur von einer Minderheit der Mitgliedschaft besucht werden, zeigt sich regelmäßig eine Spaltung in einen 'rechten' und einen 'linken' Flügel... U. E. vertritt der 'rechte' Flügel einen sozialpartnerschaftlichen Kurs – Leitlinie: möglichst wenig Konflikte mit dem Arbeitgeber –, während der 'linke' Flügel eine offene Auseinandersetzung dieser Konflikte für nötig hält... Bei den letzten Vorstandswahlen ergab sich eine knappe Mehrheit für die Kandidaten des 'rechten' Flügels. Im Gegensatz dazu hat die 'rechte' Vorstandsmehrheit auf Mitgliederversammlungen s.it über einem Jahr keine Mehrheit mehr für ihre Politik..."

Hier ließe sich noch hinzufügen, daß die Vorstandsvertreter des rechten Flügels fast alle Rektoren sind. Ihre Abwiegelungstaktik läßt sich sicher zu einem Gutteil aus ihrer besonderen Stellung zwischen Schulbürokratie und Lehrerschaft erklären.

Aus der zunehmend prekären Lage, die sich für die Vorstandsmehrheit auf den letzten Mitgliederversammlungen ergab, zog sie offensichtlich die Schlußfolgerung, Beschlüsse der Mitglieder über Verfahrenstricks, Verzögerungstaktik oder gar Abbruch der Versammlung zu verhindern. So wurde z. B. im Herbst 1976 eine Versammlung just in dem Moment für beendet erklärt, als nach eingehender Diskussion ein Antrag abgestimmt werden sollte, der den Ausschluß der Berliner GEW verurteilte und die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse forderte. Auf der folgenden Mitgliederversammlung im Dezember sollte u. a. über zwei Ausschlußanträge gegen Delmenhorster KBW-Sympathisantinnen diskutiert werden. Es war zu erwarten, daß die versammelten Mitglieder diese Anträge ablehnen würden (was allerdings auf das Verfahren keinen Einfluß haben konnte). Deshalb hatte die Vorstandsmehrheit den Leiter der Abteilung Beamte-Öffentlicher Dienst vom DGB-Landesvorstand zu einem Referat über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse eingeladen. Aus dem bereits vor der Versammlung bekannten Inhaltsverzeichnis seines Referats war die Einschüchterungsabsicht Runges klar zu erkennen:

"Können Verfassungsfeinde Mitglied einer DGB-Gewerkschaft sein? – Die Irrationalen an den Grenzen der Toleranz – a) Das Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften; b) Der KBW und die Gewerkschaften; c) Alle Diktaturen sind gleich; d) Lenins Partei drängt in die Betriebsräte;... e) Die falsche Demut vor dem Kommunismus..."

Die Mitglieder machten allerdings einen Strich durch die Rechnung der Vorstandsmehrheit und Runges, indem das Referat an den

Schluß der Tagesordnung gesetzt wurde. Nach der Änderung der Tagesordnung wurde ohne weitere Diskussion der bereits erwähnte Antrag zu Berlin und den Unvereinbarkeitsbeschlüssen abgestimmt und angenommen.

Kurz darauf hatte die Versammlung ein unvermitteltes Ende: gerade sollte die Diskussion über die zwei Ausschlußanträge beginnen, da erklärte der 1. Vorsitzende, er sei telefonisch benachrichtigt worden, daß die beiden Kolleginnen bereits vom Bundesvorstand ausgeschlossen seien. Sie hätten damit alle Mitgliederrechte verloren. Als sich die Kolleginnen zu ihrem Ausschluß äußern wollten, forderte der 1. Vorsitzende ultimativ die Versammlung auf, den Ausgeschlossenen das Rederecht zu verweigern, andernfalls würde er die Versammlung abbrechen (interessanterweise wurden die Kolleginnen nicht zum Verlassen des Saales aufgefordert). Da die große Mehrheit der Anwesenden nicht bereit war, dem Redeverbot zuzustimmen, zogen die Rechten aus dem Saal und ließen damit die Versammlung platzen.

Nach dieser Mitgliederversammlung eröffnete Runge in der Regionalpresse eine Verleumdungskampagne gegen die Vertreter des linken Flügels. Diese Kampagne gipfelte darin, alle Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu Anhängern bzw. Mitläufern des KBW zu erklären und Berufsverbote für die ausgeschlossenen Kolleginnen zu fordern.

Der Delmenhorster FDP-Bürgermeister Zoschke – vor kurzem noch Kripo-Chef – griff Runges Anregung dankbar auf und blies zur Radikalenhatz an den Schulen: "Wegen der Vorgänge in der Delmenhorster Lehrergewerkschaft... werde ich anregen, daß sich die Schulaufsichtsbehörde, Vertreter des Stadtelternrates, der GEW und Vertreter des Stadtrates umgehend in einem klärenden Gespräch mit der Situation an den Delmenhorster Schulen und eventuell möglichen ideologischen Beeinflussung von Schulkindern beschäftigen sollen."

Womit läßt es sich erklären, daß der Angriff auf die GEW-Linke erstmals (für hiesige Verhältnisse) öffentlich geführt wurde? Es reicht zur Erklärung sicher nicht aus, auf die geschwächte Position der Vorstandsmehrheit im Kreisverband hinzuweisen. Vielmehr geht es den Rechten darum, innerhalb der Gewerkschaft und Öffentlichkeit endgültig diejenigen Kräfte mundtot zu machen, die den Interessengegensatz zwischen Gewerkschaft und Schulbürokratie betonen. Gerade in letzter Zeit nimmt der Druck des Kultusministeriums auf die Lehrer ständig zu. In dieser Situation erkennt eine zunehmende Zahl der Gewerkschaftsmitglieder die Richtigkeit der Politik der Gewerkschaftslinken. Aufgrund dieser Entwicklung war es z. B. in Delmenhorst und Umgebung möglich, eine öffentliche Aktion zur Situation der BAT-Lehrer mit Zweidrittel-Verträgen erfolgreich durchzuführen, obwohl die Vorstandsmehrheit alles tat, die Aktion zu torpedieren.

Daß der GEW-interne Gleichschaltungskurs Widerstand an der Gewerkschaftsbasis hervorruft, macht auch folgendes deutlich: Zur gleichen Zeit, als in Delmenhorst die öffentliche Diffamierungskampagne anlief, wurden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf der Bezirksvertreterversammlung in Oldenburg mehrheitlich abgelehnt. Fast einstimmig wurde dort eine Neuaufnahme der Diskussion über diese Beschlüsse gefordert.

Wie geht es nun weiter in Delmenhorst?

Bis Ende Januar hatte Runge in der Regionalpresse dreimal die Möglichkeit, die Gewerkschaftslinke anzugreifen. Als Reaktion veröffentlichte die Vorstandsminderheit Gegendarstellungen, gab zusätzlich einen Offenen Brief an die Mitglieder heraus und forderte den Landesvorstand zu einer Stellungnahme auf. Die Vorstandsmehrheit gibt zwar intern vor, die von Runge gewählte Form der Auseinandersetzung abzulehnen. Gegenüber der Öffentlichkeit hat sie aber die Pressekampagne Runges kommentarlos ablaufen lassen.

Eine wesentliche Möglichkeit zur Veränderung der Situation bietet sich durch die anstehende Neuwahl dreier Vorstandsmitglieder. Sollten hier Kandidaten des linken Flügels gewählt werden, wäre dem rechten Flügel der Vorstand als entscheidender Hebel zur Behinderung einer basisorientierten Politik genommen. Die Wahlen werden zeigen, ob es Runge mit seiner Demagogie gelungen ist, die bisherige gute Verankerung der Gewerkschaftslinken in der Mitgliedschaft aufzubrechen. Als eindeutigen Pluspunkt hat die Gewerkschaftslinke in Delmenhorst jedenfalls aufzuweisen, daß sämtliche gewerkschaftlichen Aktivitäten der letzten Jahre wesentlich von ihr getragen wurden.

Nachdem die Solidarität innerhalb des Delmenhorster linken GEW-Flügels durch Runges Angriff eher noch gestärkt worden war, versetzte ihr der KBW einen entscheidenden Schlag: Der KBW startete plötzlich – wie auch in anderen Orten – seine Kampagne gegen den "Notenterror". In Delmenhorst war es zuerst eine der beiden aus der GEW ausgeschlossenen Kolleginnen, die hierbei eine Hauptrolle spielte. Sie war nicht bereit, bei der Zensurvergabe Fünfen und Sechsen zu geben, worauf ihr vom Schulamtsdirektor das Recht zur Notenfestsetzung entzogen wurde. Der KBW antwortete mit einer Flugblattaktion und agierte auf Schulhöfen, wobei es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der schleunigst herbeigerufenen Polizei kam, an denen auch Schüler beteiligt waren. Folge: die örtliche Reaktion – dankbar für diesen Aufhänger – startete über die Regionalpresse zum Generalangriff auf die kommunistischen "Jugendverführer" in Schulen, Jugendfreizeiheimen usw.

Vor der Eröffnung ihrer Kampagne hatten die KBWler keinerlei Versuch unternommen, sich der Solidarität der Lehrerkollegen und der Eltern zu versichern. Trotzdem erwarteten sie eine Solidaritätswelle in der Bevölkerung und unter den Kollegen. Tatsächlich stieß ihr Vorgehen jedoch – abgesehen von einigen Schülern, die sich begeistern ließen – überall auf eisige Ablehnung. Große Teile der Bevölkerung mußten im Verhalten der KBWler eine offensichtliche Bestätigung der Warnungen Runges und Zoschkes sehen. Auch die Gewerkschaftskollegen, die das Notensystem kritisieren, lehnten die KBW-Politik ab, u. a. auch deshalb, weil der KBW als Alternative nur wieder sein Wundermittel "Einheitsschule" anbietet.

Daß sich die "Notenterror"-Kampagne nachteilig auf den Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie auswirken mußte, ist offensichtlich. Trotzdem gelang es, auf der Mitgliederversammlung vom 14.2.77 einen Antrag mit großer Mehrheit zu verabschieden, der das Vorgehen Runges scharf kritisierte und das Verhalten der Vorstandsminderheit unterstützte. Außerdem schaltete sich der Bezirksvorstand ein und kündigte innergewerkschaftliche Schritte gegen Runge an. Der Landesvorstand, der von einem Mitglied zur Stellungnahme aufgefordert worden war, hat sich bis jetzt nicht geäußert.

KARL KLUG

Zu den Vorbereitungen für ein Russell-Tribunal

Was lange währt, wird gut! O diese Volksweisheit auch auf d Bildung einer breiten Unterstü zung für das geplante Russell-Tr bunal zur Untersuchung der U terdrückung in der BRD zutrif

Aufruf der Bertrand Russell Foundation zur weltweiten Unterstützung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD

Aus allen Teilen Westeuropas sind bei der Bertrand-Russell Foundation Appelle eingegangen, in denen eine internationale Untersuchung der Situation in der Bundesrepublik Deutschland gefordert wird. Diese Aufforderungen, die sich durch ihren Tatsachengehalt auszeichnen und die sowohl von Organisationen als auch von Individuen kommen, betreffen vor allem den sog. Radikalenerlaß, demzufolge bestimmten Staatsbürgern aus politischen Gründen die Ausübung ihres Berufes verwehrt wird. Diese Praxis ist mittlerweilen international unter dem Wort "Berufsverbot" bekannt geworden. Ferner werden andere Angaben über den Abbau von Menschenrechten gemacht. Manche dieser Appelle stellen auch die Frage nach den Folgen dieser Praxis in der BRD für die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EG) und für andere europäische Staaten. Viele der Appelle zitieren Gesetze und Statistiken der Bundesregierung und enthalten anderes dokumentarisches Material. In einigen Appellen finden sich Auszüge aus kritischen Stellungnahmen zur Politik der Bundesregierung, die in konservativen, liberalen und sozialistischen Presseorganen der USA und Westeuropas erschienen sind.

Die Russell-Foundation, die 1963 von Bertrand Russell ins Leben gerufen wurde, um seine Arbeit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte weiter zu entwickeln, hat diese Appelle mehrere Monate lang sorgfältig geprüft. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß in der Bundesrepublik eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist, und daß alle Umstände mit größter Sorgfalt untersucht werden sollten. 1966 berief Bertrand Russell das "Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam" ein, das weltweit als Russell-Tribunal bekannt wurde. Das zweite Russell-Tribunal hatte die "Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" zum Gegenstand. Diese internationalen Tribunale sind nicht mit staatlicher Gewalt ausgestattet. Ihre moralische Autorität beruht auf der Integrität ihrer Mitglieder, und ihre Urteile stützen sich auf das ihnen vorgelegte Beweismaterial. Viele der Appelle, die an die Bertrand Russell Foundation gerichtet wurden, fordern die Einsetzung eines Russell-Tribunals über Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Russell Foundation antwortet auf diese Aufforderungen positiv und ruft die Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf, die Errichtung eines Russell-Tribunals zu unterstützen, nationale Unterstützungskomitees zu gründen, dazu beizutragen, die notwendigen Mittel für dieses Tribunal aufzubringen und wichtiges dokumentarisches Material zu sammeln, das einem Tribunal vorgelegt werden kann. Die Foundation betont, daß ein solches Tribunal nicht ohne massive Unterstützung der Öffentlichkeit veranstaltet werden kann; denn nur mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit können die nationalen Komitees getragen und kann die Arbeit eines Tribunals finanziert werden. Über die Reaktion auf diesen ihren Aufruf wird die Foundation Ostern 1977 berichten.

läßt sich freilich nicht genau sagen. Immerhin ist es inzwischen gelungen, eine Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals zu bilden. In ihr werden die verschiedenen politischen Kräfte durch Personen repräsentiert.

Die Initiative richtet einen Appell an die Russell-Foundation, ein Tribunal über die Repression in der BRD abzuhalten. Inzwischen hat die Russell-Foundation darauf positiv reagiert und das Tribunal öffentlich angekündigt (siehe Kasten). Damit ist also der Startschuß für die Unterstützung des Tribunals gegeben worden. Die nächsten Schritte sind die Bildung eines provisorischen Sekretariats für das Tribunal durch die Foundation und die Einberufung einer Arbeitskonferenz von Delegierten aller Gruppierungen, die gegen die Repression in der BRD arbeiten, durch die Initiative. Diese Konferenz soll vor allem der Prüfung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der gegenseitigen Unterstützung dienen. Bei dieser Konferenz soll sich auch aus den Mitgliedern der Initiative ein Nationales Unterstützungskomitee bilden, wobei bis dahin in der Initiative noch nicht vertretene radikaldemokratische Kräfte durch Aufnahme weiterer Personen repräsentiert werden sollen.

Wir gehen davon aus, daß die tatsächlich erreichte Breite der Unterstützung für den Erfolg des Russell-Tribunals ausschlaggebend sein wird, da nur so der zu erwartenden anti-kommunistischen Konter-Mobilisierung mit nationalem Unterton gegen das Tribunal entgegengetreten und eine Isolierung der Linken vermieden werden kann. Angesichts der Schwäche der liberalen und demokratischen Kräfte in der BRD ist die Unterstützung aus dem europäischen Ausland außerordentlich wichtig. Daß die Feststellungen des Tribunals das demokratische Gewissen einer liberalen Öffentlichkeit in den westeuropäischen Nachbarländern erreichen können und von dort her Einwirkungen auf die westdeutsche Öffentlichkeit ausgehen, ist unstrittig. In der BRD wird man dieses Ziel über die "Massenmedien" vor allem dann erreichen, wenn zuvor eine Berichterstattung in den verschiedenen Organen von Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und den zahlreichen Zeitschriften anderer demokratischer Gruppierungen gelingt.

Dies setzt voraus, daß man mit allen Kräften in Gewerkschaften, Kirchen und politischen Parteien zusammenarbeitet, die einerseits vor den Gefahren, die heute den Freiheitsrechten in der BRD drohen, nicht die Augen verschließen, andererseits in der Lage sind, die vorhandene demokratische Substanz in ihren Organisationen durch Information und Argumentation zu stärken.

Eine solche Orientierung gegenüber dem Russell-Tribunal zeigt an, daß es sich bei so heterogenen Kräften nur um eine punktuelle Kooperation handeln kann, die sich auf die Publizierung, die Materialsammlung und die materielle Unterstützung des Tribunals beschränkt. Gelingt es hierbei, zu einer verläßlichen Zusammenarbeit zu kommen, die sich auf die sachlichen Probleme bezieht und einen Schlagabtausch über Positionen ebenso wie Majorisierungsversuche vermeidet, so ist schon viel erreicht. Für die 'Vereinheitlichung der Linken' freilich ist die Unterstützung des Tribunals der falsche Ort, da hier weder die Linke – was immer man darunter genau versteht – allein tätig ist, noch zentrale Fragen sozialistischer Politik thematisiert werden. Die wichtigen Auseinandersetzungs- und Klärungsprozesse, die notwendige Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit der Linken sind, können sich nur dort ergeben, wo sich politische Arbeit unmittelbar an den Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen der Betroffenen festmacht.

Das Russell-Tribunal stellt somit nur einen Aspekt des Kampfes gegen Repression dar. An ihm können sich in seinen Zielsetzungen sehr unterschiedliche Kräfte beteiligen, auch wenn ihre Begründungen dafür weit auseinander gehen. Alle Versuche, diese Vielfalt zu übergehen und die Ebene zu verlassen, auf der das Tribunal arbeitet, müssen zu einem Zerfall der Unterstützung führen, und werden Isolierung und Zersplitterung der Linken nur vergrößern.

SB-PROJEKTGRUPPE
RUSSELL-TRIBUNAL

Neuorientierung der Jusos?

Am 18.-20. März veranstalten die Jusos ihren diesjährigen Bundeskongreß. Anders als im vergangenen Jahr muß auf dem bevorstehenden Kongreß in Hamburg mit einer harten Auseinandersetzung um die politische Orientierung und die personelle Führung der Juso-AG gerechnet werden. Die bisherige Bundesvorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul wird nicht wieder für den Vorsitz kandidieren. Die hinter ihr stehende Gruppe (das sogenannte 'reformistische Zentrum') beabsichtigt, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Otmar Schreiner für den Vorsitz zu nominieren. Schreiner ist einer der Initiatoren für die Gründung der Juso-Hochschulgruppe gewesen und gilt als ein besonders kompromißloser Gegner des SHB und der 'Stamokap'-Gruppierung bei den Jusos. Gegen ihn nominiert diese Gruppe deshalb voraussichtlich den Berliner Klaus-Uwe Benneter, gegenwärtig ebenfalls stellvertretender Bundesvorsitzender. (Die 'Stamokaps' stellen gegenwärtig zwei der sieben Mitglieder im Bundesvorstand.).

Die Kandidatur von Benneter gegen Schreiner ist nicht aussichtslos, da es angesichts der gescheiterten Politik des 'reformistischen Zentrums' inzwischen zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Flügeln der linken Opposition gekommen ist. Die als 'Dritte Kraft' bezeichnete 'undogmatisch-marxistische Linke', die sich um den Bezirk Hannover gruppiert ('Göttinger Kreis'), hat die Kandidatur von Wolfgang Jüttner (bisher Vorsitzender im Bezirk Hannover) für den Bundesvorsitz zurückgezogen; sie wird allerdings zwei Kandidaten für die stellvertretenden Vorsitzenden nominieren. Ein mehrheitlich von den Juso-Linken besetzter Bundesvorstand erscheint angesichts des raschen Zerfalls der bisherigen Führungsgruppe um den Bezirk Hessen-Süd nur noch durch Eingriffe des Parteivorstands zu verhindern zu sein. Anders als in den vergangenen Jahren befindet sich die Parteiführung jedoch gegenwärtig selbst in einer ausgesprochenen Legitimationskrise gegenüber wachsenden Teilen ihrer Mitgliedschaft; die Parteilinke beginnt sich neu zu formieren, und eine inzwischen stark verjüngte Juso-Generation an der Basis findet Rückhalt in einer wiederauflebenden Widerstandsbewegung an den Schulen und Hochschulen. Die Disziplinierung der Jusos wird für die Parteiführung schwieriger; Teile der Jusos (vor allem im Schülerbereich) artikulieren bereits die Bereitschaft, sich gegenüber der Partei unabhängig zu organisieren. Unter diesen Bedingungen ist nicht damit zu rechnen, daß die Parteiführung die Juso-Linken offen mit dem Ausschluß aus der Partei bedrohen wird.

Dennoch, der Konflikt mit der Partei erscheint bereits programmiert. Vertreter der beiden linken 'Fraktionen' haben als ersten Ansatz einer gemeinsamen Plattform für die Neuorientierung der Juso-Vorstandspolitik einen sehr grundsätzlich gefaßten Antrag zu den Europawahlen ausgearbeitet. In ihm werden die Grundlinien und -forderungen eines europapolitischen Programms der Jungsozia-

listen aufgezeigt, das sich stark an die politische Linie der französischen und italienischen Sozialisten anlehnt ("Eurosozialismus") und die gegenwärtige Europapolitik der SPD entschieden kritisiert (siehe Kasten). Die Diskussion über diesen Antrag verspricht interessant zu werden.

Die verbreitete Suche nach einer politisch-programmatischen Neuorientierung der Jungsozialisten erklärt sich aus dem totalen Scheitern der bisher verfolgten "Doppelstrategie". Diese ging ja davon aus, daß Reformforderungen der Jusos und der von ihnen 'mobilisierten Basis' schrittweise von der Partei übernommen und auf parlamentarischen Wegen in Angriff genommen würden. Diese Konzeption hatte solange wenigstens einen Schein von Realität für sich, wie die Partei selbst noch Reformziele verfolgte, d. h. solange die Prosperität der Kapitalvermehrung begrenzten Spielraum für politische Umverteilungsakte gestattete und der Anteil des Staates am produzierten Wert wuchs. Mit anderen Worten: Das Reformkonzept der Jusos war unbegriffener Ausdruck einer Schönwetterperiode des Kapitalismus. Der strukturellen Dauerkrise stand und steht man dementsprechend begriffslos gegenüber. Entsprechend der Logik, stets am regierungsamtlich gespielten Ball bleiben zu müssen, um 'systemverändernde Perspektiven' zu haben, hängte man sich in die Tendenzwende zum Sparen flugs ein mit einem 'Gleichheitsprogramm', das Schmidt/Apel den Rat zu erteilen versuchte, den Rotstift doch möglichst bei den ganz hohen Einkommen ansetzen zu lassen, auf daß per Sparerlasse mehr Gleichheit im Kapitalismus einziehen möge.

Den immer wieder gepflegten Illusionen folgte unvermeidbar die Desillusionierung an der Basis. In einem Unterbezirksinfo vom April '76 heißt es am Schluß einer Kritik des Gleichheitsprogramms: "So stehen wir jetzt vor den Trümmern der Juso-Strategie. Galt es früher, Fehler und partielle Illusionen in der antikapitalistischen Strategie zu kritisieren, so müssen wir heute konstatieren, daß auch die sozialistische Perspektive fallengelassen worden ist...". Und zu den Forderungen des Programms: "...man macht sich mit solchen Forderungen, Versprechungen und Vertröstungen lediglich lächerlich."

Diese Einschätzung entspricht einem weitverbreiteten Empfinden vieler Jusos und begründet die allgemeine Empfänglichkeit für eine radikale Kritik von links an der Politik des bisherigen Bundesvorstands. Die innerparteiliche Repression der Juso-Linken hat diese nicht dauerhaft isolieren und schwächen können. Nur von ihnen kann heute noch eine konzeptionelle Erneuerung der Jusopolitik erwartet werden, welche den Verband aus seiner jetzigen Krise herausführt.

Die Juso-Linke selbst ist jedoch noch immer ausgesprochen heterogen. Über einen breiteren Rückhalt verfügen gegenwärtig vor allem zwei Gruppierungen: die sogenannten 'Traditionalisten' ('Stamokap') und die 'undogmatisch-marxistische Linke' (Göttinger Kreis).

Die 'traditionalistische Linke' stellt gegenwärtig quantitativ den größten Teil der innerverbandlichen Opposition. Sie ist besonders stark verankert in Hamburg und Berlin, wo sie bereits seit Jahren die Politik der Landesverbände bestimmt. Daneben hat diese Tendenz starken Rückhalt in den nordrhein-westfälischen Bezirken. Auf dem diesjährigen Bundeskongreß dürften sie etwa 1/3 der Delegierten stellen.

Die 'traditionalistische' Gruppierung der Jusos hat sich aus einer Abwehrreaktion von Jusos und SHB´lern gegen die antiautoritäre Tendenz der Studentenbewegung in den 60er Jahren gebildet (sie wurde vor allem dort stark, wo bereits im SDS die 'traditionalistische Fraktion' dominierte, wie z. B. an den rheinischen Universitäten). Sie orientierte sich zunächst vorrangig an der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Strategie der 'antimonopolistischen Demokratie', wie sie von der SED und DKP propagiert wurden. Man versuchte aber, diese Theorien von der leninistischen Parteikonzeption zu lösen und mit der zentristischen Tradition in der SPD zu verbinden (Bebel, Kautsky). Die Stamokap-Theorie wird inzwischen jedoch nur noch modifiziert vertreten, in strategischen Fragen werden erhebliche Zugeständnisse an den sozialdemokratischen Reformismus, in der Staatstheorie an den Marxismus gemacht. Bestimmend für die gegenwärtige Orientierung dieser Gruppe ist ihre Anlehnung an die Bündnispolitik der Sozialisten in Frankreich und deren gemeinsames Regierungsprogramm mit der KPF. Die westdeutsche Sozialdemokratie auf einen ähnlichen Kurs der Zusammenarbeit mit den westeuropäischen kommunistischen Parteien zu verpflichten, gilt als "prinzipiell lösbare Kampfaufgabe". Ähnlich wie das 'reformistische Zentrum' der Jusos legen die 'Traditionalisten' dementsprechend den Schwerpunkt ihrer praktischen Arbeit auf die Übernahme von Parteiämtern und -mandaten. Als besonders erstrebenswert gelten außerdem Funktionen in den Gewerkschaftsapparaten und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Neben der 'Stamokap'-Gruppierung hatte sich Anfang der 70er Jahre eine reformismuskritische und antidogmatisch-marxistische Tendenz herausgebildet, die ihren Schwerpunkt im Bezirk Hannover hatte. Sie stand dem Sozialistischen Büro nahe und versuchte, ihre Arbeit in der Juso-AG mit einer illusionslosen Einschätzung der SPD zu verbinden. 1974 löste sich ein Teil dieser Gruppierung (die Gruppe um den SOAK-Verlag) von den Jungsozialisten; der bei den Jusos verbliebene Teil konnte trotz der personellen Verluste seine bestimmende Rolle im Bezirk Hannover behaupten und konsolidierte sich wieder. Durch Kontakte mit unabhängigen Oppositionellen in anderen Bezirken wurde 1975 der "Göttinger Kreis" und ein publizistisches Diskussionsorgan, der "SOZIALIST" gegründet, um die sich inzwischen die sogenannte "Dritte Kraft" im Juso-Bundesverband gruppiert. Innerhalb dieser relativ heterogenen Gruppierung wird inzwischen eine sehr offene und selbstkritische Diskussion über die gegenwärtige

Antrag "Europawahl" des Juso-Bezirks Hamburg (Auszug)

Die von der SPD mehrheitlich verfolgte Europapolitik geht davon aus, "die national betriebene Politik der 'Sozialpartnerschaft auf marktwirtschaftlicher Grundlage' unter dem Titel 'Modell Deutschland' nach Westeuropa zu exportieren". In der Logik dieser Politik liegt es, die bisher verfolgte Politik des Krisenmanagements im EG-Maßstab zu betreiben und Kompetenzen der EG-Institutionen um entsprechende wirtschaftspolitische Instrumentarien zu erweitern. Damit würde aber die bisherige Krisenpolitik der Umverteilung zugunsten des Großkapitals in noch größerem Maßstab fortgesetzt und die Möglichkeiten einer unmittelbaren Einflußnahme der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf Fragen der Beschäftigungspolitik weiter eingeschränkt. Gleichzeitig würde sich der Spielraum für Länder wie Italien oder Frankreich, auf nationaler Ebene den Übergang zum Sozialismus einzuleiten, möglicherweise entscheidend verengen. Die bereits in der Vergangenheit verfolgte Politik, einen undemokratischen Druck auf einzelne EG-Staaten auszuüben, um sozialistische Entwicklungen zu verhindern, bekäme damit ganz neue Dimensionen.

Bei der derzeitigen parteipolitischen Konstellation in Westeuropa ist klar, daß diese Politik mit einer Bündniskonzeption verbunden ist, die Koalitionen mit Parteien des bürgerlichen Zentrums anstrebt und bemüht sein wird, die starken kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs zu isolieren. Damit würde in jeder Beziehung die traditionelle Ausrichtung der EG als antisozialistisches Bollwerk mit kapitalistischen Grundfesten erneuert und mögliche sozialistische Entwicklungen in weite Ferne rücken. Die Alternative zur Integration und damit letztlich zur Unterordnung der Arbeiter unter das Diktat des Großkapitals kann für die westeuropäischen Sozialdemokraten und Sozialisten nur darin bestehen, sich wieder als kämpferischer Teil der politischen Linken und zugleich als schöpferischer Träger der klassenbewußten Traditionen der Arbeiterbewegung zu begreifen. Die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre machen deutlich, daß ökonomische und politische Erfolge gegen die herrschende Klasse immer dann erreichbar waren, wenn es den Lohnabhängigen und ihren Organisationen gelang, einheitlich und auf der Grundlage einer konsequenten antikapitalistischen Orientierung aufzutreten. Im Ergebnis solcher Aktionen konnten dann auch große Bevölkerungsteile außerhalb der Arbeiter und Angestellten für fortschrittliche Positionen gewonnen werden.

Die entschlossene Parteinahme von Sozialdemokraten und Sozialisten für eine linke, ausschließlich den Arbeitnehmerinteressen verpflichteten Politik wird allen westeuropäischen Ländern zu einer wesentlichen Verstärkung der demokratischen, auf grundlegende gesellschaftliche Veränderung drängenden Kräfte führen. In einigen Ländern, vor allem in Frankreich und Italien, hat die Entwicklung einer konsequenten sozialistischen Politik bereits während der letzten Jahre große Fortschritte gemacht. Hier bilden das politische Bündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten (Frankreich) und vielfältige Formen der Zusammenarbeit beider Parteien in der Gewerkschaftsbewegung, auf kommunaler und nationaler Ebene (Italien) das eigentliche Rückgrat für den gesellschaftlichen Einfluß der jeweiligen Arbeiterbewegung. In beiden Ländern sind nicht zuletzt als Folge des Beitrags der sozialistischen Parteien die Perspektiven eines revolutionären Umwandlungsprozesses auf demokratischem Wege sichtbar geworden, auf dem schon in den nächsten Jahren Erfolge von historischer Bedeutung möglich erscheinen.

In den anderen Ländern haben die verschiedensten geschichtlichen Bedingungen eine entsprechende Orientierung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien bisher verhindert (Großbritannien, Niederlande, Bundesrepublik). Dennoch werden auch die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien dieser Länder angesichts der weltweiten Krise des kapitalistischen Systems weitreichende Rückschläge ihres politischen Einflusses nur vermeiden können, wenn sie den Kampf gegen das Großkapital und für die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wieder in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Dabei müssen sie auch lernen, wieder von der Zusammenarbeit aller politischen Kräfte der Linken unter Einschluß der Kommunisten auszugehen und dabei an die klassenbewußten Traditionen ihrer eigenen Parteigeschichte anknüpfen..."

★

Lage und die Zukunftsperspektiven der Jusos geführt; gleichzeitig wird besonders die Kommunikation mit den "Traditionalisten" gesucht und eine Zusammenarbeit zur Überwindung der politischen Krise angestrebt. Gemeinsamkeiten ergeben sich vor allem in Fragen der Europapolitik (vgl. den Hamburger Antrag) und der Kritik an den Reformillusionen des "reformistischen Zentrums".

Skeptischer als bei den Traditionalisten wird von den Angehörigen des "Göttinger Kreises" die Veränderbarkeit der SPD eingeschätzt. Die Jusos sollen weniger auf die Parteiarbeit und mehr auf die Verankerung in ihren sozialen Bezugsgruppen (arbeitende und lernende Jugend) hin orientiert werden, ohne sich allerdings dem Konzept der SPD-Vertrauensarbeit zu unterwerfen. Zu den Kräften der außerparlamentarischen Linken wird ein Verhältnis solidarischer Arbeitsteilung und Kooperation angestrebt; die Traditionalisten neigen dagegen eher zu bornierten Ausschließlichkeitsansprüchen und Konkurrenzverhalten gegenüber andersdenkenden Linken.

Eine Zusammenarbeit der beiden Gruppierungen innerhalb der Juso-Linken scheint deshalb eher temporär möglich zu sein; verbindend wirkt zur Zeit die gemeinsame Gegnerschaft zum reformistischen Zentrum. Nach dem Bundeskongreß könnte die jetzige Zusammenarbeit innerhalb der Linken leicht wieder in einen zermürbenden Ausschaltungskampf der Traditionalisten gegen die undogmatische Linke enden, wenn es diesen beiden Gruppierungen nicht gelingt, die bestehenden Ansätze zu einer inhaltlich fundierten, d. h. über taktische Bündniserwägungen hinausgehenden sozialistischen Neuorientierung der Jusos weiterzuentwickeln.

HELMUT KORTE/UWE KREMER

VW-Emden geht nach USA

Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Filmen aus der "Arbeitswelt" ist schon ein Kapitel für sich. Da werden in dem einen Fall alle zur Verfügung stehenden Truppen mobilisiert, um gegen die Absetzung einer Schulungsreihe für Betriebsräte im III. Fernsehprogramm zu protestieren. In der gewerkschaftlichen Publizistik und Bildungsarbeit wird diese Intervention der schleswig-holsteinischen Arbeitsgeber zu Recht als ein Beispiel für den Unternehmereinfluß auch in den öffentlich-rechtlichen Medien dargestellt.

Gleichzeitig versucht man, Filme über gewerkschaftliche Probleme, die nicht bis aufs Komma ins eigene Konzept passen, am liebsten zu verbieten oder im Keller verschwinden zu lassen. Läßt sich dieses nicht so ohne weiteres realisieren, dann hüllt man sich eher in Schweigen, als daß man die wenigen Rosinen im Kuchen der bürgerlichen Medien auch noch offen unter den Mitgliedern propagiert.

dpa

Zu diesen Film-Rosinen gehört in neuerer Zeit die breitangelegte Dokumentation von Klaus Wildenhahn und Gisela Tuchtenhagen "Emden geht nach USA", die zum Jahreswechsel im III.Fernsehprogramm von NDR, WDR, Radio Bremen und dem SFB uraufgeführt wurde. Den beiden Filmemachern geht es mit ihrem Filmprojekt darum, individuelle und kollektive Reaktionen von Arbeitern einzufangen, die sich im strukturschwachen Ostfriesland einer möglichen Produktionsverlagerung des größten Arbeitgebers in dieser Gegend, dem VW-Werk-Emden, gegenübersehen.

Wie sich Gewerkschaftsarbeit an der Basis in eher provinziellen Verhältnissen unter den Bedingungen der Krise abspielt, zeigt dieser Film mit einer kriminalistischen Sorgfalt, die Außenstehenden den Nachvollzug der Ereignisse en detail ermöglicht. Zentraler Bezugspunkt des Filmes ist die Vorbereitung und Mobilisierungsarbeit für eine Großkundgebung in der Innenstadt von Emden, mit der die örtliche IG Metall gegen die seit Jahren praktizierte Personalreduzierung im VW-Werk, die möglichen negativen Konsequenzen einer Produktionsverlagerung in die USA und die Arbeitslosigkeit allgemein in Ostfriesland protestieren will. Entgegen den Einschätzungen sämtlicher Funktionäre erweist sich die Kundgebung als ein Schlag ins Wasser, da nur eine Minderheit der VW-Belegschaft zur öffentlichen Manifestation bereit ist.

Die von den Arbeitern und gewerkschaftlichen Basisfunktionären in dem Film selbst sehr genau formulierte Kritik an der Konzeptionslosigkeit der IG Metall gegenüber den Problemen der Produktionsverlagerung, Arbeitslosigkeit und der Zustimmung von Sonderschichten birgt offenbar für den Apparat die Gefahr zu großer Transparenz im innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozeß. Wie sonst ist die bislang bekanntgewordene negative Reaktion der IGM-Zentrale auf diesen Film zu interpretieren? (siehe KONKRET 1/77).

Dabei kommt in der Dokumentation über die Formierung des Widerstandes der Arbeiter von VW Emden keineswegs eine Position zum Ausdruck, derzufolge die Basis von der Führung gebremst oder verraten wird. Vielmehr sind es Widersprüche in der Basis und dem Apparat selbst, die dieser Film aufzeigt. Hier läßt sich im konkreten Fall die gewerkschaftliche Konzeptionslosigkeit bei der Abwehr der ökonomischen Krise einerseits und angesichts der ängstlichen Zurückhaltung breiter Kreise der Arbeiterklasse studieren.

Die Gründung des VW-Werkes-Emden in den sechziger Jahren mußte für die heute dort beschäftigten Arbeiter als ein "Geschenk" erscheinen. Eröffnete sich doch so für viele Landarbeiter, Handwerker oder Seeleute in den verstreut liegenden Fehndörfern zumindest die Perspektive von Lohnarbeit in einem Industriebetrieb, dessen Entlohnung als gut galt und der einen gesicherten Arbeitsplatz versprach. Angesichts traditionell hoher Arbeitslosigkeit, bzw. der miserablen, vorindustriell geprägten Arbeitsbedingungen als Landarbeiter, war das eine existenzielle Perspektive, die man sich auch durch lange Anfahrtswege nicht entgehen ließ.

Zu keinem Zeitpunkt seit 1973 ist die Arbeitslosenquote hier merklich unter 10% gesunken, kaum eine andere Region der BRD weist einen so hohen Geburtenüberschuß auf, die Bevölkerungsdichte ist extrem gering (132 pro Quadratkilometer). Von 1000 Einwohnern arbeiten nur 70 in der Industrie, viele pendeln bis nach Hamburg, Bremen oder gar ins Ruhrgebiet.

Naiv fortschrittsoptimistisch wird in dem "Landesentwicklungsprogramm Niedersachsen für 1985" eine Arbeitsplatzzahl von 145000 angegeben. 186000 Personen werden aber zu diesem Zeitpunkt in Ostfriesland erwerbsfähig sein, so daß nach Adam Riese wohl 41000 arbeitslos sein werden bzw. abwandern müssen. Alles wohlbemerkt nach Berechnungen am grünen Tisch und ohne Berücksichtigung der Mucken der Unternehmer, Industrien nach Profitabilitätsgesichtspunkten auch mal wieder abzuziehen, wie Ebbe und Flut, nur weniger regelmäßig und nicht abhängig von Naturgesetzen. Über lange Jahre hinweg, bis 1973, gab es dann auch für die VW-Arbeiter nur Flut: die Arbeitsplätze schienen sicher, Reallohnsteigerungen waren – zumindest bis Anfang der siebziger Jahre – auch ohne großen Druck durchsetzbar. Und welche Notwendigkeit besteht denn auch für einen VW-Arbeiter, angesichts dieser Entwicklungen sich lange mit kapitalistischer Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und gewerkschaftlicher Interessenvertretung aktiv auseinanderzusetzen? Nach Feierabend im heimischen Garten in Westgroßefehn kann einem VW mal den Buckel runterrutschen.

Dieses Bewußtsein wird zwar in Situationen, in denen die krisenhafte Normalität des Kapitalismus (Entlassungen – Einstellungen – Entlassungen – Sonderschichten, verschärfter Lohndruck usw.) deutlicher zutage tritt, verunsichert, aber noch lange nicht so erschüttert, daß einem die Erkenntnis des arbeiterfeindlichen Charakters dieses Systems deutlich wird. Sicherlich hätte im Falle VW-Emden schon früher der Widerstand organisiert werden müssen. Von Herbst 1973 bis Mitte 1974 sind bereits etwa 1500 Beschäftigte schleichend entlassen oder, wie es bei VW vornehmer praktiziert wird, abgefunden worden.

Die Gespräche während der Busfahrten zum Werk bzw. zurück ins Dorf – hier erreicht der Film seine größte Authentizität – manifestieren bei allen Arbeitern große Empörung und Verunsicherung wegen der nicht durchschaubaren US-Strategie von VW, aber praktische Konsequenzen folgen daraus nur für wenige. Da hätte die Beteiligung an der von vielen Arbeitern als verspätet angesehenen Demonstration schon bedeutend größer sein müssen. Mit der Einschüchterung durch die Unternehmensleitung allein kann man dieses Verhalten nicht erklären.

Die existenzielle Abhängigkeit vom VW Werk ist bei den Arbeitern hier so überragend, daß jede Spur von Widerstand sofort mit der Angst um den Arbeitsplatz erstickt wird. Anfang 1977 hat der Betriebsrat seine ursprünglich harte Ablehnung von Sonderschichten aufgrund des Drucks von der Belegschaft selbst revidieren müssen.

Möglichkeiten der Gegenwehr und das tatsächliche Potential an Kollegen, auf das man sich hierzu schon (oder noch) stützen kann, lassen sich anhand des Filmes von Wildenhahn/Tuchtenhagen realistisch bestimmen.

Wir lernen uns dabei auch freizumachen von Vorstellungen, nach denen sich über die Erfahrungen der Krise das Bewußtsein der Arbeiter quasi zwangsläufig im Hinblick auf die Infragestellung des kapitalistischen Systems radikalisiert. Dieser Prozeß ist widersprüchlicher, differenzierter und weniger schablonenhafter als er in vielen Annahmen auch von uns häufig erscheint. Erst recht gilt dies für die Provinz, deren Existenz in vielen Analysen über Krise und Gegenwehr noch zu wenig reflektiert worden ist.

EGBERT DE VRIES

Klassenkampf und Hausarbeit

Barbara Brick/Heide Erd-Küchler/Eva Senghaas-Knobloch

Vorbemerkung

Wir wollen im folgenden versuchen, einige Elemente zur politischen Bestimmung der Forderung nach "Lohn für die Hausarbeit" zusammenzutragen. In dieser Forderung, die immer wieder und gerade auch aus den Reihen der Frauenbewegung selbst als strategisch falsch zurückgewiesen worden ist, wird ein Nervpunkt der Emanzipationsproblematik getroffen. Hausarbeit ist trotz aller Unterschiede in Zeit und Klasse eine Arbeit, eine Produktionsform, die nicht selbst kapitalistisch ist, sich mit weiblichen Lebenszusammenhängen verschränkt und damit zugleich auch auf die besondere Unterordnung dieser Lebenszusammenhänge unter die herrschende Produktionsweise in unserer Gesellschaft verweist.

Angesichts der historisch je unterschiedlichen Ausprägung von gesellschaftlicher Unterdrückung der Frau, die dennoch nirgends vollständig aufgehoben zu sein scheint, der höchst unterschiedlichen Verkoppelung von ökonomischer und politisch-rechtlicher Funktion in den verschiedenen Gesellschaftsformationen unternehmen wir keinerlei Versuch, die zu Klassikerzeiten unbekannte und von uns noch unbegriffene Vielfalt in universalen Etappen der Menschheitsgeschichte zu sortieren. Wir können tatsächlich nur für den Lebenszusammenhang unserer eigenen Gesellschaft auf Ungereimtheiten in Übersetzungen von feministischen oder klassischen Emanzipationsstrategien in einzelnen Forderungen hinweisen. Wir können nur auf bestimmte Weise negieren, ohne selbst schon positiv zu argumentieren.

Lohn für Hausarbeit?

Wenn wir uns mit Strategien zur Befreiung der Frau auseinandersetzen, reicht die kritische Beschäftigung mit der Forderung nach Einbeziehung der Frau in die gesellschaftliche Produktion nicht aus, denn in diesem Ansatz bleiben die Momente vorkapitalistischer patriarchalischer Strukturen ausgespart.

Insbesondere Marx, Engels und Bebel (auf die sich auch jetzt wieder Eckhoff in "links", Dez. 1976 bezieht) reduzierten (bzw. reduzierte) die Emanzipationsproblematik auf die allgemeine Emanzipation des Proletariats. Die objektive Überwindung der bürgerlichen Ehe und Familie durch Auflösung deren ökonomischer Grundlagen im Proletariat infolge der zwangsweisen Integration der Proletarierin in den Produktionsprozeß sollte die subjektive Überwindung der entsprechenden Familien- und Persönlichkeitsstrukturen und damit die Aufhebung jahrhundertelanger männlicher Vorherrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen zur Folge haben.

Ein immer wiederkehrender Einwand gegen die Vertreterinnen der Forderung "Lohn für Hausarbeit" ist der der "Klassen"spaltung, d. h. der separaten Organisierung von Geschlechtern, die die Gefahr in sich berge, den Klassenkampf zugunsten des Geschlechterkampfes in den Hintergrund zu drängen.

Dagegen ist jedoch zu sagen, daß diese Spaltung nicht erst seit der Artikulation frauenspezifischer Probleme durch die Frauenbewegung existiert, vielmehr durch den Bewußtwerdungsprozeß und die Auflehnung vieler Frauen die immer schon vorhandenen separaten Interessen nunmehr endlich in der Öffentlichkeit angesprochen und Konsequenzen daraus gezogen werden.

Für den Emanzipationsansatz der Orthodoxen sprechen zunächst zwei Momente. Zum einen birgt der Status der Frau als Lohnarbeiterin die Möglichkeit der ökonomischen Unabhängigkeit vom Mann und auch der kollektiven Erfahrungssammlung von Mann und Frau in sich. Zum anderen werden der Frau durch die Konfrontation mit Anforderungen des Arbeitsprozesses bestimmte Fähigkeiten und Tugenden ("Fabriktugenden") abverlangt, die im Widerspruch zu ihren ansozialisierten quasi vorkapitalistischen weiblichen Tugenden stehen und von ihr, da sie im Zusammenhang von Hausarbeit (also im Sinne kapitalistischer Logik wertloser Arbeit) ihren Ausdruck finden, ebenfalls als so grundlegende, wie doch wertlose Eigenschaften angesehen werden. Der Zwang zur Aneignung "typisch" männlicher Eigenschaften könnte also positiv bewertet werden, weil damit die von den Frauen verinnerlichte Ideologie ihrer Unterlegenheit und Minderwertigkeit aufgebrochen werden könnte.

Folgende Punkte sprechen aber gegen diese Sichtweise: Die Arbeit der Frau in der abhängigen Produktion wird geringer entlohnt als die des Mannes; die Geringerwertung wird zentral mit der Haupternährerrolle des Mannes begründet, dessen Lohn tendenziell zur Versorgung einer Familie reichen soll. Da der industrielle Lohn im kapitalistischen System sich allerdings danach nicht richten kann, sind Länder mit Reproduktionsschwierigkeiten, wie Frankreich, schon Anfang dieses Jahrhunderts dazu übergegangen, staatliche Familienzulagen bereitzustellen. Die Lohnarbeit der Frau wird allen Gleichheitsreden zum Trotz noch heute in der Regel als Zuverdienst begriffen. Die umfassende Integration der Frauen in die abhängige Produktion hebt nicht etwa die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf, sie hat vielmehr für die Frauen eine doppelte Bürde zur Folge.

Für das Kapital und die männerdominierte Gesellschaft hingegen ist die Beibehaltung des privaten Charakters der Hausarbeit und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung dahin, daß primär Frauen auf "ihre" Zuständigkeiten im Haushalt verwiesen werden, daneben aber jederzeit für den Produktionsprozeß abrufbar sind, in mehrfacher Hinsicht funktional. Nicht nur ist ihre Pendlerfunktion, d. h. ihre beliebige Einsetzbarkeit – je nach ökonomischer Situation und Arbeitskräftebedarf – im Haus bzw. außerhäusliche Erwerbsarbeit für das Kapital von größtem Interesse. Gleichzeitig befriedigt ihre Reproduktionsfunktion andererseits einen Großteil der psychischen Instandhaltungsbedürfnisse des Mannes.

Dieser kurze Verweis auf die Rolle der Frau in Produktion und Reproduktion deutet die Abhängigkeit des kapitalistisch-patriarchalischen Systems von der widerspruchslosen Ausfüllung dieser Funktion durch die Frau an. Die italienischen Feministinnen, insbesondere Dalla Costa, waren die ersten, die aus dieser Einsicht weitreichende Konsequenzen gezogen haben. Wenn die gesamte kapitalistische Gesellschaft die privat geleistete Hausarbeit voraussetze, so ihre Argumentation, werde "die zentrale Figur im Umsturz der Gesellschaft" (Dalla Costa/James S. 20) die Hausfrau werden. Hier hat die Forderung nach "Lohn für die Hausarbeit" ihren Ursprung, aber nicht, um die Rolle der Frau als Hausfrau zu institutionalisieren, sondern um ihr die Verweigerung der Hausarbeit, das Verlassen des Hauses zu ermöglichen, den Generalstreik der Hausfrauen ins Werk zu setzen.

In dieselbe Richtung weist die Forderung der Frauen von "power of the women collective" (vgl. diesbezügl. die politische Perspektive nach Lohn für die Hausarbeit in: Reihe Frauenoffensive, Lohn für Hausarbeit, München 1974, S. 17 ff.). Sie gehen davon aus, daß es einen gemeinsamen Nenner für alle Frauen, nämlich der Leistung unbezahlter Hausarbeit, gibt und berufen sich in ihrer Forderung nach Lohn für Hausarbeit auf Marx, der von Geld als "universaler gesellschaftlicher Macht" ausgeht (power... S. 19). Ohne den Verdinglichungscharakter zu reflektieren, meinen sie, daß sie sich mit Geld eine stärkere Position verschaffen können, und zwar, um sich von der Arbeit zu befreien und eine stärkere Position, um zu bestimmen, wie ihre Arbeit vergesellschaftet werden soll. "Unser Kampf basiert darauf, daß wir Geld brauchen, daß wir Macht brauchen, daß wir die Macht der Männer über uns unterhöhlen müssen, und daß wir die Mach des Kapitals über uns, über Männe und Kinder brechen müssen" (power. S. 20).

Die Konsequenz, die die Frauen dieses dargelegten Ansatzes "Lohn für Hausarbeit" aus der Einsicht in die Unterdrückung durch geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ziehen, ist die der Arbeitsverweigerung. Unklar ist, ob die Forderung nach "Entlohnung" (angebrachter wäre der Begriff "Vergütung", über deren Höhe dann auch etwas zu sagen wäre) nur als momentane Kampfmaßnahme infolge angestauten Überdrusses zu werten ist, oder in ihr Momente eines Konzeptes von Gegengesellschaft enthalten sind. Ungeklärt bleibt auch die Frage, wer sich dazu bereitfinden würde, den Frauen finanzielle Unterstützung für Arbeitsverweigerung zu gewähren.

Das Problem des Mißverständnisses zwischen Entgelt und Leistung stellt sich in dem von H. Schröder ("links" Nov. 76) vertretenen Ansatz nicht wenngleich auch sie die Forderung

Frauen-Initiative in Scharnhorst

Frauen aus dem Stadtteil Dortmund-Scharnhorst-Ost haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen, die darauf abzielt, auf die Situation der dortigen alleinstehenden Mütter, die überwiegend Sozialhilfeempfängerinnen sind, aufmerksam zu machen und Hilfe anzubieten. Da Hausfrauen- und Mütterarbeit nicht bezahlt wird, diese Frauen andererseits aus vielerlei Gründen nicht am Erwerbsleben teilnehmen können und sonstige Unterhaltsansprüche nicht bestehen oder nicht eintreibbar sind, sind die meisten von ihnen auf staatliche Sozialhilfe angewiesen.

Im Verlauf der etwa einjährigen Arbeit haben Frauen gemeinsam angefangen, sich über ihre schwierige Situation auszutauschen. Über diesen Erfahrungsaustausch ist eine Dokumentation erstellt worden. Wer sie beziehen möchte, wende sich bitte an die "Initiative Frauen in Scharnhorst", 46 Dortmund, Buschei 94 und zahle einen Solidaritätsbeitrag auf das Konto: Stadtsparkasse Dortmund, Konto-Nr. 632071531. ★

nach "Lohn für Hausarbeit" erhebt. H. Schröder verknüpft mit ihrer Forderung die Vorstellung, daß durch Bezahlung, durch eine Angleichung von Hausarbeit an kapitalistische Lohnarbeitsverhältnisse die bisher nur gering oder überhaupt nicht bewertete Arbeit von "Nurhausfrauen" bzw. Frauen, die zusätzlich zur Berufsarbeit unbezahlte Hausarbeit leisten, als Berufsarbeit ernst genommen wird und sich damit das Unterdrückungsverhältnis zwischen Mann und Frau auflöst. Es geht ihr nicht um die Abschaffung von Hausarbeit, vielmehr soll über die Aufhebung der ökonomischen Abhängigkeit der Herrschaftscharakter des Familienzusammenhangs beseitigt werden. H. Schröders Überlegungen zielen also darauf hin, den Hausfrauen gleichsam ein Lohnarbeiterinnenbewußtsein zu vermitteln, um so für beide Geschlechter letztlich gleiche Ausgangsbedingungen im Kampf um die Abschaffung des eigentlichen, die Gesellschaft prägenden Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit zu schaffen.

Aber auch eine so akzentuierte Forderung nach "Lohn für die Hausarbeit" gerät in Widersprüchlichkeiten: Durch eine Zahlung von Hausfrauen"lohn" verändern sich die faktischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Hausfrauen und der Frauen, die zusätzlich Hausarbeit leisten zunächst einmal kaum; die Tendenz der Festschreibung der Frau in der nach wie vor isolierten Kleinfamilie bestünde weiter, selbst wenn man, wie H. Schröder, im Moment der Vergütung die Chance sieht, daß Männer diese Rolle übernehmen. H. Schröder sieht nun die Veränderungsmöglichkeiten darin liegen, daß die für die Hausarbeit gezahlte Vergütung bei den Frauen bewußtseinsbildende und Ichstärke hervorrufende Momente auslöst, die ein Aufbrechen des Magdbewußtseins und damit auch der Isolation ermöglichen.

Wenn wir davon ausgehen, daß die – vorwiegend von den ausschließlich im Haushalt tätigen Frauen – gezeigten, von Marcuse angesprochenen "typisch" weiblichen Verhaltensweisen fester Bestandteil bzw. Folgewirkungen der im Haushalt noch vorfindbaren quasi vorkapitalistischen Strukturen sind, so irrt sich H. Schröder, wenn sie glaubt, durch die bloße Zahlung einer Vergütung bewußtseinsmäßige Veränderungen herbeiführen zu können. Nicht die Tatsache der Entlohnung hat bei den in die abhängige Produktion integrierten Männern verändertes Verhalten zur Folge gehabt: vielmehr waren es gemeinsam gemachte Erfahrungen im Produktionsprozeß und die daraus resultierende Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer Widerstandsformen. Soll also mit der Forderung nach "Lohn für die Hausarbeit" für die Frauen ein Selbstbewußtwerdungsprozeß in Gang gesetzt werden, so ist die Reflexion über die Ursachen der Geringschätzung der Hausfrauenarbeit und damit einhergehenden "typisch" weiblichen Werte sowohl seitens der Gesellschaft als auch der betroffenen Frauen selbst notwendig.

Selbst wenn wir aber einmal unterstellen, die Bezahlung hausfraulicher Arbeit habe ein verändertes Bewußtsein zur Folge, so bleibt doch ein Problem offen: Die Aufhebung des Geschlechtsrollenantagonismus wird sich nicht allein durch Bewußtwerdungsprozesse bei den Frauen vollziehen – dies deshalb nicht, weil eine massenhafte Veränderung von Verhaltensweisen bei den Frauen, die Gleichzeitigkeit von Bewußtwerdungsprozessen voraussetzt – davon können wir aber gerade nicht ausgehen; es müßte also gleichzeitig eine Veränderung des Verständnisses der Männer von ihrer Rolle in der Gesellschaft in Gang kommen. Davon ist aber bei H. Schröder nicht die Rede.

Historisch-gesellschaftliche Bedeutung von Hausarbeit

Hausarbeit hatte die Aufmerksamkeit der Frauenbewegung auf sich gezogen, weil aus allen eigenen Erfahrungen und den Ergebnissen breit angelegter Untersuchungen unmißverständlich deutlich geworden war, daß die meisten Frauen die Berufs- und Erwerbstätigenperspektive ihren gegenwärtigen oder zukünftigen Aufgaben im "Haus", d. h. in Ehe und Familie unterordnen. Es wird deutlich, daß die zunächst bekämpfte Diskriminierung am entlohnten Arbeitsplatz und die unzureichende Einbeziehung von Frauen in die öffentlichen Angelegenheiten sich zurückverfolgen läßt in den, den Frauen dennoch so wesentlichen Bereich des Privaten. Seit die vom Licht der Öffentlichkeit abgewandte Seite der Gesamtarbeit von Frauen, die Arbeit im "Haus", als die bewußtseinsprägende deutlich wurde, nicht zuletzt deshalb, weil die Frauenbewegung sich auf das Ernstnehmen von Erfahrungen verpflichtet hatte, wurde genau dieser Bereich vielfältigen Untersuchungen unterzogen.

Die Hauptentdeckung der Frauen war wieder und wieder die der Gewalt, einer strukturellen, wie auch direkt gerichteten Gewalt gegen Frauen vor allem; aber zugleich unterstützte diese Entdeckung auch Untersuchungsergebnisse, die vom einstigen Zentrum an den Rand der Frauenbewegung gewandert waren, und in denen Gewalt gegen Kinder im Repressionszusammenhang der Familie, bürgerlicher wie proletarischer, thematisiert wurden. Familiäre Gewalt gegen Männer konnte dagegen aus einsichtigen Gründen kaum aufgegriffen werden und kam kaum aus dem Pantoffelheldenmotiv billiger Hinterzimmerwitze hinaus.

Warum wurde Gewalt in Ehe und Familie, im Privatbereich, der doch allen öffentlichen Erklärungen zufolge die Basis des öffentlichen ist, nicht schon viel früher als zentraler Angriffspunkt von Frauen ins Auge gefaßt? Tatsächlich hat sich die Wahrnehmungs- und Toleranzschwelle für diese Gewalt verändert, zum einen weil sie sich qualitativ von der früher ausgeübten unterscheidet, zum anderen, weil die qualitative Veränderung auch mit Veränderungen der gesellschaftlich der Familie zugeschriebenen Aufgaben einhergeht, und damit auch Veränderungen des Verhältnisses von Gesellschafts- und Familienverfassung nach sich zieht. Als sich die beginnende kapitalistische Industrialisierung im 19. Jahrhundert die vorgefundene gesellschaftliche Minderbewertung und rechtliche Zweitklassigkeit der Frauen zudienste gemacht hatte, schien es den Analytikern dieser Gesellschaft, daß daran die Institution der Familie zerbrechen müsse. Das hehre Bild der vom Geschäft ausgeschlossenen Frauen als Sittenpflegerinnen hätte am Hohnlachen der vom Bürgertum in Bergwerken vergrabenen und Fabriken angeketteten Frauen und Kinder zerschellen sollen. Tatsächlich aber wurde – wo nur irgend möglich – vielerorts in den Stuben der Arbeiterschaft ein kleines Abziehbild aufgerichtet, dessen schillernde Farben sich in den Diskussionssträngen über die Wünschbarkeit von weiblicher Frauenlohnarbeit an sich wiederfanden.

Im Verlauf der unvergleichlich zunehmenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die Industrialisierung wandelte sich die Art der Indienstnahme von Familienstrukturen von direkter Ausbeutung der niedriger bewerteten, unreifen und weiblichen Arbeitskraft zu einer eher indirekten Ausnutzung. Die der Familie und damit den unbezahlten Hausarbeiterinnen auferlegten Aufgaben veränderten sich. "Das Haus" in Stadt und Land, wenn auch in ungleichmäßigen Schritten und Rückschritten, verlor durch die industrielle Warenproduktion seinen Charakter als Ort materieller Gebrauchsgüterproduk-

Ästhetik und Kommunikation
Beiträge zur politischen Erziehung

Jahresplan'77

Kindermedien (Ende März 1977)
Pädagogen, Medienfachleute, Künstler berichten über Aktualität von Kindermedien – Geschichte der Kindermedien als Teil der Sozialisationsgeschichte – Verstümmelte Volksliteratur – Kindertheater – Ausschneidebögen – Spielmaterialien – Kaufhausbücher – Medienverbund im Kleinen: Wundertüten und Überraschungseier – linke Kindermedien

27

Fotografieren 28
Personenfotografie – Volksfoto
Sozial- und Technikgeschichte
Fotodidaktik – DDR
Politisches Fotografieren – Fotoreportagen

29 Ausbildung
Lernen im Betrieb – Zerstörung von Lernprozessen: Schule, Hochschule
Hochschuldidaktik als Ausweg?

Ästhetische Praxis/ Alltagsverhalten 30
Krisenästhetik – Staatliche Initiativen – Mal- und Bastelkultur: Rettung der Sinnlichkeit?

Coupon ausschneiden und einsenden an: Redaktion Ästhetik und Kommunikation, Bogotastr. 27, 1 Berlin 37
Ich abonniere Ästhetik und Kommunikation ab Heft ... 24,– DM (jährl. 4 Hefte); Einzelpreis 7,50 DM
Absender
PLZ Ort
Datum Unterschrift
Beruf
Straße
Ästhetik und Kommunikation Beiträge zur politischen Erziehung

Verlag Neue Kritik

ZUR ENTSTEHUNG DER STUDENTENBEWEGUNG

Herausgegeben und kommentiert von Frank Böckelmann und Herbert Nagel.
Mit Beiträgen von Rudi Dutschke, Rodolphe Gasché, Dieter Kunzelmann, Bernd Rabehl u.v.a.
484 Seiten, Format 23,5 x 17cm, DM 29,80

"Subversive Aktion" war der Name der Gruppe, die in den Jahren 1962 bis 1965 in München, Stuttgart, Frankfurt und Westberlin Kritik- und Aktionsformen entwickelte, die eine wichtige Rolle in der darauf folgenden Studentenbewegung spielen sollten.

Aus der Münchner Künstlergruppe "Spur" u.a. hervorgegangen, die kurze Zeit als deutsche Sektion zur "Situationistischen Internationale" gehört hatte, entwickelte die "Subversive Aktion" theoretische Positionen und Aktionsformen, die bewußt ihre Vermarktung und Organisierung in "Massenparteien" unmöglich machen sollten.

Neben bissig-ironischen Persiflagen auf die versteinerten Verhältnisse der sechziger Jahre entwickelte sie eine Form der Ideologiekritik, die als öffentliche Manifestation staatliche, kirchliche und kulturelle Institutionen gleichermaßen subversiv "unterminierte". Aus ihnen eröffneten sich völlig neuartige und für den traditionellen Marxismus provokative Ansätze zu einer Kritik des modernen Alltagslebens.

Charakteristisch für die "Subversive Aktion" war so auch die Abneigung gegen alle totalisierenden Theorien, die Abwehr aller Ansätze zu einer Kanonisierung der eigenen Analysen und Aktionen und die Überzeugung, daß es genauso unmöglich geworden sei, sich in tradierten globalen Erklärungszusammenhängen zu bewegen wie auf eine intakte Arbeiterbewegung zu hoffen.

Der Band enthält neben einem ausführlichen Vorwort zahlreiche Dokumente, Flugblätter und Collagen, sowie aktuelle Kommentare von Christofer Baldeney, Volker Boeckelmann, Birgit Daiber, Rudi Dutschke, Sabine Goede, Dieter Kunzelmann und Bernd Rabehl.

Verlag Neue Kritik, 6000 Frankfurt Myliusstrasse 58, (0611) 72 75 76

tion, in dem sich die Interessen familiärer Lebensgemeinschaft gesammelt hatten.
Vor der Industrialisierung war der Familienzusammenhang die unmittelbare Verknüpfung von individueller und kollektiver Lebenserhaltung und daraufhin orientierter Produktionsformen. Im Zuge der Industrialisierung riß dieser unmittelbare Zusammenhang. Der familiäre Zusammenhang wurde zunehmend auf die Lebenserhaltung, unabhängig vom gesellschaftlichen Produktionszusammenhang reduziert. Dadurch veränderten sich auch die Ansprüche an eine ihr funktionsgerechte Leistung. Die Ansprüche zielen mehr und mehr auf eine emotionale Versorgung der Familienmitglieder, die in dieser stofflich weitgehend entkleideten Direktheit zuvor nicht gefragt war.
"Der Weiblichkeitswahn" Ende der 50er Jahre war gewiß nie nur Ergebnis einer raffinierten Herrschaftstechnik, die aus unmittelbar herrscherlichen Gründen etwa verbliebene Restbestände familiärer Aufgaben zu riesenhaften Luftblasen aufpumpte. Vielmehr stieß die manipulierte allgemeine Sehnsucht, einen Zufluchtsort für die im öffentlichen Bereich disfunktional gewordene Kultur von Gefühlen zu finden, auf eine anerzogene seelische Bereitschaft von vielen Frauen, diesen Hort durch persönlichen Einsatz bereitzustellen.
Es war abzusehen, daß die einseitige und prinzipiell nicht honorierte Zumutung, der seelischen Verkrüppelung des Alltags entgegenzuwirken und für die alltägliche körperlich-seelische Wiederherstellung der Männer sowie die körperlich-seeliche Entfaltung zu sorgen, die Familie auch zu einem Gewaltzusammenhang machen mußte. Männer geben die außerfamiliär erfahrene Unterdrückung in Gewalttätigkeiten gegenüber ihren Frauen ab, Frauen, ob außerhäuslich erwerbstätig oder nicht, werden durch die in sie gesetzten und von ihnen verinnerlichten, aber nicht erfüllten Erwartungen zerrissen und sind sich oft ihrer mehr oder minder offenen Gewalttätigkeiten gegenüber ihren Kindern nicht bewußt.
Die lieblose Rede von der Fortpflanzungs- und Kinderaufzuchtsfunktion der Familie verkennt, daß es die, wie immer gewalttätig verkehrte, Hoffnung auf eine von Leistung und Verdienst unabhängige persönliche Zuwendung ist, die sich in den hohen Eheschließungs- und steigenden Ehescheidungsziffern äußert.
Aber der zunächst nur äußerlich durch Rechtsnormen eingehegte Raum, von dem sich die Herrschenden dieser Gesellschaft die nötige seelische Stabilität fürs Geschäft erwarten (siehe Auflagen für die Ehegattinnenwahl von Spitzenkräften im big business) verlangt immer stärker auch nach Verrechtlichung der Beziehungen im Innern dieses von Rechtsnormen bisher nur eingekleideten Raumes. Die Verrechtlichung wird notwendig, wenn sich die Opfer der im Privatbereich zusammengedrängten und daher in Gewalttätigkeiten umschlagenden Gefühle zu wehren beginnen. Die Verrechtlichung der in den Privatbereich Ehe und Familie abgedrängten emotionalen Beziehungen ist ein höchst widersprüchlicher Prozeß, durch den das Wesentliche, das stabilisiert werden soll, in der Rettungsaktion verloren geht. Recht kann erst eingeklagt werden, wenn der nicht-materielle Zusammenhang längst zerstört ist. Es wachsen die Entschädigungsforderungen geschiedener Frauen, die Klagen auf Ausbildungsförderung von Kindern an ihre Eltern.

Frauenbewegung und Emanzipation

Die Frauenbewegung hat den Gewaltzusammenhang der Familie erkannt. Sie hat den der Öffentlichkeit abgewandten Bereich des Privaten als Ausgangspunkt für die besondere Unterdrückung der Frauen in dieser Gesellschaft zu durchleuchten verstanden, weil sie alternative Lebensmöglichkeiten konkret aufwies. Ohne die Einrichtung von Frauenhäusern, in denen geschlagene Frauen Zuflucht suchen und neue Formen des Zusammenlebens proben konnten, hätten diese weiterhin die ihnen angetane Gewalttat verschweigen, nach innen kehren oder an noch Schwächere abgeben müssen. Erst die konkrete Schutzeinrichtung hat Einsicht in die Möglichkeit eigener Stärke und den gesellschaftlichen Charakter der ihnen angetanen Gewalttätigkeiten zu vermitteln gewußt. Erst das gewonnene Selbstbewußtsein durch die Kollektivierung von Lebenserfahrungen, d. h. das Öffentlichmachen des Privaten, die Durchbrechung der Isolation, hat über das Verständnis der eigenen Lebenslage einen Ansatz zu allgemeinem politischem Verständnis geweckt.
Indem die Frauenbewegung den gewalttätigen Charakter des Privatbereichs öffentlich machte, hat sie zugleich den Widerspruch deutlich gemacht, daß die den Frauen zugemutete Arbeit in der Familie der herrschenden Logik entsprechend als Nichtarbeit gewertet, auf der ideologischen Ebene jedoch glorifiziert wird. Konsequenterweise fordern sie die öffentliche, die kollektive Verantwortung und Leistung für die der Familie und dem Privatbereich zugeschriebenen Aufgaben.
Forderungen nach lückenloser institutioneller Betreuung und Erziehung der Kinder unterscheiden sich allerdings der Methode nach von Forderungen wie nach "Lohn für die Hausarbeit". In der erstgenannten Forderung ist das Verständnis für die besondere Qualität der bisher den Frauen zugemuteten unentgeltlichen Arbeit im Privatbereich völlig geschwunden. Mit der allgemeinen Zuständigkeit der Frauen, Leben zu

schaffen und zu erhalten, und d. h. Zuwendung, Zärtlichkeit, "Liebe ohne Gegenleistung", soll radikal Schluß gemacht werden, indem die private Zuständigkeit unter Verlust der in ihr nur verkehrt aufgehobenen eigenen Möglichkeiten vergesellschaftet wird. Das unter den herrschenden Bedingungen notwendigerweise widersprüchliche Verhältnis der Interessen von Lohnarbeitern im Erziehungssektor zu den Bedürfnissen kleiner und kleinster Kinder wird konkret kaum angesprochen.
Die Forderung nach Lohn für die Hausarbeit meint dagegen, daß trotz aller Verkehrung durch den kapitalistischen Verwertungszusammenhang Bedürfnisstrukturen im Verhältnis zwischen Eltern (keineswegs unbedingt den leiblichen) und Kindern hindurchscheinen, die ernst zu nehmen sind. Hausarbeit wird als "Arbeit an kleinen Kindern" (Schröder) definiert. Die notwendigen und bedürfnisgerechten Beziehungen sollen aus einer sie verformenden ökonomischen Abhängigkeit befreit werden. Die private Zuständigkeit für Emotionalität (reduziert auf die heranwachsende Generation) bleibt erhalten. Dennoch sind Emotionalität und Zärtlichkeit in einen Leistungszusammenhang gebracht, von dem schwer vorstellbar ist, daß ihm nicht von seiten des "Entlohners", des Staates, auch entsprechende Leistungskriterien zugeordnet werden. Das in der Frauenbewegung so widersprüchlich enthaltene Bedürfnis, die in den Frauen aufgehoben gesehenen "weiblichen Werte" gesellschaftlich einzulösen, stößt sich an der Form, in der sie unverfälscht wieder- oder tatsächlich erst hergestellt werden sollen.
Die Frauenbewegung als unabdingbarer Teil des allgemeinen Befreiungskampfes wird sich dieser Widersprüchlichkeit durch immer wieder neue Ansätze zu ihrer Überwindung bewußt bleiben müssen, um ihren Kampf für die Befreiung der Frauen mit der Hoffnungen auf eine gesellschaftliche Einlösung der "weiblichen Werte" vermitteln zu können.

★

Autorenkollektiv
Tuntenstreit
Theoriediskussion der Homosexuellen Aktion Westberlin
DM 6.50

Arbeitsgruppe der HAW
Schwule sich emanzipieren lernen
Materialien zur Situation der Schwulen
DM 5

Joachim S. Hohmann (Hrsg.) Roland Schopf
„Hoffentlich sind die Jungs auch pünktlich"
Darstellung und Selbstdarstellung des homosexuellen Witzes
DM 6.50

Peter Hedenström
VERLAG ROSA WINKEL Blissestrasse 70 1 Berlin 3

Auf den Spuren des Widerstands

Karl-Heinz Roth

Christian Geissler hat mit seinem Roman den vordergründigen Rahmen eines glatt dahinplätschernden "proletarischen Realismus", der allemal den Zugang zu den wirklichen und historisch verbürgten Problemen des Arbeiterkampfes mit linken Phrasen und Schablonen zu verstellen pflegt, listig gesprengt. Hat das Feld aufgerissen für seine Gedichte von damals, für jetzt.

Verfolgen wir zunächst, wie Geissler die sorgfältig vorgeschobene Pseudo-Hauptfigur Schlosser (aus dem Hamburger KPD-Apparat) auf den Kanthaken nimmt. Wie er mit ihr die kominternistische Fata Morgana in den wirklichen Klassenkampf eingliedert. Wie er den Popanz einer "allseits von Leitungskräften der überörtlichen Kaderleitung" verwalteten "Ordnungseintänzerei" in der Brutalität des Zusammenstoßes zwischen Arbeitern und Kapital auflöst.

Zunächst einmal: Der kommunistische Spitzenfunktionär Schlosser besteht weitgehend aus dem, was man banal ungelebtes Leben nennt. Das ist umso bitterer, wenn man bedenkt, welche Wüste ihm bevorsteht. Schlosser war nie richtig er selbst. Er hat im Gegensatz zu den

Gefährten im Untergrund, die sich etzt blitzartig mit ihrer Kritik in seine Erinnerung hineindrängen, nie den Kampf gegen die kapitalistische Despotie als Befreiungsfest erlebt. Allerdings kommen die Genossen auch jetzt nicht vollständig an ihn heran.

Der Polizist Leo etwa, eine Schlüsselfigur des aktiven Untergrundes, hält Schlosser vor, er habe abgrundtiefe Angst vor den Menschen, als er vorführt, wie sehr ihm die Strich-Genossinnen vom Kiez zuwider sind, bloß weil sie darauf bestehen, daß der Begriff Genosse auch vom Verb genießen" herkomme. Und was Schlosser derart nachhaltig von der untergründigen Parteibasis trennt, gilt noch ausgeprägter für das Verhältnis zur Klasse selbst. Für die arbeitslos-gewalttätigen Kuddels, Oles und Emmis, für den Mob des Gängeviertels, für die Arbeitermädchen der Billstedter Jutefabrik hat Schlosser wenig Verständnis. Er ist nicht ihr Idol. Er repräsentiert niemals ihre dumpfe, oft kurzsichtige, aber immer auch kühne Vitalität und Aufsässigkeit; er versteht sich immer nur als Kontrolleur, Dompteur, als Abwiegler. Schlosser, der typische disziplinierte Facharbeiter – im Jargon des proletarischen Mobs ein "Ausgelernter" –, ist durch einen Abgrund von Angst von der Klasse getrennt. Da er im Gegensatz zu ihr nie in der echten, umso ausgiebiger, aber in der falschen Gemeinschaftlichkeit von "Achtung, Richtung, Ordnung, Regel und Recht" Halt findet, vermag er auch nicht dieses barbarische und unzivilisierte Verlangen nach Selbstbestimmung auszudrükken, das mitnichten auf die griechischen Kalenden eines fernen Kommunismus hereinfällt. Schlosser bleibt immer aufs Surrogat angewiesen, auf das Klassenbewußtsein, das sich dafür, bar aller Praxis und Theorie, umso konsequenter und rigider verwalten läßt.

Damit ist über das Individuum Schlosser plötzlich die ganze Kluft zwischen Klasse und "bolschewistischer" Partei hergestellt, freilich nicht im Interesse gehässiger Abrechnung, sondern bitterer Selbstkritik. Mit Schlosser muß erst einmal ein ganzer Mythos von "Arbeiterbewegung" enthüllt werden, damit der Blick auf die wirkliche Vielfalt und die tatsächliche Kampfbereitschaft der Klasse frei wird. Und bitter ist die Selbstkritik insofern, als es den Massen nicht rechtzeitig gelingt, sich von dieser falschen Bevormundung zu emanzipieren: Schlosser und mit ihm die Partei sind in der Geschichte allgegenwärtig, er versteht es, sich auf allen Konfliktebenen in die Konfrontation zwischen den Massen und dem kapitalistischen Staat zu schieben. Daraus resultiert die entscheidende Lähmung auf der inneren Linie. Denn Schlosser schleppt, im Grunde auch heimlich vor allem gegen sich selbst, ein wahrhaft entwaffnendes Über-Ich mit sich herum. Er ist die Partei, die zurückpfeift, die die unmittelbare Aktion gegen Zwangsexmittierung und Wohlfahrtswillkür zugunsten organisatorischen Selbstlaufs unterdrückt, die die Praxislosigkeit als Strategie fetischiert. Eine solche Partei ist tatsächlich nur "Einschätzung aller Faktoren... Zusammenfassung der Kämpfe von unten... Stärkstinitiative, Millionenfront... mühevoll in den Betrieben und Straßen die Kleinarbeit klug verrichtend... Taktik und Strategie, das Kräfteverhältnis im Auge, und in gleichzeitig unversöhnlicher Abrechnung mit den Sektierern das Bündnis der Fortschrittskräfte gewinnend."

Das Resultat ist eine groteske Relation zwischen Partei und Klassenkampf, die in historischen Situationen, wo es hart auf hart geht, allemal zur bitteren Wahrheit drängt, indem parteiinterne Spaltung und Massenniederlage eine fatale Symbiose eingehen. Die Klasse findet unter solchen Bedingungen immer nur da zu sich selbst, wo die Partei sich ihr am schärfsten entgegenstemmt, weil ein Schlosser jeden Schritt zur Klassenmacht nur noch in der Begrifflichkeit von "Provokation" und "Abenteurertum" denkt. Wo die Massen wirklich zum Kampf übergehen, hat für Schlosser und die Partei der Kampf längst aufgehört. Und ironischerweise und folgerichtig werden im Verlauf der Geisslergeschichte nur genau eben diejenigen Genossen Schlosser vor dem Handbeil des Henkers zu retten verstehen, die lange vor dem Desaster des 30. Januar 1933 aus seiner Kontrolle geraten sind. Aber das ist nur ein Glücksfall, und zwar für beide Seiten. Später lesen wir genauer, wie es schon damals unter derart fatalen Beziehungen zwischen Klasse und Organisation um die bestellt ist, die wirklich kämpfen: "Wer richtig mal Leben hat, nämlich sich selbst, der hat was entdeckt, der sieht Land, unser Land endlich mal für uns alle..., und wenn du das alles siehst und wirklich gepackt hast und nicht wieder losläßt, nämlich dich selbst, dann sind sie hinter dir her, dann haben sie vor dir Angst, dann wollen sie möglichst bald mal durch deine Augen schießen."

Die uralte Frage, warum die wirkliche Klassenautonomie derart zersplittert und rudimentär bleibt und immer wieder dem Terrorismusgeschrei der wahrhaft terroristischen Klasse zum Opfer fällt, statt von unten her zur selbstbestimmten revolutionären Organisation ohne Schlosser & Co. weiterzuwachsen, war nicht nur zwischen 1929 und 1934 aktuell. Wenn die Rekonstruktion der wirklichen Arbeitergeschichte einen Sinn haben soll – und Geissler hat dazu einen gewichtigen literarischen Diskussionsbeitrag geleistet –, dann den, diese Frage so lange weiter stellen zu helfen, bis sie endlich gelöst wird...

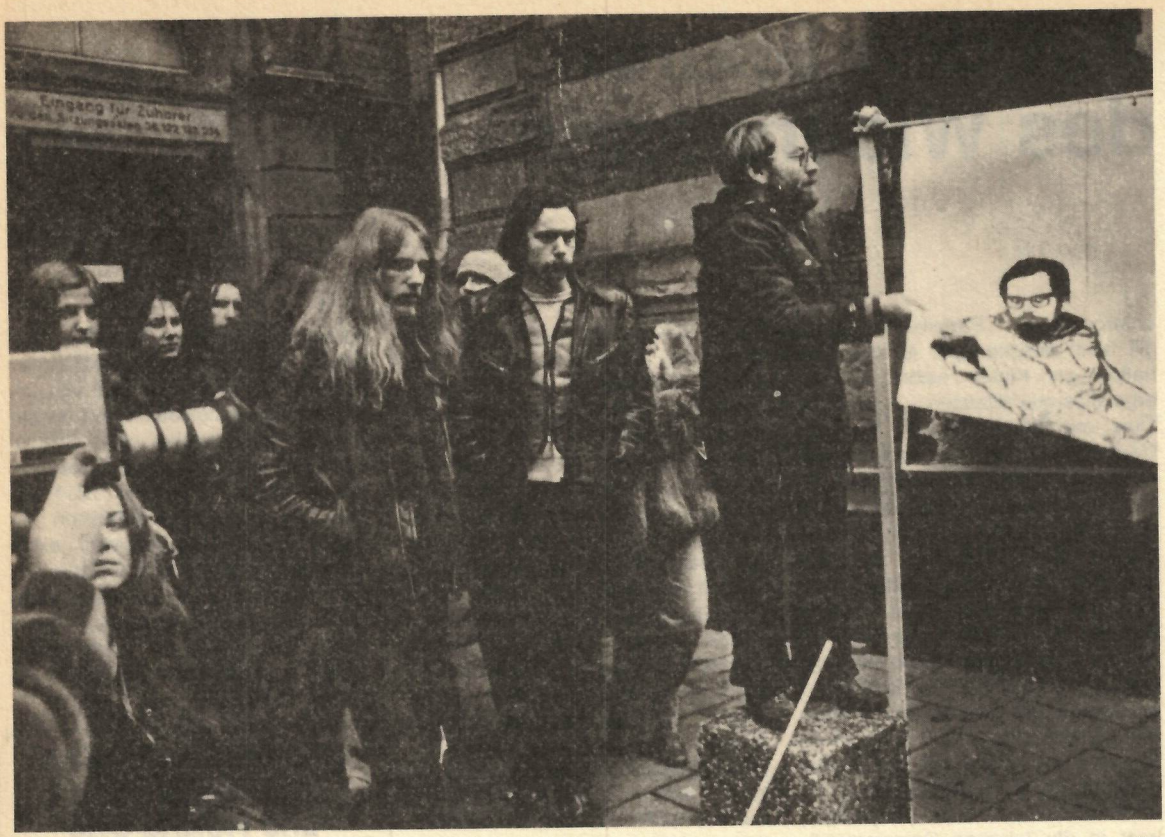
Unterstützungsbüro Karl Heinz Roth und Roland Otto

Um im Prozeß gegen Karl Heinz Roth und Roland Otto eine handlungsfähige und offensive Verteidigung zu ermöglichen, wird es vor allem auch auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit ankommen, die u. a. sehr viel Geld kosten wird.

- **Zur Koordinierung der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit wurde in Köln ein Unterstützungsbüro für die Verteidigung der beiden Angeklagten eingerichtet. Die Unkosten für Miete, Telefon, Heizung und Strom belaufen sich auf ca. 1000.--DM mtl.**
- **Der regelmäßige Versand von Prozeßinformationen kostet zwischen ca. 100,-- und 300,--DM pro Sendung (z. B. Rundbriefe und Presseinformationen usw.).**
- **Durch die ungünstige Terminierung der Verhandlungstage durch das Gericht liegen die jeweiligen Reisekosten der Verteidiger bei ca. 1000.--DM pro Verhandlungstag.**
- **Das Verfahren wird mit großer Wahrscheinlichkeit die Hinzuziehung eigener Gutachter durch die Verteidigung notwendig machen. Einzelne Gutachten können bis zu 15000.--DM kosten.**

Um diese Ausgaben decken und damit überhaupt erst eine ausreichende Verteidigung gewährleisten zu können, ist das Unterstützungsbüro auf Spenden angewiesen! Spendenkonten: Stadtsparkasse Köln, Wolfgang Hippe, Konto Nr. 10510327 (BLZ. 37050198); und Postscheckkonto Köln, Wolfgang Hippe – Sonderkonto, Konto Nr. 135816-508 (BLZ. 37010050).

Wer zum Prozeß gehen oder Roland Otto bzw. Karl Heinz Roth im Gefängnis besuchen will oder sich für Informationsmaterial interessiert, schreibe bitte an das Unterstützungsbüro Roland Otto und Karl Heinz Roth, 5000 Köln 30, Glasstr. 80, Tel. 0221/520579.



Protestaktion für Karl Heinz Roth vor dem Gericht in Köln dpa

Wir erleben das Knechtemädchen Karo, die illegitime Tochter eines derer von Zachun, die in all ihren biografischen Stationen ein wahres Kondensat agrarproletarischen Klassenhasses und schrankenloser Befreiungsbedürfnisse darstellt. Sie ist der wirkliche Mittelpunkt der Geschichte, denn sie durchlebt ihre Emanzipation quer durch alle Barrieren, auch die klassenintern-sexuellen, und sie stellt wesentlich die gruppenspezifischen alternativen Lebensformen her, die zur unzerstörbaren Basis von Aufruhr und Widerstand werden...

Da ist zweitens der Arbeitersohn Leo, befrachtet mit unersättlichem Wissendurst. Er bleibt beim Versuch, über die damalige Art, den zweiten Bildungsweg zu absolvieren und Afrikaforscher zu werden, bei der Polizei hängen. Für die revolutionären Konspirationen wird er durch eine direkte Aktion der rabiatesten dritten Hauptfigur, Rigo, gewonnen, der verhindert, daß die Uhrensammlung des Polizistenvaters anläßlich eines nicht mehr aufzuholenden Mietrückstandes unter den Hammer gerät. Dieser Rigo ist überhaupt am bemerkenswertesten. Rigo ist seit dem Ausbruch der Krise arbeitslos. Er wird mit besonderer Akribie als der typisch "entwurzelte", weil schlechthin mobile und jederzeit aktionsbereite Proletarier des Gettos der frühen dreißiger Jahre präsentiert, vor dem die Geschichtsschreibung, allemal die linke, noch heute stillschweigend Reißaus nimmt. Rigo ist nämlich hungrig. Und der Hunger treibt ihn durchaus dorthin, wo die größeren Fleischtöpfe sind. Er hat nichts zu verlieren. "Sieg Heil" bedeutet ihm genau so viel wie "Rotfront" – nämlich nichts.

Für seine Aufsässigkeit und seine Bedürfnisse ist tatsächlich Rot gleich Braun – freilich genau in dem umgekehrten Sinn, in dem so ein Typ heute von der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung vernutzt wird. Denn dieser Rigo hat durchaus revolutionären Instinkt. Er wird von Karo spielend für den kommunistischen Untergrund gewonnen, als sie ihm die exemplarisch-proletarische Erfahrung ermöglicht, zu entdecken, was passiert, wenn er hinter den Juden die eigentlichen kapitalistischen Finanziers der SA-Fleischtöpfe als Feind annimmt. Es ist bezeichnend, daß Rigo als einziger bei der Befreiung der fünf kommunistischen Funktionäre fällt. Er, und zwar er allein, geht noch einmal zurück, um allen Gefangenen den Weg in die Freiheit zu ebnen.

Nach diesem spannend und raffiniert aufgezogenen Vorspiel werden wir Zeuge dessen, wie die über ihre zentralen Figurengruppen in Position gebrachte Klasse in der Region Hamburg und westliches Norddeutschland den Kampf gegen die Krise aufzunehmen beginnt. Beachtenswert sind dabei nicht nur die Einzelereignisse; mindestens genau so wichtig ist die zeitliche Abfolge, in der Geissler sie entwickelt.

Zuerst erleben wir eine Bürgerkriegsübung der Weißen auf dem flachen Land, bei denen von Zachun, an der die Gruppe um Karo subversiv teilnimmt, das Waffenarsenal des KPD-Untergrundes füllt, und sich dabei über den – durchaus legalistischen – Schlosser an jene Hamburger Nuttengruppe anlehnt, die uns schon vom "Brot mit der Feile" her bekannt ist (Klinsch's Nachrichtengang). Wenig später werden wir Zeuge der Bauernrevolte von Wesselburen, Neumünster und anderswo, nach deren unrühmlichem Ausgang Agrarproletariat und städtische Arbeitslose endgültig miteinander fusionieren. Dabei spielt der KPD-Apparat eine bemerkenswerte Vermittlerrolle, bleibt aber in seinem konzeptionslosen Selbstlauf völlig unverändert.

Kurz darauf folgt eine nicht mehr abreißende Kette heftiger Klassenaktionen mit Hamburg als Zentrum; exemplarisch seien die Hausbesetzungen am Großneumarkt, die Unruhen vor dem Arbeitsamt, der Altonaer Blutsonntag, bewaffnete Scharmützel mit den Nazis und das Desaster des Billstedter Jutestreikrates erwähnt. In allen diesen Fällen erleben wir eine radikalisierte Arbeiterklasse, die von den pazifistischen Losungen und Parolen nicht mehr satt wird und zur direkten Aktion übergeht.

Überall treffen wir die Hauptfiguren des Romans an, die durchaus das Zeug in sich haben und teilweise sogar über die erforderlichen Ressourcen verfügen, um die Einzelrevolten gegen Hunger, Zwangsexmittierung und gegen die Willkür der Wohlfahrtsbehörden systematisch zu schüren; um die verelendeten Massen aus der fruchtlosen Konfrontation zwischen "Sieg Heil" und "Rotfront" herauszulotsen; um sie zum selbstbestimmten revolutionären Handeln zu stimulieren. Aber überall ist auch Schlosser präsent, das Synonym für Kommunistische Partei, die systematisch alle personellen und materiellen Vermittlungen vor der Klasse zurückreißt, sie entwaffnet, lähmt. Der Untergrund der Partei, die Karo, Rigo und Leo, treten auf der Stelle. Sie unterwerfen sich weder vollständig der Partei, noch wagen sie es, das offene und denunziatorische Verdammungsurteil des Provokateurs auf sich zu nehmen, um ungedeckt durch Parteiapparat, innerhalb der Massen neu anzufangen.

Schließlich kommt der 30. Januar 1933. Schlosser höchstpersönlich setzt alle ihm unterstellten Parteileitungen ab, die, statt mit Aufklärungsflugblättern gegen die SA-Kolonnen antreten zu wollen, anfangen, ihre Waffenvorräte aufzuteilen. Die organisierten Fraktionen der Klasse gehen unter, ohne Widerstand zu leisten. Die untergründig-militante Parteibasis hat sich nicht weit genug von den Apparaten abgesetzt, um unter dem jetzt einsetzenden Terror hinlänglich intakt zu bleiben. Karo, Rigo und Leo brauchen Monate, um wenigstens die Ressourcen für eine ernsthafte exemplarische Aktion aufzubauen, um Schlosser und Genossen – welche Ironie der Geschichte! – dem Henker zu entreißen.

Warum im Rahmen einer Rezension diese ausführliche Rekonstruktion des Geschehensablaufs? Weil es darauf ankommt, bekannt zu machen, daß Geisslers Text nicht nur Literatur ist, sondern zugleich ein höchst brisantes Stück revolutionärer Geschichtsschreibung...

Dafür spricht der gesamte Text. Der Ablauf der Ereignisse stimmt bis in die Details mit der Chronologie der Kämpfe zwischen 1929 und 1933/34 nicht nur exakt überein, er wird vor allem endlich und überhaupt zum ersten Mal der reaktionären Geschichtsschreibung entrissen und vom Arbeiterstandpunkt her dargestellt.

Die Treffsicherheit, mit der Geissler klasseninterne Verschiebungen ausdrückt, beweist, daß ihm die unterdrückte Klassengeschichte der Region Hamburg vertraut ist wie keinem anderen. Die verzweifelte Ambivalenz, mit der Karo, Leo, Rigo und all die anderen sich zwischen einem hemmungslos verselbständigten Funktionärsapparat und der sich radikalisierenden Klassenbasis aufreiben, ist nicht zuletzt auch historisch authentisch und einwandfrei belegt.

Eine solche Roman-Geschichte ist wahrhaft ein Ereignis. Sie ist vor allem eine enorme Provokation gegen die bisherige "linke" Geschichtsschreibung. Sie verkehrt die Legende nach der die Klasse vor dem "Faschismus" kapituliert und so die Organisation gezwungen habe, einen einsamen und historischen Kampf fortzusetzen, an einem ihrer Knotenpunkte in ihr Gegenteil: Die Basis wollte kämpfen, die Leitung war mehr für Papier.

Geissler entlarvt die sonderbar einheitliche Mystifikation von "links" und "rechts", wonach die Arbeitslosenmassen ein beliebig zwischen "Rot" und "Braun" hin- und herhetzbares kopfloses Monstrum ohne eigenes historisches Wissen gewesen seien. Es war kein mangelndes Augenmaß, daß sie sich zeitweilig weigerten, zwischen Leipart und Ley zu unterscheiden; und wir wissen heute unwiderruflich, daß der nazifizierte Machtstaat des Kapitals seine Blitzkriege 1939/40 vor allem inszenierte, um endlich mit der Arbeiterklasse fertig zu werden. Von einer Niederlage der Arbeiterklasse in den Jahren 1933/34 kann folglich keine Rede sein...

Redaktioneller Hinweis: Der vollständige Text der Rezension des Buches von Christian Geissler findet sich mit weiteren Arbeiten von K. H. Roth, sowie Materialien zum Kölner Roth-Prozeß in: Autonomie, Nr. 5, 2/77. Erhältlich in linken Buchhandlungen oder über Trikont Verlag, Josephsburgstr. 16, 8000 München 80. – Christian Geisslers Buch "Wird Zeit, daß wir leben" ist bei Rotbuch erschienen und im Buchhandel erhältlich; Preis 14,--DM.

Der "reale Sozialismus", die Opposition und wir

Ursula Schmiederer

Es hat die Ausbürgerung von Wolf Biermann gebraucht, um endlich klar zu machen, daß ein Herumlavieren in der Einschätzung der RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)-Gesellschaften und ihrer Opposition nichts bringt. 1975 fand in "links" eine Diskussion über die "Übergangsgesellschaft" statt. Sie hörte dort auf, wo es politisch relevant wurde; sie gab keine Antwort auf die Frage, was da übergehen soll und wohin. Die Gesellschaft des "realen Sozialismus" stagniert, treibt immer neue und tiefere Widersprüche hervor, erzeugt mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen zunehmend offeneren und direkteren inneren Widerstand. Die Frage, wie wir uns zu der Opposition in den RGW-Ländern verhalten, sprengt den Rahmen wissenschaftlicher Gesellschaftsanalysen. Der Skandal um Wolf Biermann hat uns zur Äußerung gezwungen, doch eigentlich muß man auch sonst schon halb blind sein, will man die oppositionelle Bewegung weiterhin ignorieren.

Soll Wolf Biermann nicht doch zum "Fall" werden, dann zeigen wir ihm unsere Solidarität am besten, wenn wir ihn zum Anlaß nehmen und zum Beispiel. Anlaß dafür, unser politisches Verhalten zu artikulieren. Beispiel dafür, daß unsere Auseinandersetzung mit dem "realen Sozialismus" anders aussehen muß als seine Kritik. Biermanns politische Identität bezieht sich auf die DDR als eine Gesellschaft, die trotz aller Fehler immer noch auf ein Ziel Sozialismus hingeht. Wir können einen Schritt weiter gehen und bestreiten, daß es sich hier überhaupt um Sozialismus handelt, gleich in welcher Etappe.

Partei und Bürokratie als Stellvertreterinstanz

Wir lassen uns immer noch blockieren von einer Tradition – der der Dritten Internationale –, die sagt, man dürfe die widrigen Umstände der russischen Revolution nicht vergessen; die Kapitalisten seien an allem schuld; es brauche Zeit, Land und Leute zu verändern; diese Gesellschaft baue den Sozialismus auf. Als der stalinistische Terror nicht nur die Bolschewiki wegschaffte, sondern Millionen von Menschen in die Arbeitslager und in den Tod beförderte, da wurde von einer "Erziehungsdiktatur" geredet. Die kommunistische Weltbewegung bestand auf dem "Sozialismus in einem Land" und glaubte an das "Vaterland der Werktätigen". Kritiker wie Rosa Luxemburg, Korsch, Pannekoek usw. wurden zu Linkssektierern erklärt. Was immer die politischen und psychologischen Begründungen gewesen sein mögen – heute kann das Aufschubs- und Vertröstungsargument nicht mehr gelten.

Eine solche Haltung hatte ihre Tradition aber auch in der Zweiten Internationalen. Ein verbreitetes Fortschritts- und Evolutionsdenken herrschte vor (und wir finden es immer noch verbreitet in der Linken): die Gesellschaft schreite voran vom Feudalismus über den Kapitalismus zum Sozialismus. Hier müssen wir endlich umdenken. Es gibt nicht-kapitalistische Gesellschaften, die deshalb noch lange nicht sozialistisch sind. Richtig ist, daß die russische Revolution eine objektiv anti-kapitalistische und subjektiv sozialistische war (in den anderen RGW-Ländern gab es keine Revolution, dort führte die Rote Armee den Sozialismus ein – was uns zeigt, daß man den Sozialismus "einführen" kann, vielleicht auch "gründen"). Objektiv anti-kapitalistisch und subjektiv sozialistisch waren die Revolutionen in China, in Kuba, in Vietnam. Das heißt allerdings, daß eine wirklich soziale Revolution in nicht kapitalistisch entfalteten, bzw. in den kolonial oder imperialistisch deformierten Gesellschaften überhaupt nichts anderes sein kann, als antikapitalistisch. Sie muß nämlich dazu führen, daß das revolutionäre Land aus dem kapitalistischen Weltmarktzusammenhang ausschert. Sozialistisch oder kommunistisch muß die revolutionäre Bewegung sein, wenn sie positiv ihre Perspektiven, Ziele und Utopien benennen will; dafür steht die Arbeiterbewegung mit und seit dem "Kommunistischen Manifest"! Mit der Revolution aber hat man noch keinen Sozialismus. Diese Banalität war den Bolschewiki ebenso bekannt wie sie es den chinesischen Kommunisten ist.

Seit den ökonomischen Reformen im RGW, Mitte der sechziger Jahre, ist zunehmend die Rede vom "entwickelten System des Sozialismus", das eine eigene Gesellschaftsformation mit eigenen Gesetzmäßigkeiten sei (wie Warenproduktion, Mehrwert, Markt, Profit, Akkordlohn – alles "sozialistisch"). In diesen Jahren gab es in China die Kulturrevolution, in der erneut deutlich wurde, daß dort das Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung die Produzenten sind (noch!), und daß ohne die Entfaltung der Produktivkraft des Menschen keine Entwicklung, kein Fortschritt, kein Sozialismus möglich ist (außer unter kapitalistischen Verhältnissen, versteht sich). Im "realen Sozialismus" indes besteht eine Stellvertreter-Gesellschaft. Die Produzenten sind Objekte des Geschehens; Subjekt ist die Partei. Und wenn Detlev Claussen in der "links" vom Dezember 1976 schreibt, die Partei wolle alles zugleich sein, Staat und Gesellschaft, so muß man sagen: sie ist es tatsächlich (vgl. hier auch Renate Damus in der Januar-"links").

Die Gesellschaft des "realen Sozialismus" ist nicht kapitalistisch, weil es dort keine innere Gesetzmäßigkeit wie im Kapitalismus gibt, dort kein Wertgesetz als "inneres Band" und "hinter dem Rücken der Produzenten" wirkt. Der gesellschaftliche Zusammenhang (die Synthesis) muß also anders gestiftet sein. Da die Produzenten ihre Verhältnisse nicht selber in der Hand haben und aktiv bestimmen, bedarf es jener Stellvertreterinstanz: der Partei/Bürokratie. Sie hält diese Gesellschaft zusammen; sie ist Klammer von Gesellschaft und Staat zugleich. Die Produzenten sind Objekt des gesellschaftlichen Prozesses. Damit gibt es auch Herrschaft. Und da diese sich nicht gesetzmäßig indirekt über das Warenverhältnis wie in der kapitalistischen Gesellschaft herstellt, bedarf es der direkten Gewalt. Wo die Produzenten weder durch gesetzmäßige Vergesellschaftungsprozesse integriert sind, noch als frei assoziierte Menschen sich selbst und die Gesellschaft bestimmen, geht es nicht ohne Integrations- und Herrschaftsinstanz.

Daß damit enorme gesellschaftliche Widersprüche mitbegründet sind, zeigt sich allenthalben: kein Fünf-Jahr-Plan funktioniert unverändert. Seit Jahren wird "geplant", die Konsumgüterindustrie (Sektor II) vorrangig zu fördern, es bleibt bei der Priorität der Produktionsgüterindustrie (Sektor I). Seit mehreren Jahren gibt es fast nur Mißernten; es soll sich dabei um den "Kampf mit den Naturgewalten" handeln (so Breschnew auf dem XXV. Parteitag der KPdSU), nicht etwa auch um Probleme mit den Kolchosarbeitern, um soziale Probleme. Die Versorgung mit Konsumgütern klappt nicht, soziale Unruhen sind die Folge. Klagen über die Verschwendung gesellschaftlicher Werte wiederholen sich mit schöner Regelmäßigkeit, so wie die über Bummelei, Krankfeiern, Absentismus im Betrieb. Akkordarbeit gilt als vernünftiges sozialistisches Lohnsystem; Konsum- und Freizeitdenken gilt als dekadent. Daß dies alles "Übergangserscheinungen" seien, glauben die Bürokraten und Ideologen selbst nicht mehr, wie könnten sie

Miklos Haraszti: Was gegen den Che spricht

Zu solider Volksverbundenheit
hat er es wegen mangelnder Kenntnisse
in der Systemtheorie niemals gebracht
Stattdessen quatschte er auf Versammlungen
vor der unruhig brandenden Menge
die Geheimnisse der Berater aus

Mit den Amerikanern dagegen
war er sich durchaus einig
Dafür gibt es sogar Beweise
Z. B. wollte er ebensoviele Vietnams
weder mehr noch weniger
wie der Präsident der USA

Überhaupt war er wohl ein Heuchler
denn an die Kraft seiner eignen Ideen
glaubte er nicht einmal selber
So behauptete er eine Revolution
gebe es nicht und werde es nie geben
es sei denn sie werde gemacht

Vom moralischen Anreiz zur Arbeit
redete er zwar doch in Wirklichkeit
leugnete er steif und fest
daß die ungeteilte Anerkennung
die das große Geld bringt
zur Heldentat anspornt

Wie ein verantwortungsloser Hasardeur
überließ er seine kinderreiche Familie
ihrem Los und gab seine schöne Karriere auf
Weniger sensationell doch dafür ehrenvoller
ist es wenn der in Kämpfen ergraute
Veteran Arzt bleibt Bankier und Minister

Einen Marxisten nannte er sich
und begriff nicht einmal was der Humanismus
schon seit zweitausend Jahren lehrt
Nämlich daß jeder befürchten muß
durch die Waffe umzukommen
der die Waffe erhebt

Das Gedicht "Was gegen den Che spricht" veröffentlichte Miklos Haraszti im Dezember 1969 in der Zeitschrift "Uj Iras" als Parodie auf die Kritik der Bürokraten an Che, die diesen wegen seines Nonkonformismus und "Utopismus" suspekt fanden. Das Zentralkomitee der ungarischen Partei reagierte auf diese Ironie mit einem Artikel unter der Überschrift "Revolution oder Anarchie?", in dem behauptet wurde, Haraszti spreche sich für "eine uferlose Demokratie" aus und für einen "revolutionären Asketismus". Haraszti bekam die Möglichkeit, in derselben Zeitung zu antworten, er tat dies und verurteilte das anmaßende Sektierertum des Artikelschreibers. Von da ab hat die ungarische Presse seine Gedichte nicht mehr veröffentlicht. Miklos Haraszti wurde wegen seiner literarischen Arbeit mehrfach schärfster Repression ausgesetzt und auch verhaftet. (Siehe auch "Die neue Linke in Ungarn", Internationale Marxistische Diskussion, Heft 45, Merve Verlag, Berlin 15. Postfach 327).

sonst vom "entwickelten System des Sozialismus" reden? Sie haben gelernt, daß diese "Fehler" zum "System" gehören.
Und der Nachweis kann auch erbracht werden, daß die Widersprüche und Konflikte, die diese Gesellschaft des "realen Sozialismus" zunehmend heraustreibt, in ihrer eigenen krisenhaften Reproduktionsstruktur angelegt sind. Da offenbar wurde – nämlich seit dem Ende der sechziger Jahre –, daß das groß angelegte Werk der ökonomischen Reformen die Strukturschwächen der Wirtschaft nicht zu lösen vermag, wurden mit Beginn der siebziger Jahre die Zügel im ganzen RGW wieder angezogen. Die Mittel des Krisenmanagements sind im wesentlichen: Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Import kapitalistischer Technologie. Oder politisch gewendet: verschärfter Druck nach innen und Entspannungspolitik gegenüber den kapitalistischen Ländern. Dies ist das Lösungsangebot der Bürokratie. Offenbar aber geht diesmal die Rechnung nicht auf. Sie ist ohne die gemacht, die dafür arbeiten und zahlen sollen: die Produzenten. Sie sind die große Unbekannte. Sie sind für die Bürokratie im "realen Sozialismus" potentiell eine Bedrohung. Sie sind für uns ein Rätsel.

Logik bürokratischer Repression

Daß wir bislang so wenig nach den Produzenten, den Arbeitern gefragt haben, obgleich wir für die kapitalistische Gesellschaft doch auf der Klassenanalyse bestehen, hat wohl zwei Gründe. Der erste steckt in der Zuversicht, es handle sich doch um Sozialismus, also seien die Produzenten gleichsam identisch mit der Partei, weil Subjekte der Entwicklung. Es wird also Zeit, eine Klassenanalyse auch für diese Gesellschaft des "sozialistischen" Lagers zu liefern. Der zweite Grund liegt wohl darin, daß die Opposition, von der man hörte, suspekt schien, weil sie nicht lauthals den Rätekommunismus, sondern "bürgerliche Freiheiten" forderte. Der "Offene Brief" des SB an die Regierung der DDR ist dafür noch ein Beispiel. Es wird unterstellt, die DDR wolle den Sozialismus aufbauen, wolle eine sozialistische Demokratie verwirklichen; selbst wenn sie es wollte, was man mit Fug bezweifeln kann, jedenfalls was die Bürokratie angeht, sie kann es nicht. Dann wird beklagt, man unterdrücke kritische Kommunisten; sonst niemanden?
Man muß sich allererst klar machen, daß Rolle und Funktion der Opposition im "realen Sozialismus" anders sind als hier – und damit auch z. B. die Forderung nach "republikanischen" Freiheiten – eine andere Bedeutung hat. (Dazu haben Krahl und Negt schon anläßlich der sowjetischen Invasion der CSSR von 1968 Wichtiges gesagt!) Da die Gesellschaft nicht durch ein inneres Band, sondern durch die Partei bzw. Bürokratie zusammengehalten wird, ist die Partei Träger und Repräsentant des Allgemeinen, des allgemeinen Willens, des Sozialismus. Von diesem Allgemeinen sondern sich die Interessen gesellschaftlicher Gruppen ab, und es entstehen notwendigerweise Spannungen. Diese Spannungen drängen zum Ausdruck in "Ideologie" (die indes nicht der notwendige Ausdruck einer verkehrten Welt ist – wie im Kapitalismus –, sondern die uneingelöste Vorwegnahme der freien Gesellschaft). Als Allgemeines stellt die Partei den besonderen Weg zum Sozialismus, das Modell des "Sozialismus in einem Land" vor und bezieht aus diesem ihre Legitimation den Produzenten gegenüber. Also kann sie alternative Denk- und Handlungsmodelle – als sozialistische! – nicht zulassen. Zugleich muß die Partei auf der grundsätzlichen Interessenidentität zwischen sich und den wichtigen sozialen Klassen bestehen, da sie deren "wirkliche" Interessen ja (stellvertretend und wenn es sein muß auch gegen diese) verkörpert. Also kann es nach dem Bürokratenverstand keine grundsätzlichen Spannungen und Konflikte geben. Opposition muß deshalb als antisozialistisch, konterrevolutionär und als Verrat samt Agententum erscheinen. Das ist das Stück Bürokratenlogik in dem Umstand, daß die rebellierenden polnischen Arbeiter als "Rowdies" und "Ganoven" beschimpft werden und die intellektuellen Oppositionellen in die psychiatrischen Kliniken kommen.

Kampf um "republikanische Freiheiten" und Arbeiterwiderstand

Damit aber sind auch die Probleme der Opposition benannt. Wenn die Partei das Monopol auf Sozialismus und Kommunismus, auf Marxismus und Leninismus hat, wie sollen sich die Kritiker darauf beziehen, wenn sie eine bessere – nicht aber kapitalistische – Gesellschaft wollen? Wenn die besondere Ausformung des "Sozialismus in einem Land" als der einzig mögliche und richtige Sozialismus behauptet wird, wie soll da die Opposition einen alternativen vorstellen? Deshalb liegt die Forderung der intellektuellen Opposition nach "bürgerlichen" Freiheits- und Menschenrechten erst einmal nahe. Diese Forderung enthält aber die Erwartung auf ihre Einlösung. Die uns manchmal un-sozialistisch, gar "kleinbürgerlich" anmutenden Forderungen haben eine ganz anders real utopische Dimension und damit eine nicht geringe Sprengkraft. Die Bürokratie reagiert in ihrem Selbsterhaltungsinteresse auch entsprechend "logisch" und probat darauf. (Hier soll nicht bestritten werden, daß es auch wahrhaft bürgerliche Opposition gibt – doch diese ist in gewisser Weise auch nur der triste Widerschein des offiziellen Marxismus-Leninismus und des "realen Sozialismus".)
Gelangen die Äußerungen von intellektuellen Kritikern aus den RGW-Ländern ziemlich anstandslos in die bürgerliche westliche Presse, so ist das bei der linken marxistischen Opposition nicht so ohne weiteres der Fall. Um so mehr Anlaß für uns, unsere Haltung zu dieser zu bestimmen. Und auch aus einem anderen wichtigeren Grund. Die bürokratischen Mittel und Methoden, den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten beizukommen, gehen im wesentlichen auf Kosten der Produzenten. Die Arbeiteraufstände in Polen sind eine Reaktion auf diese Maßnahmen. In der Sowjetunion häuften sich zu Beginn der siebziger Jahre, als die mit den ökonomischen Reformen verbundenen Liberalisierungstendenzen in Rezentralisierungsmaßnahmen zum Teil zurückgenommen wurden, die Arbeiterunruhen. Diese Arbeiterkämpfe – unabhängig davon, in welchen Formen sie sich äußerten, z. B. als "Verbraucherstreiks" –, sind der Widerstand gegen die Krisenlogik der Bürokratie: mehr produzieren, weniger konsumieren.
Die ökonomischen Pläne und Ziele der Bürokratie in den RGW-Ländern halten an dieser Lösung fest, vor allem durch Produktivitätssteigerung aus der Misere herauszukommen. Da außerdem der Technologieimport aus den kapitalistischen Ländern fester Bestandteil des Krisenmanagements ist, wird durch ihn auch die Arbeitsorganisation des entfalteten Kapitalismus eingeführt. Das heißt für die Arbeiter im "realen Sozialismus": zunehmend intensivierte Arbeitsmethoden, Akkord, Streß – wie für die Arbeiter in kapitalistischen Betrieben längst gängig. So kann man im allgemeinen davon ausgehen, daß die Unruhen des Jahres 1976 nicht die letzten waren.
Freilich müssen die Arbeiter im "realen Sozialismus" auf dem Weg, den Rossana Rossanda als Schritte zur "Wiedergewinnung der eigenen Dimension als Klasse" bezeichnet, schwierige Erfahrungen machen. Noch repräsentiert für sie die Partei den Sozialismus; noch appellieren die polnischen Arbeiter an Gierek zur Lösung ihrer Probleme; noch besteht die Identität zwischen dem Allgemeinheitsanspruch auf Sozialismus der Partei und dem Vertrauen der Arbeiter in die Verwirklichung dieses Anspruchs. Kuroń (einer der führenden Leute im Komitee zur Verteidigung der polnischen Arbeiter) und Modzelewski haben schon Mitte der sechziger Jahre – in einer der ersten durchdringend marxistischen Analysen des "Monopolsozialismus" (also von links!) – darauf verwiesen, daß dieses Vertrauensverhältnis im Laufe der Zeit zerstört werden muß, da im Modell des "Sozialismus in einem Land" die Bürokratie ihre Herrschaft nur dadurch aufrechterhalten kann, indem sie die strukturellen Krisen der Gesellschaft mildert, indem sie die Ressourcen von Menschen und Arbeitskraft mobilisiert. Auf gut deutsch: mehr schuften, Gürtel enger schnallen. In diesem Prozeß der gleichzeitigen Ausbeutung und Vertröstung der Produzenten im Namen des Sozialismus aber wird der Vertrauensvorschuß, den die Bürokratie hat, aufgebraucht. Die Arbeiter wollen mehr haben (essen, leben) für ihr Geld. Den zunehmenden sozialen Spannungen aber kann die Bürokratie derzeit nur auf zweierlei Weise begegnen: stärkere Weltmarktbeziehungen, wie Getreide- und Technologieimport und verschärfter Druck nach innen.
Dieser Prozeß der Klassenerfahrung für die Arbeiter wird vermutlich zunächst chaotisch wirken und nicht nach stubenreinem Klassenkampf ausschauen. Die Besinnung auf die Traditionen der Arbeiterbewegung ist dadurch verbaut, daß die Partei den Marxismus-Leninismus für sich reklamiert. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn es zu anarchisch-anarchistischen Äußerungsformen, bis zur Maschinenstürmerei, im Prozeß der Identitätsfindung der Klasse kommt (dies wahrscheinlich weit mehr in der Sowjetunion als in Ländern wie der DDR oder der CSSR, in denen die Arbeiterklasse in einer kapitalistischen Gesellschaft ihre historische Erfahrung hat, die sie vielleicht reaktivieren kann – und es in Ansätzen wohl auch tut, wie der aufkeimende Rätegedanke in der Zeit des Prager Frühlings zeigt).
Für die Herausbildung einer linken sozialistischen Opposition ist es aber wichtig, daß die bislang eher sozial isolierte intellektuelle Kritik sich wird abarbeiten müssen an der Entwicklung der Arbeiterkämpfe. Deshalb, so meine ich, ist für unsere Haltung zur Opposition im "realen Sozialismus" der Blick z. B. auf das polnische Komitee und die ungarische Linke im Zusammenhang mit diesen Arbeiterkämpfen ganz besonders wichtig.

Parteinahme für die Opposition

Dieser Aufriß kann das Problem weder entfalten noch erschöpfen. Dies ist eine Aufgabe, die wir anpacken müssen. Aber eins steht fest: Wolf Biermann, der nicht "Fall" sein will, hat uns durch die Aktualität dieser Ost-West-Schiebung (die er beim "kleinen Have" noch anders – und als Fall! – besungen hat) darauf verwiesen, unsere Einschätzung und Bestimmung des "realen Sozialismus" voranzutreiben und erst recht die Solidarität mit der Opposition klar, offen und eindeutig zu äußern. Die Solidarität mit Wolf Biermann zeigt sich jetzt, wo er wiederum zum Nicht-Fall und möglicherweise zur Un-Person zu werden droht, in unserer Entwicklung einer aktiven Solidaritätspolitik. Entscheiden müssen wir uns entweder für "die Partei", für die Herrschenden, für eine trügerische Hoffnung auf "mehr" Sozialismus; oder für Biermann, Havemann und die anderen DDR-"Dissidenten", für Kurón und Modzelewski und die polnischen Arbeiter, für die ungarische Linke, für Medwedew, Grigorenko und "psychiatrische Fälle" in der Sowjetunion, für die Oppositionsbewegung in der CSSR.

Literaturhinweis

Kuroń, Modzelewski, Monopolsozialismus, Hamburg 1969
Rossana Rossanda, Gierek und die polnischen Arbeiter, in: dies. ‚Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch, Frankfurt 1975 (edition suhrkamp)
Rote Fahnen über Polen, (trikont) München 1973
A. Hegedüs, M. Markus u. a., Die Neue Linke in Ungarn, 2 Bde., Berlin 1974 (Merve)
M. Haraszti, Stücklohn, Berlin 1975 (Rotbuch)
Jiri Pelikan, Sozialistische Opposition in der CSSR, Frankfurt 1974 (EVA)
Havemann, Dialektik ohne Dogma, Reinbek
Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Frankfurt 1973
Medwedew, Kritik an Solschenizyn, Berlin 1976 (ISP)
Bulletin des Ost-Europa-Komitee, Hamburg

★

Funktion eines sozialistischen Antimilitarismus im Rahmen der SB-Organisation

Egbert Jahn

Vorbemerkung

Während des Pfingstkongresses kamen ca. 150 Genossinnen und Genossen in der Arbeitsgruppe Antimilitarismus zusammen, um über ihre Probleme als Soldarbeiter in der Bundeswehr und im Zivildienst zu reden, um ihre Erfahrungen auszutauschen und weitere Perspektiven einer Arbeit gegen die Repression in und durch die Bundeswehr und die anderen Apparate staatlicher Gewalt (wie Polizei, Bundesgrenzschutz usw.) zu diskutieren. Nachdem ca. 50 Genossinnen und Genossen ihr Interesse an einer Weiterarbeit an diesen Problemen gezeigt hatten, kam es im September 1976 zu einer ersten Regionalzusammenkunft im Rhein-Main-Gebiet.

Das nachfolgend abgedruckte Papier ist als Einleitungsreferat für dieses erste Treffen geschrieben. Daraus leitet sich auch sein begrenzter Stellenwert ab. Es ist kein Versuch einer Begründung der Notwendigkeit antimilitaristischer Arbeit (diese Notwendigkeit wird vielmehr vorausgesetzt), es enthält keinen Strategievorschlag für die antimilitaristische Arbeit eines Arbeitsfeldes/einer Projektgruppe Antimilitarismus im Rahmen des SB, es beinhaltet auch kein Arbeitsprogramm für ein solches Arbeitsfeld/Projekt. Vielmehr reflektiert es nüchtern die schwerwiegende Vernachlässigung einer militärpolitischen Diskussion durch die Linke insgesamt und durch das SB im besonderen, eine Vernachlässigung, die auch durch die sporadisch immer wieder aufflackernde Diskussion nach einer erneuten Niederlage der Linken am und durch das Militär (wie 1971 in Bolivien, 1973 in Chile oder 1975 in Portugal) und die vorschnell aus solchen Diskussionen gezogenen (im wesentlichen traditionalistischen) Konsequenzen nicht widerlegt wird. Es spricht die potentiell widersprüchlichen Momente einer antimilitaristischen Arbeit im SB an, an deren Nichtbeachtung oder rein organisatorischen Bereinigung antimilitaristische Arbeit in der Vergangenheit häufig genug gescheitert sein dürfte, und untersucht das Umfeld antimilitaristisch arbeitender Gruppen, in dem sich ein(e) SB-Arbeitsfeld/Projektgruppe Antimilitarismus bewegen würde. Auf diesem Hintergrund schlägt es als die (vorläufig) wesentliche Aufgabe eines Arbeitsfeldes/Projektgruppe Antimilitarismus im SB vor, eine nicht-dogmatische und nicht traditionalistisch fixierte Diskussion über sozialistische Perspektiven von Militärpolitik zu organisieren und ihr Kontinuität zu verleihen. Der folgende Artikel nimmt also keine Diskussion vorweg, sondern soll sie erst anregen.

Der Antimilitarismus in der westdeutschen Linken

Der Antimilitarismus spielte in der Vorgeschichte des Sozialistischen Büros und der gesamten westdeutschen Linken in Form der Ostermarschbewegung, in den Kampagnen gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Atomrüstung in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle. Er ist aber in den letzten Jahren zunehmend in den Hintergrund getreten. Die antimilitaristische Kriegsdienstverweigerer- und Soldaten-Bewegung führt heute weitgehend ein Eigenleben neben dem Hauptstrom der radikaldemokratischen und sozialistischen Bewegung in der BRD.

Ein Grund für diese Entwicklung ist, daß im Zuge der Konsolidierung der BRD in den 50er Jahren, die die Ausstattung mit einem für jeden souveränen Staat "normalen" militärisch-polizeilichen Apparat beinhaltete, die Nachkriegsmotivation für den Antimilitarismus – die persönlichen Erfahrungen des Weltkrieges und des nationalsozialistischen Militarismus – zerstört wurde und verloren ging.

Erst die außerparlamentarische und die Studentenbewegung mit ihren Kampagnen gegen die Notstandsgesetze und gegen die US-Intervention in Indochina ließen einen historisch neuartigen Antimilitarismus entstehen. Aus überwiegend humanitär-religiösen pazifistischen KDV-Sekten erwuchs sprunghaft eine breite KDV-Bewegung, die zu einem politischen Faktor wurde. In der Phase des Niedergangs der Studentenbewegung und der APO fand jedoch in der Linken eine klare Spaltung und unvermittelte Arbeitsteilung zwischen polit-"ökonomischer" Imperialismuskritik auf der einen Seite und ziemlich unpolitischer Militarismuskritik auf der anderen Seite statt. In der Analyse der Kapitalbewegung wurde allenfalls die Rüstungsproduktion als ein ökonomisches Instrument im Kapitalismus nebenbei erwähnt; eine systematische Auseinandersetzung der Linken mit der Militärfrage und der herrschenden Militärpolitik fand nicht statt. Angesichts der Schwäche der sozialistischen Arbeiterbewegung schien die Militär- und Gewaltfrage als Problem einer in ferner Zukunft starken Arbeiterbewegung, die sich erst dann mit den Formen des Übergangs zum Sozialismus zu beschäftigen hätte.

Für viele Genossen ist außerdem die Gewalt- und Militärfrage seit Jahrzehnten prinzipiell geklärt, bedarf also in ihren Augen keiner weiteren Erörterung.

Allenfalls im Zusammenhang mit Steinwürfen und anderen Formen physischer Gewaltsamkeit bei Demonstrationen und mit dem individualistischen Terrorismus der RAF tauchen gelegentlich Elemente einer politischen Diskussion über das Verhältnis der Linken zu den staatlichen Gewaltapparaten und zur eigenen Gewaltanwendung auf. Vorerst erscheinen der sozialistischen Linken die ökonomischen Probleme der Kapitalbewegung und sekundär auch die ökonomisch-sozialen Aspekte einer rudimentären Arbeiterbewegung als vordringlich. Die Militärfrage ist für sie ein Randproblem, wie auch die relativ schwache Beteiligung in der Antimilitarismus-Arbeitsgruppe (ca. 150 Personen) des Pfingstkongresses zeigte.

In den vergangenen Jahren sympathisierten die meisten Sozialisten mit der Kriegsdienstverweigerung als einem Element oppositionell-kritischen Verhaltens gegenüber dem bürgerlichen Staat oder sie schauten der KDV-Bewegung skeptisch zu. Eine politische Auseinandersetzung mit dem historisch neuartigen Phänomen der massiven KDV-Bewegung, die allen Traditionen des proletarischen Antimilitarismus und letztlich auch dem überkommenen Revolutionsverständnis ins Gesicht schlägt, fand jedoch in der Linken nicht statt. Die ökonomistische Orientierung in der sozialistischen Theorie konnte es sich erlauben, alte Gewalt-, Kriegs- und Revolutionstheoreme des Marxismus in die Gegenwart zu übernehmen – begünstigt offensichtlich durch die Formen des Klassenkampfes in der kapitalistischen Peripherie –, gleichzeitig jedoch die Veränderungen im Militärwesen des kapitalistischen und realsozialistischen Zentrums, den Charakter eines wahrscheinlichen europäisch-globalen Zentralkrieges und die Praxis der massenhaften Kriegsdienstverweigerer zu ignorieren.

Auch daß die Kriegsdienstverweigerung von Hunderttausenden Wehrpflichtigen ein wesentliches Element der Antivietnamkriegsbewegung in den USA und vermittelt auch in anderen Ländern war, die wesentlich zur politisch-psychologischen Vorbereitung der amerikanischen Bevölkerung und Regierung auf den Rückzug aus Indochina beitrug, wurde von der sozialistisch-kommunistischen Linken kaum zur Kenntnis genommen, die sich einer Fetischisierung des Volkskrieges mit Bambusspießfallen, Maschinengewehren und Flugzeugabwehrraketen hingab, ohne die internationalen politisch-psychologischen Kräfteverhältnisse hinreichend zu berücksichtigen.

Erst die revolutionären und konterrevolutionären Vorgänge in Chile und in Portugal warfen die Militärfrage erneut und in einem anderen Lichte auf – der möglichen progressiv-politischen Rolle zumindest einiger wichtiger Militäreinheiten – und stellten die unreflektierte Kriegsdienstverweigerung als eine Form der individuellen Weigerung, staatliche Repressionsfunktionen nach innen oder außen zu übernehmen, in Frage. Diese Ereignisse gaben der antimilitaristischen Soldatenarbeit in Westeuropa offensichtlich entscheidende Impulse und veranlaßten viele Genossen, zum politisch bewußten "antimilitaristischen Entrismus", zum Eintritt in die Kasernen mit agitatorischen Absichten. Gegenwärtig scheinen die harten staatlichen Abwehrmaßnahmen in dem polizeilich-militärischen Apparat, dem Refugium jeglicher staatlichen Macht, die die Repression in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen bei weitem überschreiten, der entristischen Euphorie antimilitaristischer Soldaten schwer zuzusetzen.

Aufgabe eines SB-Arbeitsfeldes Antimilitarismus

Ein Arbeitsfeld Antimilitarismus im Sozialistischen Büro, in dem, wie in allen anderen Areitsfeldern, SB-Mitglieder, wie auch Nicht-Mitglieder zusammenarbeiten würden, hätte m. E. folgende Auf-

KADEWAU
Nr.8 erscheint im März '77
ZUM THEMA GRUNDFREIHEITEN

gegen Einsendung von 1,50 DM (Briefmarken) zu bestellen bei: Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner Postfach 2046 7500 Karlsruhe 1

gaben:

- organisatorische Zusammenfassung von lokalen und regionalen, am SB orientierten Arbeitszusammenhängen und Initiativen in den drei Berufsfeldern: Zivildienst, Polizei- und Militärdienst, antimilitaristische Bildung (Betreuer von Wehrpflichtigen, insbesondere an Wehrkunde und Friedenspädagogik interessierte Lehrer, Friedensforscher usw.);
- die systematische Behandlung des antimilitaristischen Aspektes sozialistischer Politik und die Einbringung von praktischen Initiativen und theoretischen Überlegungen in die allgemeinen Auseinandersetzungen über sozialistische Politik im SB und in der gesamten westdeutschen Linken. (Nicht zufällig fehlen in den SB-Thesen jegliche Ausführungen zur Militärpolitik);
- das Einbringen eines gesamtgesellschaftlich orientierten sozialistischen Politikverständnisses in die bloß auf die Gewalt- und Waffenfrage fixierte Friedensbewegung und die Förderung von politischen Klärungsprozessen in einem breiten, latent sozialistischen Spektrum von Kriegsdienstverweigerern, Soldaten und friedenspolitisch engagierten Pädagogen.

In Schlagwörtern zusammengefaßt sind diese drei Aufgaben eines Arbeitsfeldes Antimilitarismus im SB: a) organisatorisch-ideologische Konsolidierung der aktiven sozialistischen Antimilitaristen und antimilitaristischen Sozialisten, b) Einbringung des antimilitaristischen Aspekts in die allgemeine sozialistische Politik, c) Einbringung gesamtgesellschaftlicher sozialistischer Politik in die Ein-Zweck-Friedensbewegung.

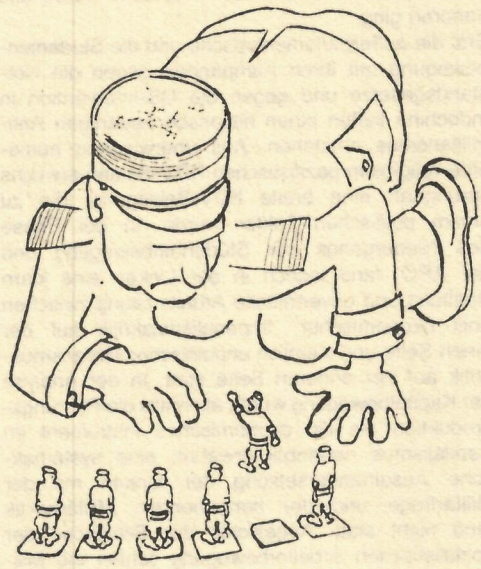
Schwierigkeiten eines SB-Arbeitsfeldes Antimilitarismus

Ein Arbeitsfeld Antimilitarismus wird unter mehreren historisch entstandenen Widersprüchen zu leiden haben, von denen die beiden wichtigsten im Verhältnis von KDV- und Soldatenarbeit und im Verhältnis von antimilitaristischen Theoretikern und Praktikern enthalten sind. Hinzu kommen die Widersprüche zwischen Männern und Frauen, zwischen Wehrpflichtigen und Veteranen des Militär- bzw. Zivildienstes und einige andere mehr. Wir sollten uns dieser Widersprüche und ihrer organisatorisch-politischen Sprengkraft von vorneherein bewußt werden.

Der Widerspruch zwischen KDV- und Soldatenarbeit läßt sich m. E. nicht durch ein politisches "Ausdiskutieren" der Militärfrage lösen mit dem Ziel der Bestimmung einer ausschließlichen Alternative für alle Sozialisten: Entweder Kriegsdienstverweigerung oder antimilitaristischer Entrismus (Soldatenarbeit). Er läßt sich aber auch nur scheinbar lösen durch bloße Koexistenz von Soldaten- und KDV-Arbeit, durch ihre bloße Addition unter Harmonieappellen im höheren allgemeinen sozialistischen Interesse. Die sozialistischen Soldaten-Aktivisten müssen begreifen, daß die Kriegsdienstverweigerung zu einem politisch relevanten Massenphänomen geworden ist, das sie politisch nicht länger mit der Berufung auf Klassikerzitate die Kriegsdienstverweigerung abtun und abwürgen können, mit dem sie sich also wirklich auseinandersetzen müssen. Und die Kriegsdienstverweigerer müssen begreifen, daß es auch für sie nicht gleichgültig ist, welche politischen Strukturen sich in den Kasernen durchsetzen.

Ein zweiter Widerspruch wird zwischen Theoretikern und Praktikern deutlich werden, der mit dem Generationsproblem in gewisser Weise zusammenhängt. Mit dem Militarismus sind unbezweifelbar am unmittelbarsten die wehrpflichtigen jungen Männer konfrontiert; sie sind von ihrer vorübergehenden sozialen Stellung direkt gezwungen, sich mit der Militärproblematik zu beschäftigen – in den Monaten vor der Einberufung, in der Zeit des Solddienstes als Soldat oder Zivildienstleistender und in den Monaten danach, in denen die im Solddienst gemachten Erfahrungen psychisch verarbeitet werden. Nur einen sehr vermittelten Kontakt haben hingegen jene Genossen, die in friedens- oder verteidigungsideologisch relevanten Berufen tätig sind: Pädagogen, Geistliche, Soldaten- und KDV-Betreuer, Sozialarbeiter, Friedensforscher, Lehrer, Kernphysiker usw.

Verbindungen zwischen Praktikern und Theoretikern können dann entstehen, wenn die Aktivisten in und vor den Kasernen und in den ZDL-Einsatzstellen, in der Soldaten- und KDV-Rechtsberatung und in der Friedensarbeit klerikaler, laizistischer und wissenschaftlicher Facon Zweifel an dem Sinn ihrer "Handwerkelei" bekommen und das Bündnis nach einer theoretisch fundierten Ortung und Bestimmung des Stellenwertes ihrer nicht immer lustbesetzten und selten Erfolge zeitigenden antimilitaristischen Aktivität entwikkeln.



Und wenn dann auf der anderen Seite auch die Berufsideologen Zweifel an dem Sinn von reiner wissenschaftlicher oder intuitiver Einsicht in die verhängnisvollen Welt- und Zeitenläufe, in die Mechanismen der Rüstungswettläufe, der Klassenkämpfe, der Kapital- und Arbeiterbewegung, der Bürger- und Staatenkriege, der internationalen Politik und der Interessenverbandsintrigen erhalten, dann besteht eine gewisse Chance der Vermittlung von antimilitaristischer Theorie und Praxis.

Langfristig gesehen muß sich der Antimilitarismus aus seinem maskulinen Jugend- und Wehrpflichtigenghetto befreien, muß die Altersschwelle der teens und twens überschreiten, muß die antimilitaristischen Frauen von der Rolle des ausschließlichen Pflegens der psychischen Wunden ihrer unterdrückten wehrpflichtigen Freunde, Gatten und Brüder befreien, muß eindringen in das Bewußtsein der Rüstungsindustriearbeiter und der Rüstungsforscher (ein Drittel sämtlicher Wissenschaftler sind gegenwärtig mit Kriegsforschung im weitesten Sinne beschäftigt), muß die Distanz des Nichtunmittelbarbetroffenseins durch Militärdienst und Rüstungsproduktion, die die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung scheinbar von der Militarismusproblematik trennt, durch gezielte und systematische politische Arbeit überwinden. So wäre z. B. eine unserer Aufgaben, den Schritt von der Kritik des Atomenergieprogramms zur Kritik der Atomvernichtungspotentiale, die in und um unser Land lagern, zu forcieren. Ich halte die theoretische und politische Auseinandersetzung mit dem vorherrschenden "Steinzeit-Antimilitarismus" der meisten sozialistischen Gruppen für vordringlich, der sich an den Kriegsbildern, an den Staaten- und Klassenkonstellationen des 1. und 2. Weltkriegs orientiert und unreflektiert die antimilitaristischen Klassiker hin- und herzitiert, ohne eine Analyse der militärischen Verhältnisse und der internationalen Klassenstrukturen in der Gegenwart zu leisten. Eine antimilitaristische Strategie in der Bundesrepublik muß sich m. E. von dem Charakter eines zukünftigen Krieges, in den unser Land wahrscheinlich verwickelt sein wird und von unserer Regierung und herrschenden Klasse verwickelt werden könnte, bestimmen lassen. Eine solche Strategie muß, wie auch jede militärische Doktrin, mit dem worst case, dem schlimmsten Fall, rechnen, der in Europa nach allgemeiner militär- und politikwissenschaftlicher Einsicht gar nicht der unwahrscheinlichste ist: eine tendenziell zum totalen Vernichtungskrieg und zum Weltkrieg tendierende militärische Auseinandersetzung noch zu unseren Lebzeiten, noch in diesem Jahrhundert. Aus dem historisch neuartigen Charakter eines 3. Weltkrieges als einem Ausrottungskrieg verbieten sich historische Analogien zu Lenins imperialismustheoretischer Kriegsursachenanalyse und Militärpolitik – wie sie in den Thesen von einem zukünftigen interimperialistischen Krieg zwischen zwei Supermächten mit unerheblichen sozialen und politischen Unterschieden anklingen –, ebenso wie historische Analogien, die an Kriege zwischen progressiven und reaktionären Kriegsparteien erinnern, wie zuletzt zwischen 1939 bzw. 1941 und 1945.

Ansatzpunkte antimilitaristischer Arbeit

Ein 3. Weltkrieg als tendenzieller Ausrottungskrieg erübrigt ein Klasseninteresse der westdeutschen und vieler anderer Lohnabhängigen an dem Sieg, einer wie auch immer progressiveren Kriegspartei (das ist für DKP-isten, Trotzkisten und viele andere immer noch die Sowjetunion und der Warschauer Pakt, das ist für Maoisten, Sozial-, Christ- und Nationaldemokraten die bürgerliche Demokratie und die Nato) ebenso wie die Leninsche Bürgerkriegsparole gegen die imperialistische Staatenkriegsparteien. Mit den Klassikerideen allein kommen wir nicht mehr weiter, wir müssen schon unsere eigenen Gehirne beanspruchen.

Nun kann antimilitaristische Arbeit in der Regel nicht an der den meisten Menschen abstrakt erscheinenden Weltkriegsgefahr ansetzen, die dem Theoretiker als Angelpunkt zur strategischen Orientierung in den Hunderten von lokalen und begrenzten Vorweltkriegen und im friedlichen Militarismusalltag der glänzenden Rüstung und der langweiligen patriotischen Wehrerziehung erscheinen mag. Antimilitaristisches Bewußtsein entwickelt sich in der Regel nicht am Schreibtisch hinter einem riesigen Bücherstoß, sondern in der Entfaltung von elementarem Widerstand gegen alltägliche militärische Schurigeleien in und außerhalb der Kaserne. Dort, an den Gemeinheiten und Rechtswidrigkeiten der fetten Spieße, an den mageren Schaschlik-Spießen der vaterlandsverteidigenden Köche, am Uffz-Zorn-erweckenden Staub und an den Fotos im Spind, am patriotischen Gebrüll auf dem Kasernenhof und an den lächerlichen Befehlen im Manöver, an der beim Schießen, Stechen, Bomben herausgeforderten elementaren menschlichen Phantasie entwickeln sich die Keimformen von antimilitaristischem Widerstand von vielen Tausenden; andere – und das sind noch immer vor allem die privilegierten Oberschüler – haben das antizipatorische Wissen von militärischen Manövern im Spaß des Friedens und im Ernst des Krieges und ziehen aus der Gesamtheit ihres Wissens, also aus ihrem Gewissen, bewußte Konsequenzen – verweigern den Militärdienst oder gehen als antimilitaristische Soldaten in die Kasernen. Hier hat unsere politische Arbeit anzusetzen, aber auch an tausend anderen Herausforderungen, dem Kriegsspielzeug für Kinder, den kriegsverherrlichenden Würfelspielen, an der friedensverhöhnenden Zigarettenreklame (vgl. STERN Nr. 36/1976 S. 111), an der scheinheiligen Arbeitsplatzsorge gerade der Rüstungsindustriellen, an den entwicklungshilfreichen Rüstungsexporten usw. usf. Die Realität setzt mit ihren militärischen Herausforderungen den Aufgaben von sozialistischen antimilitaristischen Arbeitskreisen kaum Grenzen. In der Auseinandersetzung mit dem mit Hilf

immer neuer Reformen ausgebauten innergesellschaftlichen Sicherheitsapparat – wenigstens auf diesem Gebiet ist der sozialliberale Reformeifer noch nicht erstorben – kann sich ebenfalls antimilitaristisches Bewußtsein entwickeln. Dies war besonders anläßlich der Kampagne gegen die Notstandsgesetze und der ersten Bürgerkriegsmanöver der Bundeswehr der Fall, dies kann an dem Widerstand der Polizeigewerkschaften gegen die Ausrüstung mit schweren Waffen ansetzen, dies hat die Unterstützung selbst konservativer bürgerlicher Demokraten anzunehmen, denen es graut vor den freiheitsvernichtenden Konsequenzen der unkontrollierten, kaum kontrollierbaren Computer-Daten-Speicher, die jeden Bürgerfurz als erstes Anzeichen anarchistischen Bombens registriert.

Alltäglicher, gewöhnlicher Militarismus, das sind nicht erst die berstenden Granaten, das ätzende und versengende Napalm, die belfernden Maschinengewehre und die zermalmenden Panzer, das sind auch nicht nur die auf Studentenschädeln tanzenden Gummiknüppel der staatlich Uniformierten, die grün- und graubetuchten Phalanxen beim Empfang von Staatsoberhäuptern und Demonstranten; der Militarismus, der steckt auch in dem Sonntagsgeschwätz von Judasjüngern des Bergpredigers von Galiläa, der glotzt auch aus den Löchern von Computer-Lochstreifen, der spricht aus der Wissen verschweigenden Angst der Lehrer vor dem an den Staatsschutz denunzierenden Schüler, der streikt mit beim Kampf der an die Kanonen, an die Panzerketten und an die elektronischen Geräte gefesselten Rüstungsarbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Militarismus, das ist auch der Gebrauch des Wortes "deutsch" oder "Deutschland" im Zusammenhang mit "Verteidigung", "Vorbild", "Modell", "Weltgeltung", "wir" – ohne an die konkreten, derzeit noch lebendigen, über achtzig Millionen Deutschen zu denken.

Die antimilitaristischen Organisationen

Abgesehen von den grundsätzlichen politischen Differenzen und unterschiedlichen Interessen zwischen Kriegsdienstverweigerern und Soldaten, zwischen Dienstpflichtigen und Veteranen des Zivil- wie des Militärdienstes, muß auch der unterschiedlichen organisatorischen Situation Rechnung getragen werden.

Im KDV-Bereich hat sich nach den Fusionen der verschiedenen großen KDV-Verbände in der DFG-VK ein großer Zentralverband mit ca. 20.000 Mitgliedern herausgebildet. Neben diesem grossen Verband gibt es noch einige meist pazifistische oder christliche kleine Vereine, die sehr locker organisierte Selbstorganisation der Zivildienstleistenden und eine relativ breite Graswurzelbewegung libertär- bzw. anarchoid-sozialistischen Charakters. In all diesen KDV-Organisationen gibt es ein breites Spektrum von SB-Sympathisanten. Das Hauptproblem dieses diffusen sozialistischen antimilitaristischen, mit dem SB sympathisierenden KDV-Spektrums ist die politisch-theoretische Orientierungslosigkeit. Die

politische Verunsicherung schwankt zwischen einer mehr oder weniger eindeutigen Ablehnung der Hauptlinie der DFG/VK-Politik, die sich immer mehr auf eine Strategie der Massenagitation für eine radikale Entspannungspolitik (KSZE, MBFR, UNO-Abrüstungs-Empfehlungen, SALT) auf Regierungsebene beschränkt, und einer recht eindeutigen Zurückweisung der Militärpolitik aller Bundestagsparteien einschließlich der Juso-Parolen von einer "Demokratisierung" der Bundeswehr. Die Ablehnung der herrschenden militärischen Verteidigungsideologie und die gleichzeitige Skepsis gegenüber der DKP-orientierten Strategie einer Verharmlosung bzw. Ausbeutung der Militarismusproblematik im realen Sozialismus kennzeichnet die Grundstimmung im genannten diffusen sozialistischen antimilitaristischen Spektrum. Hier besteht ein großes Bedürfnis nach politisch-theoretischer Klärung durch systematische Diskussion in antimilitaristischen Infos und auf Tagungen.

Dieses Bedürfnis stößt in der DFG/VK in der Regel (das ist abhängig von den lokalen oder regionalen Kräfteverhältnissen im Verband) nicht auf Resonanz oder gar auf Widerstand. Entsprechend der vorherrschenden aktionsbündlerischen Strategie der DFG/VK, die sich vor allem an pazifistische bürgerliche Sehnsüchte wendet und sich bewußt auf allgemeindemokratische Parolen beschränkt, werden Versuche, kontroverse politische Diskussionen, gar mit sozialistischen Positionen, in der DFG/VK zu führen, häufig als "spalterische" Initiativen bekämpft oder unterdrückt. Jeder Ansatz, sich auch mit dem Militarismus auseinanderzusetzen oder nur daran zu erinnern, daß es eine ernstzunehmende subjektive Furcht der Massen vor der Sowjetunion gibt – aufgrund jahrzehntelanger antikommunistischer Indoktrination und aufgrund von konkreten Erfahrungen mit dem realen Sozialismus aus der Nachkriegszeit –, die in jeder entspannungspolitischen und antimilitaristischen Arbeit bewußt offen angesprochen und politisch aufgearbeitet werden muß, soll der Antimilitarismus aus seinem pazifistischen und seinem DKP-Ghetto herauskommen, wird als "Kalte-Kriegs"-Politik à la Strauß und als antikommunistisch und antisowjetisch diffamiert.

Viele Sozialisten haben vor der Aufgabe resigniert, in der DFG/VK eine offene, politische Diskussion zu führen, und sind aus dem Verband ausgetreten, vor allem dort, wo die DKP-Richtung vorherrscht. Ich halte jedoch die Entscheidung, daß die DFG/VK endgültig zu einer aktionsbündlerischen Vorfeldorganisation der DKP wird, noch nicht für gefallen. In einigen Landesverbänden und lokalen Gruppen herrschen noch sozialdemokratische, pazifistische oder sozialistische Positionen vor, ist eine interne politische Auseinandersetzung noch möglich. Ferner gibt es einen inneren Widerspruch der Aktionsbündelei. Einerseits wird mit allerlei organisatorischen Tricks und mit innerverbandlicher Denunziation ("Antikommunist!", "Kalter Krieger") die politische Diskussion – sowohl von sozialistischen oder anderen Minderheiten-Positionen, als auch eine offene Ansprache der Konsistenz und der Rahmenbedingungen der offiziellen Verbandspolitik – unterbunden. Andererseits müssen, soll das Image eines überparteilichen, allgemeindemokratischen Verbandes gewahrt werden, auch in einer beschränkten Dosis unliebsame, abweichende Meinungen geduldet werden. Deshalb gibt es keine eindeutige aktionsbündlerische DFG/VK-Politik ohne innere Widersprüche und ohne innere Gegensätze. Denn im Unterschied zur Verfassungsschutz-Ideologie wird diese Politik nicht entscheidend von unterwandernden DKP-Gesandten getragen, sondern von einer breiten Gruppe von aufrechten bürgerlichen Pazifisten. Diese bürgerlichen Pazifisten haben den Antikommunismus als eine tragende Stütze des westdeutschen und westlichen Militarismus erkannt. Sie bekämpfen den Antikommunismus, weil sie überzeugte Pazifisten oder Antimilitaristen sind und nicht umgekehrt, wie ihnen der Verfassungsschutz unter-

Aus der Postkartenserie "Deutschland, Deutschland! 12 Stimmungsbilder" von Christian Schaffernicht. Bezug: Wohlthatsche Buchhandlung, Rheinstr. 11, 1000 Berlin 41. Preis DM 5.--

stellt: sie seien taktische Antimilitaristen, weil sie DKP-Kommunisten oder Parteikommunisten seien. Weil die Militaristen immer nur das Negative im realen Sozialismus herausstreichen, sehen sie sich aus allgemein-humanitären Erwägungen veranlaßt, öffentlich vor allem das Positive im realen Sozialismus zu betonen und die beschissenen Realitäten im realen Sozialismus nur privat hinter der Hand zu erwähnen. Daß diese naive humanitäre, von aufrechter pazifistischer Gesinnung – die weit in die antimilitaristische Sozialdemokratie hineinreicht – getragene Einstellung politisch in größeren Bevölkerungskreisen unglaubwürdig ist und deshalb zu sektiererischer Wurstelei verurteilt ist, geht diesen Freunden oder Genossen in der DFG/VK meist nicht auf. Es ist dies das Grunddilemma jeder bloßen Versöhnungspolitik, wie sie etwa für den Stamokapliberalismus auf der allgemeinen politischen Szenerie kennzeichnend ist, der auf eine Versöhnung zwischen den regierenden Sozialdemokraten und liberalen Parteien mit den osteuropäischen Kommunistischen Parteien und den sie tragenden herrschenden "nüchternen", "realistischen", "vernünftigen", die "Realitäten anerkennenden" Kräften hinarbeitet unter Verschweigung oder Ignorierung der tatsächlichen Widersprüche in der bürgerlichen Gesellschaft hier und in der bürokratischen Gesellschaft dort.

Zur Stellung der Sozialisten in der DFG/VK

Aufgabe der Sozialisten in der DFG/VK ist es m. E., die politische Kontroverse in dem Verband voranzutreiben, also den Anspruch der DFG/VK, ein Bündnis unterschiedlicher politischer Richtungen zu sein, ernst zu nehmen. Die Sozialisten werden dabei auf die vorherrschende Ideologie stoßen, diese Bestimmung als eine harmonische Einigung von Individuen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu begreifen. Das ist nicht nur die bewußte Strategie von DKP-isten; das entspricht vor allem der pazifistischen Friedenssehnsucht fast um jeden Preis, die harte demokratische Kontroversen und gar fraktionelle Organisierung wie der Teufel das Weihwasser fürchtet. Bewußte DKP-Taktik und prinzipielle bürgerliche Friedfertigkeit gehen also ein nicht zu unterschätzendes psychologisches Bündnis gegen jegliche innerverbandliche Demokratisierung ein, und das heißt letztlich, immer fraktionelle Auseinandersetzung auf der Basis eines solidarischen Gemeininteresses eines Verbandes, einer Partei

oder einer Klasse.
Ein wichtiges Element in der antimilitaristischen Arbeit ist die Regierungs-Politik, wie sie etwa im Verfassungsschutz-Bericht zum Ausdruck kommt. Bisher wurde die DFG/VK insgesamt als prokommunistisch (d. h. beim Verfassungsschutz) prorealsozialistisch und prodkpistisch und verfassungsfeindlich diffamiert. Zur offiziellen Verschweigungsstrategie der DFG/VK gehört es, daß sie dies ihren Mitgliedern weitgehend verheimlicht und keinen Widerstand dagegen organisiert hat, um den politisch nicht sehr bewußten und gefestigten Mitgliedern keine Angst einzujagen. Oft mußten deshalb einfache DFG/VK-Mitglieder erst bei der Beantragung eines Gemeindesaales für einen Abend oder bei einer Berufsbewerbung erfahren, daß sie als Verfassungsfeinde galten. Die DFG/VK ließ also ihre Mitglieder als unbewußte politische Schafe in die offenen Messer rennen.
Inzwischen ist die Strategie des Bundesinnenministeriums differenzierter und geschickter. Sie bezeichnet nicht mehr die gesamte Verbandsmitgliedschaft als prokommunistisch, sondern nur noch die herrschende Politik als prokommunistisch und die Verbandsspitzen als von offenen oder geheimen DKP-Mitgliedern unterwandert. Dadurch soll eine Spaltung in der DFG/VK hervorgerufen, die Mitglieder verunsichert und potentielle Mitglieder von der Beantragung einer Mitgliedschaft in einem von "Verfassungsfeinden" geführten und "unterwanderten" Verband abgeschreckt werden. Ziel der Regierung ist es also, die DKP-isten zu isolieren und das Berührungsverbot der SPD mit Kommunisten gesellschaftlich zu verallgemeinern.
Die Alternative zur Verschweigungs- und Verdummungspolitik der DFG/VK-Spitze, die ihren Mitgliedern keinen reinen Wein über die Risiken ihres Engagements einschenkt, ist der Widerstand gegen die staatliche Repression von antimilitaristischer, pazifistischer und oft auch schon von einfacher reformdemokratischer Politik. (Neuerdings, da sich die Repression auch gegen christliche Pazifisten wendet, scheint die DFG/VK offensiver zu werden.) Die Sozialisten, Sozialdemokraten, ja zum Teil sogar Frei- oder Christdemokraten in der DFG/VK sollten politisch bewußt mit DKP-Mitgliedern/Sympathisanten in einem Verband zusammenarbeiten, unter klarer Artikulation ihrer eigenen Meinungen und Ansichten und auf der Grundlage einer verbandlichen Solidarität mit den bevorzugten Opfern der Berufsverbotspolitik. (Letzteres bedeutet z. B. auch die Respektierung des Entschlusses von vielen DKP-Mitgliedern, sich nicht persönlich, als solche zu erkennen zu geben, während andere offen auftreten.)
Die vorzugsweise gegen die DKP gerichtete staatliche, parteiliche und gesellschaftliche Repression in der gegenwärtigen Phase darf jedoch kein Grund für die Vermeidung von politischen Kontroversen mit ihr sein; im Gegenteil, sie ist Anlaß zu schärfster politischer Auseinandersetzung mit der DKP-Politik bei gleichzeitiger, nicht minder scharfer Zurückweisung der Repression gegen die DKP und für die partielle Kooperation auf dem Feld gemeinsamer Interessen, auch wenn diese DKP die Berufsverbote und die Repression in Osteuropa rechtfertigt.
Wir müssen uns allerdings vor der DKP-Demagogie hüten, die politisches Kapital aus der gegen sie gerichteten Repression mit Hilfe des Märtyrer-Effekts zu schlagen versucht, der Sympathie bei zahlreichen aufrechten Bürgern hervorruft, ohne daß eine rationale politische Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Politik der DKP und ihren langfristigen Konsequenzen stattgefunden hat.
Der Märtyrer-Effekt, dazu das traditionelle Mißverständnis, daß politische Ernsthaftigkeit letztlich im Bekenntnis und in der Aktivität in einer politischen Partei resultieren müsse, sowie die ideologischen Auswirkungen der Vorgänge im westeuropäischen Parteikommunismus – die anscheinend ein bemerkenswertes Carillo-Aufgebot für die DKP unter der intellektuellen Jugend hervorgerufen haben – führen m. E. dazu, daß die DKP unter den Bedingungen einer gemäßigten Repression an politischer Bedeutung in den nächsten Jahren gewinnen könnte. Das muß dann eines Tages zu internen Auseinandersetzungen über eine Beibehaltung der engen Bindungen an die KPdSU und SED oder eine stärkere Annäherung an den westeuropäischen Kommunismus – provoziert vor allem durch die westeuropäischen Parlamentswahen – führen.
Unter Berücksichtigung solcher allgemeinpolitischer Perspektiven, mögen sie in der vorgetragenen Weise überzeugen oder Widerspruch hervorrufen, sollten m. E. sozialistische Antimilitaristen ihre Aktivität in oder außerhalb der DFG/VK entfalten.

Die Soldatenkomitees

Der zweite organisatorische Bereich antimilitaristischer Arbeit sind die Soldatenkomitees. Im Unterschied zu den KDVern haben die antimilitaristischen Soldaten keinen zentralen, überparteilichen Verband. Die meisten Soldatenkomitees haben eine mehr oder weniger eng bestimmte politische Richtung und Anbindung an die DKP, die KPD, den KBW, die GIM oder die Jusos bzw. gehören zum diffusen SB-Dunstkreis. Allenfalls ein lockerer Informationsaustausch besteht zwischen diesen, meist nur lokal-regionalen Komitees. Die Probleme sind also ganz andere als im KDV-Bereich. Die KDV-Politik ist zum großen Teil von internen linken Organisationskämpfen verschont, weil die marxistisch-leninistischen Gruppierungen fast alle (außer der DKP) die KDV grundsätzlich ablehnen, so daß der KDV-Bereich den bürgerlichen Parteien, der DKP und dem SB-Dunstkreis vorbehalten bleibt. Die Soldaten-Politik ist hingegen durch den schärfsten Konkurrenzkampf aller linken Gruppierungen bestimmt; für einen überparteilichen Soldaten-Verband analog der DFG/VK sehe ich deshalb keine Chance. Die DKP wird mit den ADS (Aktionsgemeinschaften Demokratischer Soldaten) kaum dasselbe breite Aktionsbündnis wie bei den KDVern erreichen. Die DKP hat erst in einem jahrzehntelangen Prozeß in den bürgerlichen Friedensorganisationen und KDV-Verbänden eine gewisse Position erreichen können; die ADS hingegen gelten von vorneherein als DKP-Vorfeld-Organisationen, haben deshalb nur geringe Chancen. Da außer der Konkurrenz auch die Repression in der Soldaten-Arbeit schärfer ist als bei den waffenlosen KDVern, ist in nächster Zeit mit einem größeren linken Soldaten-Verband nicht zu rechnen. Allenfalls soldatengewerkschaftliche Probleme haben eine gewisse politische Zukunft und bieten organisatorische Anhaltspunkte und Aufgaben für sozialistische Antimilitaristen.
Wie die ihre Bedürfnisse der auf dem Pfingstkongreß äußernden Soldatengenossen zeigten, zielt das Interesse sozialistischer Soldatenarbeit viel mehr auf konkrete Alltagsfragen als bei den sich leicht in dünner Friedensluft bewegenden KDVern, die sich ungestörter über Sinn oder Zwecklosigkeit einer KSZE aufregen können als die Soldaten, die sich um ein bißchen mehr Sold, Wochenurlaub, besseres Kantinenessen, die Inanspruchnahme des Beschwerderechts und einfachster gewerkschaftlicher und politischer Grundrechte (Teilnahme an 1. Mai-Demonstrationen) sorgen.

Sollen wir antimilitaristische SB-Gruppen gründen?

Obwohl beim Pfingstkongreß ca. 45 Genossinnen und Genossen ihr Interesse an einem Arbeitsfeld Antimilitarismus bekundet haben und ca. 15 Genossen zu einer Regionalzusammenkunft aus dem Rhein-Main-Gebiet im September zusammenkamen, obwohl sicherlich leicht weitere Dutzende von SB-Sympathisanten ansprechbar wären, scheint mir die Voraussetzung für lokale SB-Soldaten- und für SB-KDV-Gruppen oder für integrierte antimilitaristische SB-Gruppen (Soldaten, KDVer, Friedensbildungsarbeiter) nicht gegeben. Denn meist kämen allenfalls lokale Drei- oder Viermann-Gruppen zustande, deren Aktivitäten sehr schnell einschlafen würden.
Mir scheint es viel zu früh für ein schematisches Organisierungsmodell zu sein. Wenn die These richtig ist, daß vor allem ein Bedürfnis im SB-Dunstkreis nach politisch-theoretischer Reflexion über den Sinn und Stellenwert von einzelnen soldatengewerkschaftlichen oder von KDV-Aktivitäten besteht, dann schiene es mir sinnvoll, daß nach wie vor die praktische Arbeit in der Regel in den vorgegebenen Organisationen stattfinden sollte, also in der lokalen DFG/VK- oder ZDL-Gruppe, in einem der lokalen, vorzugsweise gewerkschaftlich orientierten Soldatenkomitees oder aber im lokalen SZ, das hin und wieder für eine antimilitaristische Aktion zu gewinnen ist. Antimilitaristische, sozialistisch motivierte Einzelkämpfer müßten also den Kontakt zu solchen existierenden lokalen Gruppen suchen.
Ein größeres Problem besteht dort, wo in den bestehenden lokalen KDV- oder Soldatengruppen keine Möglichkeit – aufgrund politisch bornierter Fixierungen und persönlicher Konflikte in der Vergangenheit – der Betätigung für Sozialisten besteht, aber auch dort, wo es kein lokales SZ gibt, oder wo die SZ-Genossen kein Interesse an antimilitaristischer Arbeit zeigen. Allenfalls in solchen Situationen wäre bei genügender personeller Stärke an die Gründung eigener antimilitaristischer, vorzugsweise integrierter Soldaten- und KDV-Gruppen im SB-Zusammenhang zu denken.
Hingegen scheint mir gegenwärtig die Gründung von regionalen antimilitaristischen SB-Gruppen möglich und auch dringlich. Diese regionalen Arbeitsfeld-Gruppen würden Genossen aus den verschiedensten antimilitaristischen Arbeitszusammenhängen, als DFG/VK-Mitglieder, als Graswurzler, als Soldaten-Komiteeler, als KDV-Berater, als Friedenspädagogen oder als SZ-Mitarbeiter bei Regionaltagungen zusammenfassen, um die persönlichen und Gruppenerfahrungen in der antimilitaristischen Arbeit zu diskutieren (z. B. anhand eines erfolgreichen oder erfolglosen Flugblattes, einer KDV-Beratungspraxis, von einzelnen soldatengewerkschaftlichen Forderungen), um Anregungen und Aufmunterungen für die je lokale Arbeit zu erhalten. Ob man dann mit dem schriftlichen Niederschlag solcher Tagungen eigene Regionalinfos oder ein Bundesinfo macht, oder ob man als Fraktion in die allgemeine KDV- und Soldatenpublizistik eingreift, oder ob man beides macht und sich stärker auf die SB-Infos und die allgemeine linke Publizistik orientiert, ist eine zweite und flexibel zu beantwortende Frage. Von vorneherein wäre eine bundeszentrale SB-Informationsstelle ratsam, die die Kontakte und Informationen vermittelt und hin und wieder eine antimilitaristische Bundestagung veranstaltet. Ihre Aufgabe wäre es nicht so sehr, ex cathedra SB-Stellungsnahmen zu allerlei militärpolitischen Fragen abzugeben oder für andere SB-Gremien vorzubereiten, sondern den mühsamen Prozeß der politischen Annäherung von bisher Nur-Soldaten und Nur-Kriegsdienstverweigerern zu fordern, die sich allesamt auf ihre Weise als Sozialisten begreifen und mehr oder weniger konkrete Sympathien mit der allgemeinen SB-Politik haben, aber außer einem 'links'-Abonnement noch keinen konkreten Bezug zu allgemeiner sozialistischer Politik besitzen und häufig leicht vom antimilitaristischen Desinteresse vieler SZ-Genossen abgehalten werden, sich intensiver im SB-Zusammenhang zu engagieren.

★

Selbstdarstellung einer internationalistischen Mediengruppe

Vor zwei Jahren haben wir uns zu einem Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit (AVZ) zusammengeschlossen, um als Gruppe und mit Gruppen internationalistische Medien zu produzieren und über einen autonomen, "unter-parteilichen" Verleih einzusetzen. Einige von uns arbeiten in der Erwachsenenbildung und in der Sozialarbeit und finanzieren damit die Arbeit des AVZ.

Wir führen ein Bildarchiv, produzieren Tonbildreihen auf der Basis von Reisen und journalistischen Recherchen, koproduzieren Tonbildreihen zusammen mit Gruppen, betreiben einen Verleih von Tonbildmedien, synchronisieren fremdsprachliche Medien, unterstützen Gruppen durch Fotoarbeiten, wie z. B. Diakopien, unterstützen sie bei Aktionen und Ausstellungen mit Geräten und Medien bis hin zur Multivision, betreiben einen Tonbild-Verlag für den Verkauf von Produktionen an Medienzentralen, Gewerkschaften, Lehrer etc., arbeiten medienpolitisch im "Medienausschuß entwicklungspolitischer Gruppen", veröffentlichen u. a. Filmbewertungen sowie unsere Reihe "AVZ Materialien".

Unser Medium ist die Tonbildschau

Der bisherige Gebrauch von Medien innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit der politischen Gruppen beschränkte sich auf das gesprochene (Teachin, Referat) oder geschriebene Wort (Texte, Flugblätter). Die Linke überließ die neu entwickelten Produktivkräfte der audiovisuellen Massenmedien den kommerziellen und konservativen Kräften (Beispiel: CSU-Multivision "Angriff auf unsere Demokratie"). Stattdessen sehen wir nur überall das Festhalten an traditionellen Lernformen und Medien (bedrucktes Papier).

Die wenigen, die sich AV-Medien aneigneten, beschränkten sich nur allzuoft auf den professionellen 16mm-Film, eine recht aufwendige Technik, die die Entwicklung einer emanzipatorischen Medienpraxis eher behinderte. Die Anwendung der Videotechnik für den sogenannten "operativen" Medieneinsatz, d. h. für die Rückkopplung von Gruppenprozessen, für die Jugend- bis hin zur Stadtteilarbeit, eröffnet faszinierende Perspektiven. Für den "informativen" Mediengebrauch, d. h. für die massenmediale Vermittlung von Nachrichten im ganzen Land ist die Videotechnik noch nicht ausgereift genug. Aufgrund der anfälligen und kostspieligen Apparatur beherrscht hier die Technik den Menschen und nicht umgekehrt.

Ziel einer emanzipatorischen Medienarbeit sollte aber sein, den sogenannten "Rezipienten" in die Lage zu versetzen, die in einem Medium enthaltene gesellschaftliche Erfahrung so mit seiner eigenen zu verbinden, daß er mit ihr umgehen kann. (Nichts anderes kann "Mobilisierung" bedeuten.).Voraussetzung für die Aneignung und Organisierung gesellschaftlicher Erfahrung, wie sie ein Medium enthält, ist jedoch die technische Aneignung des Mediums und die Organisation seines Einsatzes. Je trivialer ein Medium, desto subversiver. "Trivial" soll heißen, daß möglichst viele der Betroffenen mit dem Medium umgehen können. "Subversiv" soll heißen: Fähig, allmählich den überkommenen autoritären Strukturen und demokratisch nicht legitimierten Herrschaftsformen den Boden zu entziehen.

Kein anderes audiovisuelles Medium erfüllt in der Herstellung wie im Einsatz diese Forderungen besser als die Tonbildschau (TBS). So gut wie jeder ist heute mit der Funktionsweise eines Fotoapparates, eines Cassettenrecorders und eines Dia-Projektors vertraut. Selbst kleinen Gruppen ist sowohl die Herstellung wie die Vorführung von Tonbildreihen ohne Fachleute und ohne "Vorführschein" möglich. Die Herstellung kostet nur den Bruchteil der Kosten eines Films und sehr viel weniger Zeit. Die TBS ist gegenüber dem Film durch Austausch einzelner Dias oder Textpassagen stets aktualisierbar.

Als großer Nachteil wird oft die Unbewegtheit des Bildes bezeichnet. Darin liegt aber gerade die didaktische Stärke des Mediums TBS: Das Verhältnis zwischen Aufmerksamkeitswert (Faszination) und Gedächtnishaftung ist ausgewogener als beim sogenannten "Dokumentarfilm" oder Feature. Die größere visuelle Aufmerksamkeit ist aufgrund des sich ständig verändernden Laufbildes nur kurzfristig, der Eindruck eines Bildes wird durch die Nachfolgebilder sofort überdeckt. (Bezeichnenderweise setzen Unternehmen für die interne Schulung lieber Tonbildschauen als Filme ein.)

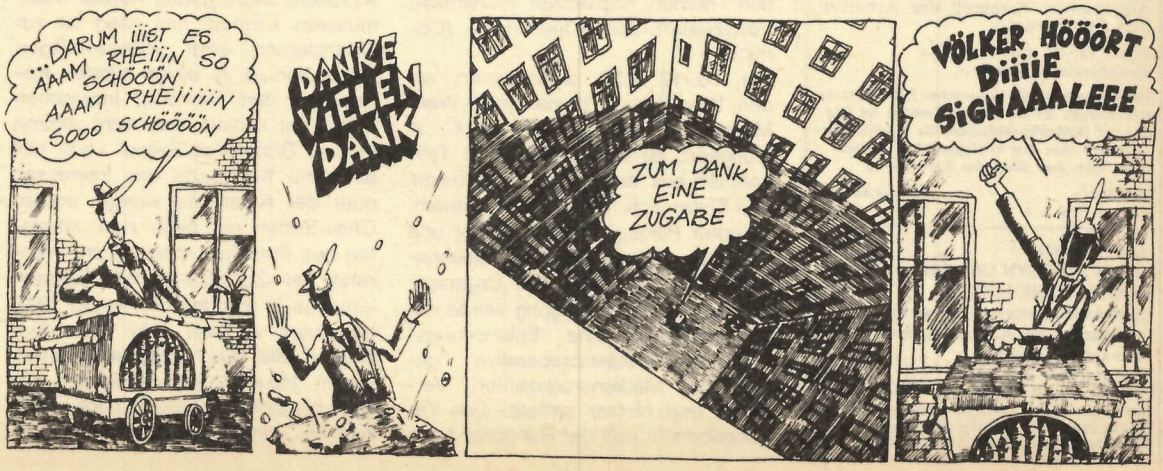
Beim Film wird in der Regel – d. h. nicht an sich, sondern so wie heute Filme gemacht werden! – die Aufmerksamkeit des Publikums von visuellen Reizen in Anspruch genommen: Der Zuschauer kann dem Kommentar kaum folgen. Gefesselt vom Nervenkitzel des bewegten Bildes rauscht der Text an ihm vorbei. Konzentriert er sich aber auf den Kommentar, so kann er dem Laufbild nicht mehr folgen und das Schauen verkommt zum bloßen Glotzen.

Diese sogenannten "Ton-Bild-Scheren" sind für die Tonbildschau deswegen nicht solch ein Problem, weil die Aufmerksamkeit immer wieder zum stehenden Bild zurückkehren kann. Schließlich sind in der TBS die didaktisch-manipulativen Schritte viel transparenter als im Film, weshalb die TBS auch das geeignete Medium für Gruppen ist zur Entwicklung eines eigenen Medienbewußtseins.

"Die Dritte Welt ist überall"

Neben den "Dritte Welt"-Serien, die größtenteils nationale Bewegungen porträtierten (Chile, Angola etc.), entstanden bzw. entstehen in zunehmendem Maße Serien, auf die das Etikett "Dritte Welt" nicht mehr zutrifft (Portugal; Frankreich). Unsere Medienarbeit ist in der Phase der studentischen Solidaritätsbewegung entstanden, wurde von einer Dritte-Welt-orientierten zu einer internationalistischen, von einer entwicklungspolitischen zu einer entwicklungspädagogischen. Das soll heißen: Das Interesse an den unterdrückten Indios in ihren malerischen Ponchos ist dem Interesse an Strukturidentitäten gewichen. Zum einen gehen wir davon aus, daß der Kapitalismus nicht in einem einzigen Land, auch nicht in den Metropolen, im Zuge einer nationalen Revolution zu schlagen ist, sondern daß seine Entfaltung zum Weltkapitalismus eine internationalistische sozialistische Perspektive erfordert. Zum anderen verstehen wir unsere Medien als Werkzeuge zur Re-Organisierung der gesellschaftlichen Erfahrung der Menschen in der BRD. "Entwicklungspädagogisch" soll heißen: Dem Bewußtsein des Zuschauers Material zur Bildung eines geschichtsmaterialistischen Begriffs von "Entwicklung" liefern, der weder der persönlichen Entwicklung des Zuschauers noch der gesamtgesellschaftlichen Realität der BRD äußerlich bleibt.

Warum Strukturidentitäten zwischen der Entwicklung z. B. in Brasilien und der Entwicklung in Brokdorf aufzeigen? Ist das nicht verkehrt rum argumentiert? Betrifft die Menschen in der BRD nicht zunächst einmal Brokdorf und sollte man nicht von da dann zur Entwicklung in Brasilien oder sonstwo kommen? – Dem ist zuzustimmen, wird die Frage so gestellt. Die Fragestellung zielt aber insofern an unserer Aufgabe und unserer Arbeit vorbei, als es ja nicht darum gehen kann, aufklärerische Medien über "ferne Länder" in die Welt zu setzen (also als Angebot, eine Bildungslücke zu füllen). Themen autonomer internationalistischer Medienarbeit sollten "generative Themen" (Paulo Freire) sein, die die Interessen und Emotionen von Bevölkerungsmehrheiten in der BRD berühren (z. B. Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, Rohstoff- und Energiekrise, Erdöl, Multis, Kaffee, Bananen, Baumwolle, Kakao etc.). Auf den leichten Vorwurf, Dritte-Welt-Filme ein wenig am Rande liegen zu lassen, hielt sich ein befreundeter Filmverleih zugute, sich "im wesentlichen die Bearbeitung der gesellschaftlichen Widersprüche in unserem Land" zur Aufgabe zu machen und "nur zum geringen Teil im antiimperialistischen Zusammenhang" zu arbeiten. Wir meinen, daß diese Position unhaltbar ist im zweitmächtigsten imperialistischen Staat der Erde! Gerade in diesem Land muß Betriebsarbeit etc. zugleich antiimperialistische Arbeit sein! Das im Sinne von Wertigkeiten und Prioritäten auseinanderzudividieren ist Unsinn und



olle&wolter

★ ★ ★ ★ ★ ★

Aktionskomitee gegen Berufsverbote

Gewerkschaften und Berufsverbote

Dokumente und Kommentare über die Stellung der Gewerkschaften zu den Berufsverboten.

80 Seiten DM 4.–

G. Armanski, B. Penth, J. Pohlmann

Lohnarbeit im öffentlichen Dienst der BRD

Staatstreue oder Klassenkampf?

358 Seiten DM 19,80

Deutschland deine Beamten

Ein Lesebuch

Herausgegeben von Armanski, Bruns, Penth

Verlag Olle & Wolter

Nach Tucholsky ist es die Sehnsucht eines jeden Deutschen, hinter dem Schalter zu sitzen, aber das Schicksal jedes Deutschen, vor dem Schalter zu stehen.

Dieses Lesebuch bedient sich des Vorrats realistischer Literatur, um die Figur des preußisch-deutschen Beamten zu verlebendigen. Diese Figur wird in ihren historischen Metamorphosen sowie ihrer bedenklichen Kontinuität vorgestellt, was auch eine Auskunft gibt über die Schwierigkeiten der Deutschen, ein demokratisches Staatswesen zu bilden.

Mit Beiträgen von Weerth, Fontane, Raabe, Th. u. H. Mann, Hesse, Tucholsky, Seghers, Lenz, Kluge, Böll, Schneider, u. v. a.

180 Seiten DM 9.80

★ ★ ★ ★ ★ ★

Richard Müller

Geschichte der deutschen Revolution Drei Bände

Die klassische Chronik der Novemberrevolution und ihrer Vor- und Nachgeschichte hat kein professioneller Historiker sondern einer geschrieben, den sich die Arbeiter selbst an ihre Spitze gestellt haben. Müller erzählt den Sturz des Kaiserreichs aus der Entwicklung der Kampfkraft der Berliner Großbetriebe. Die Organisation, die sich dabei herausbildet, ist eine selbständige Arbeiteravantgarde – die Revolutionären Obleute – denen Müller als Anführer der Dreher vorsaß.

Band 1, Vom Kaiserreich zur Republik
220 Seiten DM 8.80

Band 2, Die Novemberrevolution
296 Seiten DM 12.80

Band 3, Der Bürgerkrieg in Deutschland
260 Seiten DM 9.80

Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte

Berlin, 16.–21. Dezember 1918
Stenographische Berichte

Dieses Buch ist ein historisches Dokument ersten Ranges. Es protokolliert mitten im Ringen der Novemberrevolution die Auseinandersetzungen über den künftigen Weg Deutschlands nach dem Sturz des Kaiserreichs.

220 Seiten DM 24.80
Format DIN A 4

Roy Medvedev
SOLSCHENIZYN UND DIE SOWJETISCHE LINKE
Eine Auseinandersetzung mit den drei Bänden des Archipel GULag und andere Schriften.
100 Seiten – DM 7,80

Bitte fordern Sie unseren Katalog unter Beifügung einer 50-Pf-Marke an: Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

ein politischer Irrtum.
Es gibt jedoch sicher so etwas wie "Arbeitsteilung". So haben wir zum Beispiel erfahren, wie sehr die internationalistische wie die Medienarbeit der Kontinuität bedürfen, der formalen und inhaltlichen Entwicklung. Diese würden wir aber gerade aufs Spiel setzen, wenn wir gestern zur Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse, heute zum Berufsverbot und morgen über Kernkraftwerke Medien produzierten. Die Entwicklung autonomer internationalistischer Medienarbeit fordert unsere ganzen Kräfte, und nur eine unrealistische Einschätzung dieser eigenen Kräfte kann der Grund für die Verzettelung vieler Gruppen sein (so anfangs auch bei uns). Man nimmt sich zuviel vor, schafft jeweils nur halbe Sachen, leistet ungenaue Arbeit, die die Gruppen frustriert und aufreibt.
Ein Freund: "Grundsätzlich fragt sich: Was macht man bzw. wie reagiert man auf die ständige Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und auf das Anwachsen der objektiven politischen Aufgaben? Muß man wirklich immer mehr tun, weil die Verhältnisse es von uns fordern?" Sicher ist es genau umgekehrt: Wir müssen weniger verschiedene Aufgaben bearbeiten, diese aber um so genauer und gründlicher! In diesem Sinne arbeiten wir konsequent weiter an einer Aufgabe, für die wir im Laufe der Jahre einige wertvolle Erfahrungen und Qualifikationen gewonnen haben, und deren Bearbeitung, wie sich in dem Maße zeigt, wie sie bekannt wird, gesellschaftlichen Gebrauchswert hat.

Ergebnisse

Bisher haben wir Tonbildreihen produziert über Angola, Portugal, Chile, Bolivien, Dhofar, China, Bananenrepubliken/Mittelamerika. (Einzelheiten im Katalog – DM 1,70 in Briefmarken). Diese Serien sind zum größten Teil als Koproduktionen mit entwicklungspolitischen bzw. antiimperialistischen Gruppen und nationalen Vereinigungen in der BRD entstanden. Das Prinzip, daß wir die Betroffenen als Produzenten ihrer gesellschaftlichen Erfahrung anerkennen, findet darin seinen Ausdruck, daß wir im Gegensatz zum falschen Produzentenbewußtsein des journalistischen Professionalismus die Betroffenen weitgehend Inhalt und Struktur der Medien bestimmen lassen. 1977 sind Produktionen in Arbeit zu den Themen: Kapverden; Frankreich; Venezuela/Erdöl: Kleinfamilie (Comic).
Am 10.-12.12.76 organisierten wir den Workshop "Thema Dritte Welt: Medien für die Gruppenarbeit" in München, zu dem wir ca. 130 Teilnehmer aus der BRD, der Schweiz und Österreich mobilisieren konnten, darunter Filmemacher, Verleiher und Vertreter von ca. 50 entwicklungspolitischen Gruppen und Organisationen. Auf dieser Tagung wurde der Grundstein für eine "Entwicklungspolitische Mediencooperative" gelegt, die Medienproduzenten, Verleiher und Nutzer umfaßt. Der Tagungsbericht und der Rundbrief Nr. 1 der Coop ist gegen DM 2,-- in Briefmarken erhältlich.

Schwierigkeiten

In einer Zeit der Inflation von Organisations-Modellen und -Spaltungen hat die Darstellung unseres Konzeptes nur dann einen Wert, wenn wir auch darauf eingehen, wie das Ganze nun funktioniert.
Was Alexander Kluge über das realistische Prinzip sagt, gilt auch für unsere Arbeit: "Das alles hat den Charakter einer Baustelle". Wir sind ständig in der Produktion begriffen. Dabei hat diese Produktion zwei Seiten: Zum einen produzieren wir Medien, also Dinge, zum anderen aber auch menschliche Verhältnisse. Diese zweite produktive Tätigkeit ist insofern sehr wichtig, als wir ja nicht nur vermittels unserer Medien auf die Produktion neuer gesellschaftlicher Verhältnisse einwirken wollen, sondern weil wir dieses nur leisten können, wenn wir in den eigenen Verkehrsformen innerhalb der Gruppe zumindest ein bißchen von der Qualität antizipieren, für deren gesamtgesellschaftliche Durchsetzung wir kämpfen.
Die Schwierigkeiten, ein Kollektiv zu werden: Wir sind z. Z. drei Frauen und sechs Männer – und nicht verschont von den Problemen, die sich aus einer kollektiven Zusammenarbeit in dieser Konstellation ergeben. So enorm unterschiedliche Charaktere mit unterschiedlichen Sensibilitäten, Arbeitsweisen, Stärken und Schwächen brauchen Jahre, um zu einer produktiven Einheit zu gelangen, d. h. einer Einheit, in der die Widersprüche zum Motor und nicht zum Hemmnis werden.
Die Schwierigkeiten, ein Kollektiv zu werden: Welches Verhältnis zur Medien-Arbeit: sich ihr ganz und gar ausliefern, voll für sie da sein? Wie ist das mit der Freizeit? Erst allmählich verbringen wir auch mehr "Freizeit" miteinander. Sollten wir langfristig auch ein Wohnkollektiv bilden? Z. Z. erhält derjenige eine stärkere Position, in dessen Wohnung das Büro liegt. Könnten aber nicht Schwierigkeiten, die sich aus dem Miteinanderwohnen ergeben, auf die Arbeit übergreifen? Der eine begeistert sich schneller, der andere zweifelt länger.
Ökonomische Schwierigkeiten: Die gesamte Arbeit ist bisher von drei Leuten mit einigen tausend Mark finanziert worden. Der Verleih trägt sich nicht einmal selbst. So haben wir bisher nicht genug Kapital akkumulieren können, das nötig ist zur Finanzierung einer verlagsmäßigen Produktion (d. h. einige hundert Kopien für den Verkauf). Inzwischen haben wir kapiert, was nicht stimmt: In der "Dritte-Welt-Szene" i.e.S. gibt es keine Kontinuität des Interesses oder der Arbeit. So werden unsere Chile-Serien nur noch zum Jahrestag des Putsches ausgeliehen. Während der Zuspitzung des Klassenkampfes in Portugal im Herbst 1975 brauchten wir von jeder Serie fünf Kopien, die gleichzeitig ausgeliehen waren. Heute liegen die Serien, deren Herstellungskosten noch nicht einmal amortisiert sind, auf den Regalen. Und wenn wir dann von Malte Rauch ähnliches über seinen so hervorragenden wie erfolgreichen Film "Viva Portugal" hören und gleichzeitig eine Serie mit dem generativen Thema "Banane/Multis" (Die saure Geschichte der süßen Banane kontinuierlich nachgefragt wird, – dann wissen wir, in welche Richtung wir in Zukunft arbeiten müssen. Wir dürfen uns nicht mehr an den kurzfristigen Tagesinteressen der Szene orientieren. D. h. wir kommen immer mehr herunter von der Ebene der Tages- und Parteipolitik auf die Basis – die Basis der Meinungen, Gefühle und Vorstellungen in den Köpfen der Menschen. In diesem Sinne werden wir in Zukunft auf unserer Baustelle Tiefbau betreiben.

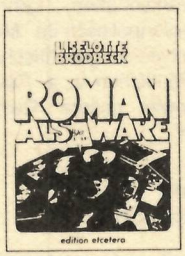
Adresse: Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit e. V., Clemensstr. 120, 8000 München 40 Telefon 089/3003058.

edition etcetera

Diese Arbeit behandelt Fragen wie zur Parteistruktur, Zentralismus und Bürokratismus im Rahmen der Theorie und Praxis von Leo Trotzki.

"DIESES BUCH GEHT JEDEN LINKEN AN."
konkret (Hamburg)

"Der Verfasser der vorliegenden Studie, einer Flensburger Arbeit, geht bis zu den Quellen des sozialistischen Humanismus zurück, wie sie in den Schriften von Marx und Engels als Aufhebung der Entfremdung und Selbstverwirklichung des Menschen erfaßt sind."
Die Zeit (Hamburg)



NEU

POSTFACH 572
CH-4001 BASEL

Streik an der Evangelischen Fachhochschule

Die Studenten der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (EFHSS) in Westberlin bemühen sich seit Jahren um eine verbesserte Ausbildungssituation. Der Konflikt zwischen Studenten und Rektorat spitzte sich im Wintersemester 1976/77 drastisch zu. Während der Semesterferien wurden 22 neue Lehrbeauftragte eingestellt. Die Auswahl dieser Leute wurde von rektoratstreuen Dozenten getroffen, wie die Lehrbeauftragten später selbst berichteten. Die Studenten hatten vor diesen Einstellungen keine Gelegenheit, diese 22 Leute kennenzulernen, geschweige denn auf die Entscheidung Einfluß auszuüben.

Trotz der denkbar schlechten Ausgangsvoraussetzungen versuchten nun die Studenten, in Diskussionen mit den neuen Lehrbeauftragten über Möglichkeiten der Zusammenarbeit wie Lerninhalte, Arbeitsformen, Art der Leistungsnachweise usw. zu sprechen. Bei 10 Lehrbeauftragten schien eine sinnvolle Kooperation zwischen Studenten und Lehrbeauftragten nicht möglich zu sein. Die berechtigten Einwände stellten keinen Bezug zur Sozialarbeiterpraxis und mangelnde Vermittlungsfähigkeit der Lehrinhalte fest. Deshalb wurden von diesen 10 Lehrbeauftragten in einer Urabstimmung drei mit über Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Weiterhin wurde ein unbefristeter Streik beschlossen. Wir organisierten Alternativseminare. Die Studenten des 6. Semesters, die zu Streikbeginn kurz vor dem Staatsexamen standen, organisierten Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Prüfung, statt die Seminare zu besuchen. Dieser Entschluß hat für die anderen Semester dokumentiert, daß es selbst Studenten, die kurz vor dem Ende ihrer Ausbildung stehen, nicht egal ist, wie die Entwicklung an der EFHSS weitergeht.

Nachdem wir in dem sechswöchigen Streik keinerlei Erfolge erzielt haben, da trotz intensiver Bemühungen in bezug auf Öffentlichkeitsarbeit unsere Aktionen von den Medien vollkommen ignoriert wurden, schien der Streik durch ein sehr knappes Ergebnis einer Urabstimmung zu Ende zu gehen. Doch am selben Tag drohte der Prüfungsausschuß und der akademische Senat mit schärfsten Repressalien. Dadurch war die Bereitschaft der Studenten, weiterzustreiken, wieder stark angestiegen. Durch das Verhalten des Rektors Weber – er reagierte, wenn überhaupt, nur mit Drohungen – wurde uns klar, daß wir uns nun hauptsächlich darum bemühen müssen, daß Weber von unserer Schule geht. Da wir keine militanten Aktionen vorhatten, beschlossen wir am 14.1.1977 eine friedliche Hungeraktion, an der stellvertretend für die Studentenschaft ca. 50 Studenten (10% von uns) bei Tee und Selterswasser 9 Tage lang im Gemeindehaus Schlachtensee verbrachten. Dieses Haus wurde uns vom Gemeindekirchenrat "zur Darstellung unserer Situation" zur Verfügung gestellt.

Die Hungernden waren während der 9 Tage in einer kontinuierlichen Auseinandersetzung untereinander. Sie verhandelten dort mit dem neuen Bischof Kruse und Vertretern der Kirchenleitung. Der Rest der Studenten der EFHSS unterstützte die Hungernden bei ihren Aktivitäten.

Die Hungernden wurden von Schriftstellern, die sich solidarisierten, besucht und durch deren Auftreten ermutigt (Peter Schneider, F. C. Delius, Ingeborg Drewitz, Yaak Karsunke und etliche Berliner Liedermacher). Wir veranstalteten eine Pressekonferenz. Kurz vor Beginn beehrten uns 2 Dozenten und Rektor Weber. Diese Dozenten haben sich durch ihre jahrelange Arbeit gegen die Studenten ausgezeichnet und wollten sich nun auf einmal informieren. Rektor Weber war sehr schnell wieder verschwunden, die 2 Dozenten auch.

Am Sonntag, dem 23.1.1977 wurde die Hungeraktion abgebrochen. Am Tage zuvor wurde eine Kuratoriumssitzung einberufen, in der der Rektor und Prorektor (der ist mindestens genauso schlimm wie Weber) bestätigt wurden, obwohl die Kirchenleitung am selben Tag mit knapper Mehrheit die Empfehlung aussprach, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen und das Rektorat während dieser Zeit zu beurlauben.

Wir haben in den laufenden Auseinandersetzungen um die Misere an der EFHSS festgestellt, daß die Kirche keine Einheit ist, die gegen uns arbeitet, sondern wir erfuhren, daß am Beispiel unseres Konfliktes um die EFHSS innerkirchliche, politische Machtkämpfe deutlich werden, bei denen sich wie in unserer ganzen Gesellschaft zeigt, daß diejenigen Kräfte, die sich gegen eine echte Veränderung stellen, noch mehr Macht haben.

Nach Abbruch der Hungeraktion fand am Montag, dem 24.1.1977 eine Vollversammlung zur Bestimmung des weiteren Vorgehens statt. Die Hungeraktion wurde unter anderem auch deshalb abgebrochen, weil wir eigentlich damit wirklich eine breite Öffentlichkeit erreicht haben. Wir haben die Hungeraktion nicht unter ultimativen Forderungen begonnen, wie z. B. Weber weg. Da wären unsere Kommilitonen wahrscheinlich verhungert. Nun müssen wir also wieder mit neuen Aktionen unseren Streik belegen. Die erste Sache lief am 25.1.1977 und zwar ein Go-in ins Konsistorium, das ist die Kirchenverwaltung, wo eine Kirchenleitungssitzung stattfand, auf der Pfarrer Albertz wiederholt auf eine Lösung des Konflikts in unserem Sinne drängte. Heinrich Albertz über das "heillos zerrüttete" Verhältnis zwischen Studenten und Rektorat: "Wenn es sich um eine Ehe handeln würde und ich Richter wäre, würde ich diese Ehe scheiden."

STUDENTEN DER EFHSS

Angriff auf die Autonomie der Jugendverbände

Aus einer Protesterklärung des Bundes deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend – Bundesarbeitsausschuß:

"Mit Schreiben vom 12.Januar 1977 forderte der Senator für Familie, Jugend und Sport in Berlin den Landesverband des BDP Berlin ultimativ auf, den Leiter der Jugendbildungsstätte Kaubstraße zu entlassen, andernfalls würde dem Landesverband die Förderwürdigkeit aberkannt. Als Begründung führte der Senator an, es lägen "Erkenntnisse" vor, die den Schluß nahelegten, der Bildungsstellenleiter sei Anhänger des KBW.

Mit dieser ultimativen Aufforderung des Berliner Senats wird ein weiterer Angriff auf die Autonomie der freien Jugendverbände gestartet. Wie bei den Angriffen auf die Naturfreundejugend im Sommer 1976 wird hier in die Entscheidungsstruktur der Jugendverbände massiv eingegriffen. Der Verdacht, daß mit Hilfe des Jugendwohlfahrtsgesetzes, des zukünftigen Jugendhilfegesetzes und der "Perspektiven für den Bundesjugendplan" die freien Jugendverbände stärker diszipliniert und an die staatliche Jugendpolitik gebunden werden sollen, wird durch diesen Schritt erhärtet. Es handelt sich nicht nur um einen Fall von Berufsverbot, wie es im öffentlichen Dienst schon länger üblich ist, sondern darüber hinaus um den Versuch der Gleichschaltung der Jugendhilfe und der Jugendverbandsarbeit. Damit richtet sich dieser Angriff nicht nur gegen einen Mitarbeiter, nicht nur gegen einen Jugendverband, sondern gegen demokratische Jugendorganisationen überhaupt. Zugleich soll ein demokratischer und fortschrittlicher Jugendverband diszipliniert werden, der sich für die Interessen lernender und arbeitender Jugendlicher einsetzt, für demokratische Rechte, gegen Radikalenerlaß und Berufsverbot, aufgetreten ist.

Die Tatsache, daß die weitere Förderung der Bildungsstelle aus Mitteln des Bundesjugendplanes nicht nur von der Entlassung des Leiters ab-

Neue Infos der Arbeitsfelder

Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 15, Schwerpunktthema: Studium und Berufspraktikum, 88 Seiten, broschiert, DM 5,--

• Zur Kritik des Fächerstudiums • Zur Semestereinführung: Praktische Ansätze einer fachbereichsbezogenen Hochschulpolitik an der Fachhochschule Hamburg • Zum Berufspraktikum: Ob einphasig oder integriert, wer sich nicht wehrt, wird angeschmiert • Das Elend mit den Praktikantenstellen • Zur Rechtssituation von Berufspraktikanten: Arbeits- und versicherungsrechtliche Fragen und Antworten • Berichte aus den Fachhochschulen • Ausgewählte Literaturliste • Thema Jugendarbeit: Eine Auseinandersetzung • Jugendpolizei in Frankfurt • Materialien/Hinweise/Kleinanzeigen...

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 8, Schwerpunktthema: Pharmazie, Doppelnummer, 88 Seiten, broschiert, DM 5,--

• Bericht aus der Arbeitsgruppe Gesundheitswesen auf dem Frankfurter Pfingstkongreß 1976 • Bericht vom Treffen "Gruppenpraxis" • Arbeit in der Free-Clinic Heidelberg: Ein Interview mit nicht akademisch spezialisierten Gesundheitsarbeitern • Zur Tarifrunde 1977 im öffentlichen Dienst • Gesundheitswesen und bürgerlicher Staat – Teil II (der erste Teil erschien im Info Gesundheitswesen, Heft 7) • Grenzen und Möglichkeiten der Arzneimitteltherapie • Konzentration und Verflechtung in der Pharma-Industrie der BRD • Pharmaberater: Opfer der Rationalisierung • Übersicht über die staatlichen Maßnahmen der Krankenversicherung zur Beeinflussung der Arzneimittelpreise in Frankreich, Italien, England, der Schweiz und der BRD • Kurzberichte/Hinweise...

Die hier kurz dargestellten Info-Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich oder können direkt gegen Vorauszahlung bezogen werden (Gegenwert der Bestellung in Briefmarken, Bargeld oder als Scheck beilegen) bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.

★

hängig gemacht wird, sondern daß jeder zukünftige Leiter vom Bundesminister für Familie, Jugend und Gesundheit genehmigt werden soll, belegt das zusätzlich...

Da es sich hier um einen eindeutigen Angriff auf die Autonomie der freien Jugendverbände handelt, fordern wir alle Jugendverbände und Jugendringe, sowie andere demokratischen Organisationen auf, dagegen zu protestieren. Der BDP wird alles in seinen Möglichkeiten liegende tun, den Angriff des Berliner Senats auf den Landesverband Berlin abzuwehren. Er braucht dazu die Unterstützung aller anderen demokratischen Organisationen und Institutionen. Weiteres Informationsmaterial kann angefordert werden."

Bund deutscher Pfadfinder im Bund demokratischer Jugend, Hamburger Allee 49-53, 6000 Frankfurt 90.

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung

Die ökonomische, politische und militärische Position der USA ist einer der wichtigsten Faktoren für Entwicklung und Ausgang der Klassenkämpfe in Westeuropa. Richtung und Stringenz des politischen Außenverhaltens der USA wiederum werden nicht nur vom Kräfteverhältnis in der Welt, sondern wesentlich von den sozialen Antagonismen im Inneren der imperialistischen Hauptmacht bestimmt. Es ist für die Strategieentwicklung der westeuropäischen Arbeiterbewegung und Linken daher unerläßlich, den Verlauf der Klassenkämpfe in den USA aufmerksam und genau zu verfolgen – weil sie Spiegel, Moment und Vergleichsvorgang der hiesigen Klassenauseinandersetzungen sind.

Aus diesem Grunde haben wir eine Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung gegründet. Sie trägt den Namen Joseph Weydemeyers, eines deutschen Einwanderers in die USA im 19. Jahrhundert, Gefährte von Marx und Engels, der sich für die Einheit der amerikanischen Arbeiterbewegung und die Verbindung des ökonomischen und politischen Kampfes um die Befreiung der Arbeiter einsetzte.

Die Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft wird eine regelmäßige Publikation herausgeben, "Jahrbuch" oder "Studien zur politischen Ökonomie der USA". Thematische Schwerpunkte dieser Publikation werden sein:

- **Ökonomische Entwicklung**
- **Bewegung der sozialen Klassen**
- **Herausbildung, Funktion und Form des Staates**
- **Arbeiterbewegung und andere soziale Protestbewegungen**
- **Determinanten und Formen der Außenpolitik**
- **Kultur und Gegenkultur**

Die erste Ausgabe der Publikation wird in Kürze erscheinen. Träger der Gesellschaft sind deutsche und amerikanische Studenten und Assistenten der Sozialwissenschaft und der Amerikanistik.

Die Finanzierung unserer Arbeit erfolgt hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge und Honorare. Da dies kaum ausreicht und unsere privaten finanziellen Mittel außerordentlich knapp sind, benötigen wir Spenden von Einzelpersonen und Institutionen, die an unserer Arbeit interessiert sind. Wir möchten daher einen Fördererkreis gründen, von dem jedes Mitglied im Jahr DM 50.-- (oder mehr) an uns zahlt. Als Gegenleistung erhält es die Ausgaben unserer Publikationen kostenlos zugesandt und – und als Einstand – das Heft 11/1976 der "Kritik der politischen Ökonomie" mit einem längeren Aufsatz über Krise und Klassenkampf in den USA. Wir sind gerade zum Start des Projektes auf finanzielle Unterstützung, aber auch auf aktive Mitarbeit angewiesen!

Kontaktadresse: Gerhard Armanski, Kantstr. 134, 1000 Berlin 12 Postscheckkonto 341974-103, PSA Berlin-West, Sonderkonto USA oder Judith Schwartz, Witzlebenstr. 32, 1000 Berlin 19.

Ereignisse und Zustände in der JVA Werl

In der geschlossenen JVA (Justiz-Vollzugs-Anstalt) Werl sitzen ungefähr 1.300 Strafgefangene, neben vielen Langstrafern 100 - 150 Lebenslängliche und ca. 100 Sicherheitsverwahrte. In den letzten zwei Monaten häuften sich Berichte von Gefangenen über eine miserable medizinische Versorgung, über Arreste und Isolierung Gefangener, die sich gegen den Zwang zu arbeiten, auflehnten, Streiks gegen die Arbeitsbedingungen, Zustände auf der psychiatrischen Station B I und über verlorengegangene und zurückgehaltene Post.

Ärztliche "Versorgung": Der Gefangene Eicker, 64 Jahre, verstarb am 25.12.1976 morgens an einem Herzinfarkt. Erst nach 3/4 Std. kamen ein Krankenwagen und der Anstaltsarzt Dr. Michaelis. Eicker war mehrmals beim Arzt vorstellig geworden. Es war bekannt, daß er herz- und zuckerkrank war. Er erhielt zwar Medikamente, aber auch Einzelzelle verschrieben. Mittlerweile wurde von Mitgefangenen Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung, Körperverletzung im Amt und Mord gegen die Anstaltsleitung und den diensthabenden Arzt erhoben.

Die Unfähigkeit des Zahnarztes schreckt Gefangene ab, sich behandeln zu lassen. Im Sommer 1976 riß der Zahnarzt anstatt des kranken Zahns versehentlich einen Stiftzahn aus einer im Kiefer eingepflanzten Schiene aus. Einem anderen Gefangenen wurde bei einer Zahnentfernung die Unterlippe eingerissen. Oft wird nicht behandelt bzw. nachbehandelt. So wurde dem Gefangenen Köster am 14.12.1976 die angeordnete Nachbehandlung eines Arbeitsunfalls am Auge verwehrt.

Der Strafgefangene Lothar Gend beantragt seit zwei Jahren in verschiedenen Anstalten und bei verschiedenen Anstaltsärzten eine fachärztliche Untersuchung wegen Verdachts auf Darmkrebs. Die Symptome (seit mehreren Jahren Schmerzen im Unterleib, seit unbestimmter Zeit Blut im Stuhlgang) begründen den Verdacht und sind auch aktenkundig geworden (30.12.1976). Erst nach mehreren Anträgen, Ablehnungen, Rausschmissen aus dem Untersuchungsraum, Beschwerden, wurde er am 18.1.1977 in der JVA Bochum von dem Arzt Hoffmann (behandelnder Arzt von K.-H. Roth) untersucht. Eine Untersuchung durch einen unabhängigen Facharzt seines Vertrauens wurde bislang nicht durchgeführt. Als Gend sich am 1.2.1977 nach dem genauen Befund erkundigen wollte, ließ ihn der Anstaltsarzt Michaelis durch Beamte rausschmeißen. Zeitweise war der Kontakt von Gend zu seinen Anwälten und zu seiner Verlobten unterbrochen worden. Wegen der schlechten ärztlichen Behandlung bzw. Nichtbehandlung in der JVA Werl haben in verschiedenen Fällen Betroffene und Mitgefangene Anzeige erstattet.

Arrest: Der Gefangene Rudolf Klein wurde wegen Arbeitsverweigerung im Strafvollzug mit insgesamt 61 Tagen Arrest, strenger Einzelhaft über mehr als 5 Monate (Isolation) allein im Jahre 1976, sowie mit zeitweisem Entzug des Lesestoffes und Schreibmaterials bestraft. Resozialisierung?

Streik: Vom 3.1. bis zum Mittag des 5.1.1977 legten die Gefangenen, die auf dem Hof mit Kabeln arbeiteten (Schwerstarbeit) ihre Arbeit nieder. Durch das neue Strafvollzugsgesetz müssen sie ihre Arbeitsleistungen um ungefähr 65% steigern, erhalten gleichzeitig aber weniger Lohn (55 Pfg. pro Std. Lohngruppe 3). Sie forderten für ihre Mehrarbeit mehr Lohn. Auch in anderen der JVA angeschlossenen Betrieben wurden die Akkorde und Arbeitsleistungen erheblich erhöht.

Die Station B I: Die psychiatrische Abteilung JVA Werl dient als Isolationsstation/Strafstation für "Querulanten", d. h. Leute, die die Arbeit verweigern, stark fluchtverdächtig oder "nicht gruppenfähig" sind. Hier werden unbequeme Gefangene diszipliniert. Der Gefangene Ernst Hilscher wurde wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Anstaltspersonal (darunter 4 NPD-Mitglieder) auf die Abteilung B I verlegt. Durch Verabreichung medikamentöser Mittel wurde der vorher völlig normale Hilscher zum geistigen Krüppel. Nach Verbüßung seiner Strafe sollte er aufgrund dieser Foltermethoden in das LKH Eickelborn eingeliefert werden.

Der Gefangene Hans Lattner ist seit mehreren Jahren schizophren. Er befindet sich seit neun Jahren in Sicherheitsverwahrung auf der Station B I, anstatt wie gesetzlich vorgesehen im LKH behandelt zu werden. Er ist bis auf 45 kg abgemagert, halluziniert, ißt sehr selten und ist nicht in der Lage, seine Notdurft normal zu verrichten.

Dort befindet sich z. Zt. auch de Lebenslängliche Johann Jansen, de am 1.10.1976 in einer Verzweiflungstat den Leiter der JVA Rheinbac mit dem Messer angriff.

Die Zellen der B I sind nur 22 Kubikmeter groß, teilweile bestehen di Fenster aus Glasbausteinen mit ins gesamt vier fünfmarkstückgroße Luftlöchern.

Die Gefangenen versichern, daß ihr Berichte wahr sind. Es geht un darum, die Verhältnisse in der JV Werl, die Erinnerungen an den Mann heimer Gefängnisskandal hervo rufen, aufzudecken und zu veröffen lichen. Durch einen massiven Druc der Öffentlichkeit haben die Gefan genen die Möglichkeit, ihre Situatio zu ändern.

Zusammenstellung und Kontakadressen: Knastgruppe Ossendor c/o Der andere Buchladen, Zülpcherstr. 197, 5000 Köln 41.

Ein Beispiel dafür, wie man sich auch wehren kann...

Am 27.1.1977 richteten 79 Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Hohenheim einen offenen Brief an Ministerpräsident Filbinger, den wir als ein Beispiel nachahmenswerter Solidarität abdrucken. Den offenen Brief haben sich, neben den 79 in Forschung und Lehre tätigen Beamten und wissenschaftlichen Angestellten, zahlreiche Doktoranden und Studenten sowie fast sämtliche Mitarbeiter des Fachgebiets Tierzüchtung angeschlossen.

„Betr.: Beschwerde gegen die Praxis der "Durchführung des Beschlu

ses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst"; hier: Überprüfung von Herrn Heinz Schweer, Az.: H 8369/20 – Offener Brief von Mitgliedern des Lehrkörpers der Universität Hohenheim.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, die Landesregierung hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Überprüfung von Einstellungsbewerbern im Einzelfall zügig (d. h. in der Regel innerhalb von drei Wochen) und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfolgen soll. Wir möchten Sie auf einen Vorgang aufmerksam machen, bei dem unseres Erachtens die Praxis der Überprüfung mit dieser Absichts- und Willenserklärung nicht im Einklang steht.

Die Fakten: Am **9. März 1976** hat Herr Schweer mit einem Referat im Fachgebiet Tierzüchtung zum Thema "Erhebungen zu Organisationsstrukturen für die Hybrid-Züchtung beim Schwein" die Anerkennung der Fachvertreter gefunden. Er wurde für geeignet gehalten, dieses Thema im Rahmen eines Forschungsauftrages der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu bearbeiten und darüber zu promovieren (Annahme als Dokorand durch den FB VI am 29.3.1976).

Am **18. März 1976** wird Herr Schweer von Professor Fewson mit der Forschungsarbeit beauftragt, die Einstellung wird bei der Universitätsverwaltung beantragt. Die Stelle (1/2 BAT IIa, ca. 1.300 DM) ist finanziert aus Drittmitteln (Deutsche Forschungsgemeinschaft) und befristet für den Zeitraum des Forschungsauftrags; dennoch gilt der Einstellungssuchende als Landesbediensteter, der "überprüft" werden muß.

Am **23. März 1976** wurde die Anfrage gemäß Beschluß der Landesregierung Ba-Wü vom 2.10.1973 an das Innenministerium abgeschickt. Die Einstellung war auf den 1. April 1976 beantragt.

Am **13. Juli 1976** (nach 3 3/4 Monaten) teilt das Kultusministerium mit, daß auf Grund der "Fachkenntnisse" eine Anhörung erforderlich sei. Gründe: Mitgliedschaft und Funktionär im MSB-Spartakus von 1972 bis 1974; in dieser Zeit Kandidat bei Wahlen zum Studentenkonvent; presserechtlich Verantwortlicher für zahlreiche Flugblätter des MSB-Spartakus; Anmelder einer Demonstration gegen die Novellierung des Hochschulgesetzes; Reise auf Einladung der FDJ in die Deutsche Demokratische Republik.

Am **19. Juli 1976** Anhörung durch Herrn Pallme König (Universitätsverwaltung) und Herrn Professor Fewson. Die Anhörenden stellen fest, daß Herr Schweer in seiner persönlichen Haltung und seinem Lebenslauf zu Recht die "Erklärung" unterschrieben hat (am 15.3.1976) die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bejahen und jederzeit durch sein gesamtes Verhalten bereit ist, sich zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Herr Schweer gibt eine umfassende Erklärung ab, in der er sich eindeutig zu den Zielen des Grundgesetzes bekennt. Dem Kultusministerium wird die sofortige Einstellung empfohlen, denn die Anhörung räumte – nach übereinstimmender Ansicht der beiden die Anhörung durchführenden Beamten – alle Zweifel an der positiven Einstellung des Bewerbers aus.

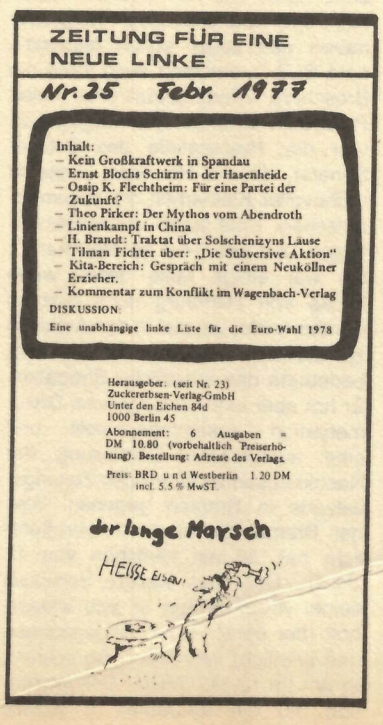
Am **21. Juli 1976** geht der Bericht über die Anhörung an das Kultusministerium.

Am **6. September 1976** (5 Monate nach Antrag auf Einstellung; 1 1/2 Monate nach der Anhörung) teilt das Kultusministerium mit, daß entgegen dem positiven Urteil der anhörenden Stelle (Universität Hohenheim), die sich ein umfassendes Bild von der Person des Bewerbers gemacht hat, ein neues Anhörungsverfahren erforderlich sei. Begründung: die Ziele des MSB-Spartakus seien eindeutig gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet. Herr Schweer habe sich nicht von diesen Zielen distanziert.

Am **8. September 1976** Zweite Anhörung durch Herrn Dr. Hall (Universitätsverwaltung) und Herrn Professor Fewson. Die anhörenden Beamten kommen gemäß den Richtlinien zur "Durchführung des Beschlusses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst" erneut zu der Ansicht, daß in der Person des Bewerbers keine Zweifel zu begründen sind, daß er sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzt. Die vom Kultusministerium mitgeteilten "Zweifel" werden in der Beurteilung des Bewerbers als nicht begründet angesehen. Erneut wird um Einstellung ersucht (10. Sept. 1976). Daraufhin erfolgt von seiten des Kultusministeriums vorerst keine Reaktion.

Am **21. September 1976** protestiert der Präsident der Universität Hohenheim, Professor Torner, gegen die verzögernde Behandlung des Verfahrens.

Die Verwaltung mahnte am 28. Sept. 1976 nochmals die Entscheidung an, die für Anfang Oktober in Aussicht gestellt wird.


ZEITUNG FÜR EINE NEUE LINKE

Nr. 25 Febr. 1977

Inhalt:
- Kein Großkraftwerk in Spandau
- Ernst Blochs Schirm in der Hasenheide
- Ossip K. Flechtheim: Für eine Partei der Zukunft?
- Theo Pirker: Der Mythos vom Abendroth
- Linienkampf in China
- H. Brandt: Traktat über Solschenizyns Läuse
- Tilman Fichter über: „Die Subversive Aktion"
- Kita-Bereich: Gespräch mit einem Neukölner Erzieher.
- Kommentar zum Konflikt im Wagenbach-Verlag

DISKUSSION:

Eine unabhängige linke Liste für die Euro-Wahl 1978

Herausgeber: (seit Nr. 23)
Zuckererbsen-Verlag-GmbH
Unter den Eichen 84d
1000 Berlin 45

Abonnement: 6 Ausgaben = DM 10.80 (vorbehaltlich Preiserhöhung). Bestellung: Adresse des Verlags.

Preis: BRD und Westberlin 1.20 DM incl. 5.5 % MwST.

der lange Marsch

HEISSE EISEN

Am **11. Oktober 1976** (6 1/2 Monate nach Antrag auf Einstellung; 3 Monate nach der ersten, einen Monat nach der zweiten Anhörung) teilt das Kultusministerium auf Anfrage von Herrn Dr. Hall mit, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Am **13. Oktober 1976** sagt das Kultusministerium die Einstellung zu; jedoch erst ab 1. Okt. 1976 mit einer dann beginnenden 6-monatigen Probezeit.

Am **2. November 1976** (7 1/2 Monate nach Antrag auf Einstellung) wird ein befristeter Arbeitsvertrag zwischen der Universität und Herrn Schweer ausgefertigt; Zeitraum der Anstellung: 1. Okt. 1976 bis 31. März 1977.

Die Beschwerdegründe: In diesem Verfahren wird offenkundig: Die "Durchführung des Beschlusses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im Öffentlichen Dienst" hat in dem vorliegenden Fall dazu geführt, daß

– ein Bewerber in seiner persönlichen und fachlichen Leistungsbereitschaft nachhaltig beeinträchtigt, in seiner Haltung und seiner schriftlich vorgelegten Erklärung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung als unglaubwürdig diskriminiert wird;

– die Pflicht einer Behörde und eines Arbeitgebers zu verantwortlichem Handeln innerhalb angemessener Fristen gegenüber Bewerbern verletzt wird;

– die Universität Hohenheim als anhörende Stelle in ihrer Kompetenz, sich ein umfassendes Bild von der Person eines Bewerbers machen zu können, angezweifelt wird, ohne daß hierfür Gründe angegeben werden;

– eine Behörde, ohne eine der Sache angemessene Begründung zu liefern, die Auswahl von fachlich qualifizierten Mitarbeitern behindert und damit wesentlich in den Grundsatz der Freiheit der Forschung eingreift.

Der vorliegende Fall belegt die politische Beliebigkeit, die Fragwürdigkeit und die Willkür der Überprüfungspraxis. Unsere zentralen Beschwerdepunkte sind:

1) **Mißtrauen**, gegen das der Bewerber sich nicht wehren kann,

2) **Willkürliche Verschleppung** des Verfahrens,

3) **Desavouierung** der Universität und der anhörenden Beamten,

4) **Eingriff in die Freiheit der Forschung.**

Die auf dem Dienstweg vorgetragenen Einwendungen der Universität haben in dem dargelegten Fall nicht zu den notwendigen Korrekturen geführt. Wir müssen daher fürchten, daß das Verfahren, wie wir es hier dokumentiert haben, im Grundsatz weiter praktiziert wird. Aus den dargelegten Gründen bitten wir Sie auf diesem Wege dringlich, für Abhilfe zu sorgen..."

Weitere Informationen in dieser Sache: Prof. Hartmut Albrecht, Prof. Rolf Sülzer, Universität Hohenheim, Postfach 106, 7000 Stuttgart 70.

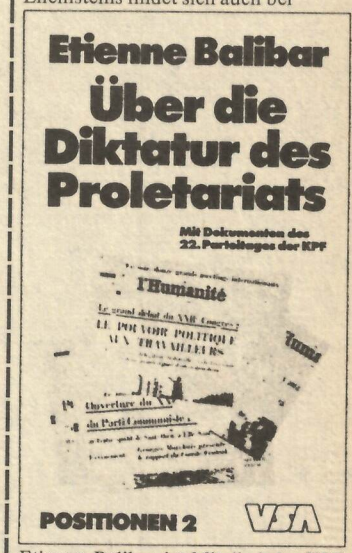
★

Elleinstein – ein Antikommunist?

Die Sowjetische Zeitschrift „Nowoje Wremja" schreibt über den Wissenschaftler, Mitglied der KPF, er habe es sich offenbar zum Ziel gemacht, die antisowjetischen Verleumdungen der bourgeoisen Ideologen zu übertrumpfen. **Grund:** Statt die Errungenschaften des Sowjetsystems zu beschreiben, gelte sein Interesse den negativen Aspekten, den mit dem Persönlichkeitskult verbundenen Abweichungen von sozialistischen Prinzipien.

Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus"
228 Seiten; DM 16,80
Jean Elleinstein ist stellvertretender Direktor des „Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (CERM) der Französischen Kommunistischen Partei.

Eine Kritik an der politischen Position Elleinsteins findet sich auch bei

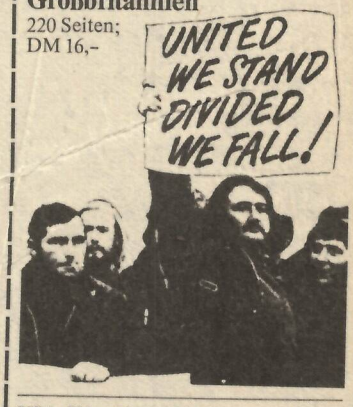


Etienne Balibar ist Mitglied der KPF Mit Dokumenten des 22. Parteitages der KPF. Reihe „Positionen", Hrsg. von Peter Schöttler, Nr. 2; 185 Seiten; DM 16,–

Außerdem:

Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik
Diskussion in der KPF
Mit Beiträgen u.a. von Lucien Seve, Francis Cohen, Waldeck Rochet, Christine Buci-Glucksmann, Nicole F. Thevenin, Dominique Lecourt, Etienne Balibar, Georges Labica.
196 Seiten; DM 14,80

Allen Hutt / John Gollan
Die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien
220 Seiten; DM 16,–



VSA, Koppel 14, 2000 Hamburg 1
Telefon 040/24 45 73
Herstellung und Vertrieb:
VSA, Erkelenzdamm 7
Postfach 360 307
1000 Berlin-West 36
Telefon
030/614 60 10

edition suhrkamp

R. Medvedev, R. Havemann, J. Steffen u. a., Entstalinisierung in der Sowjetunion.
Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 und seine Folgen. Herausgegeben von R. Crusius und M. Wilke
es 609, DM 12,–

Karl Marx, Die ethnologischen Exzerpthefte.
Herausgegeben von Lawrence Krader
es 800, DM 14,–

Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung.
Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von B. Dietrich und J. Perels
es 820, DM 9,–

Rossana Rossanda, Lucio Magri u. a., Der lange Marsch durch die Krise.
Aus dem Italienischen übersetzt von Burkhart Kroeber
es 823, DM 9,–

O. Negt, J. Seifert, E. Denninger u. a., Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Politik.
Zur verfassungsrechtlichen und politischen Stellung und Funktion des Bundesverfassungsgerichts. Herausgegeben von M. Tohidipur
es 822, DM 9,–

Manuela du Bois-Reymond, Verkehrsformen zwischen Elternhaus und Schule.
es 830, DM 9,–

Silvia Bovenschen, Helmut Brackert u. a., Aus der Zeit der Verzweiflung.
Zur Geschichte und Aktualität des Hexenbildes
es 840, DM 12,–

Fernando H. Cardoso, Enzo Faletto, Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika.
es 841, DM 7,–

In allen Buchhandlungen. Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

zuschrift

Der tote Hermann Lücke bittet noch einmal ums Wort

Der nachfolgende Text ist eine Zuschrift des Genossen Albert Flachmann, – allerdings eine Zuschrift ursprünglich für die Bremer Lehrerzeitung der GEW. Nachdem sich die GEW nicht zum Abdruck dieser Zuschrift entscheiden konte, wohl weil sie keinen Widerspruch gegen ihren Nachruf auf den verstorbenen Hermann Lücke zulassen mochte, haben wir sie in "links" aufgenommen. Nur einige ältere Leser von "links" werden von Hermann Lücke gewußt oder ihn sogar gekannt haben und nicht wenige werden fragen, was soll eine solche Richtigstellung. Wir haben uns für den Abdruck der Zuschrift von A. Flachmann entschlossen, weil wir meinen, daß hier der Versuch unternommen wird, beispielhaft – und in der Kürze gewiß unzureichend – deutlich zu machen, wie leicht Widersprüchlichkeiten, die sich in einem langen politischen Leben immer ergeben, zu einseitigen, dem gerade gängigen Konformismus zuträglichen Verzerrungen in der Würdigung einer Persönlichkeit führen können. Es ist uns aus Platzgründen nicht möglich, auch den Nachruf auf Hermann Lücke in der Lehrerzeitung abzudrucken; A. Flachmann hat jedoch in seinem Text die Aussagen zitiert, auf die er seine Kritik im wesentlichen bezieht.

Redaktion "links"

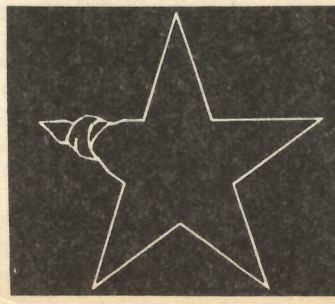
Er ist im Februar 1976 verstorben. Etwas spät brachte die Bremer Lehrer-Zeitung (BLZ) in ihrer September-Nummer einen Nachruf. Darin heißt es, "...ein reiches Leben, voll ausgefüllt mit Engagement und Aktivitäten für Demokratie, Humanität und Solidarität", habe seinen Abschluß gefunden. "Aufgrund seiner aktiven Beteiligung am Widerstand gegen das Nazi-Regime war er 1937/38 inhaftiert, kam anschließend in das KZ Neuengamme...". Etwas genauer gesagt: er war angeklagt und wurde verurteilt (1 1/4 Jahr) von einem Hamburger Gericht in einem Prozeß gegen die Bremer Gruppe der Roten Kämpfer. Dabei kam auch seine Teilnahme an SAP-Zusammenkünften mit zur Sprache. Hermann Lücke befand sich anschließend nie im KZ Neuengamme. Er wurde nach der Urteilsverkündung zusammen mit mir in ein SS-Gefängnis in Hamburg gebracht (Einzelhaft). Von dort ging es nach Verlauf einer Woche zurück nach Bremen, wo gleich nach der Ankunft die Freilassung erfolgte.

Es heißt dann weiter, er war bei Kriegsende Mitbegründer der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, später SPD-Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft und neben vielem anderen 1. Vorsitzender des von ihm ins Leben gerufenen Bremer Kulturkartells. Das ist alles richtig und doch falsch, solange man verschweigt, daß Hermann Lücke in der folgenden kapitalistischen Restaurationsperiode sich nicht einfach konformistisch verhielt, sondern den Mut hatte, den "kalten Krieg" zu bekriegen. Die September-Nummer 1961 der Zeitschrift des Kulturkartells, "Der Fächer", ist ein prächtiger Beweis hierfür. Da werden Zahlen, Belege und konkrete Angaben gebracht, wie jetzt wieder Geld gescheffelt wird, vom "Paradies der Millionäre", vom "Fluchtkapital in der Schweiz", von "Riesenvermögen aus Börsengewinnen", vor allem aber von "den steigenden Rüstungsausgaben". Da wird ein Manifest der Friedensgesellschaft erwähnt und Auszüge aus Vorträgen von Walter Dirks abgedruckt. Da sagt Lücke: "Der größte Teil der sogenannten Tagespresse ist konformistisch und stellt sich unterschiedslos in den Dienst des kalten Kriegs". In diesem Zusammenhang wird die 1960 gegründete Deutsche Friedens-Union erwähnt: "...Sie wird totgeschwiegen. Sie paßt nicht in die Demokratur". Lücke schließt seine einleitenden Bemerkungen ausdrücklich so: "Hier soll keineswegs Wahlpropaganda für eine bestimmte politische Richtung gemacht werden. Das würde den Satzungen des KK widersprechen. Es steht aber zu hoffen, daß der Leser der folgenden Seiten das deutsche Wirtschaftswunder etwas nachdenklich betrachten wird, nachdenklich in dem Sinne, wie es Bertolt Brecht treffend gesagt hat: "General, der Mensch ist sehr brauchbar. Er kann fliegen und er kann töten. Aber er hat einen Fehler: er kann denken". Als die Bremer Bürger-Zeitung am 16.9.61 Lücke angriff, distanzierten sich sofort Vorstand und Geschäftsführer des Kulturkatells von ihm und von dem Inhalt des "Fächer". Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde Lücke aus dem Kulturkartell ausgeschlossen, später auch aus der SPD. Später schrieb er einmal in einem Brief (in einem anderen Zusammenhang): "Lassen wir die SPD aus dem Spiel. Sie ist historisch überholt und manche ihrer Mitglieder haben das sogar schon gemerkt". Laut BLZ "...entstand auch 1974 die Broschüre 'Wiedergeburt einer freien Presse in Bremen' (herausgegeben von der Pressestelle des Bremer Senats), für die Hermann Lücke in mühevoller Kleinarbeit die dokumentarischen Unterlagen zusammengetragen und den Text geliefert hatte". Ich war einige Male dabei, wenn Lücke von Hamburg nach Bremen herüberreiste, um hier in den Archiven zu stöbern. Für sein hohes Alter bedeutete das erhebliche Strapazen. Er hat aber eine umfangreiche Dokumentation zusammengestellt und eine ausführliche Darstellung der Nachkriegsentwicklung des Zeitungswesens in Bremen gegeben. Was der Bremer Senat davon veröffentlicht hat, ist ein Heftchen von 12 Seiten. Über das weitere Schicksal seiner Arbeit äußert er sich wiederholt (bei persönlichen Begegnungen und brieflich) sehr bitter. So schreibt er am 29.12.74: "Meine Dokumentation hat ein Begräbnis 1. Klasse im Bremer Staatsarchiv gefunden. Der Senat hat es nicht gewagt, sie vollständig zu veröffentlichen. Es ist lediglich zur Eröffnung des Presse hauses in Bremen ein kurzer Vorab druck einiger Kapiteltexte erfolg und selbst dabei hat "man" noch meine Formulierungen so abge schwächt, daß sie ins Gegenteil ver fälscht worden sind...". Am 12.2.7 schreibt Lücke: "Die Pressestelle de Senats hat daran aber... in ihrer Sinne gefeilt... Zeitkritisch darf ma in der BRD und sogar in Breme nicht werden".

Ich habe seine Irrtümer und Illusione aus der ersten Nachkriegszeit nich geteilt, auch nicht manche seine Auffassungen aus den spätere Jahren. Unsere Freundschaft un unsere Beziehungen brachen abe nie völlig ab. Uns erfreute vor aller seine Fähigkeit, sich immer wiede neu zu begeistern, seine groß Belesenheit, seine Offenheit un die "unbeirrbare Grundsatztreue wie sie auch im Nachruf der BL abschließend hervorgehoben wir Wenn aber die Würdigung eine Toten kein verdinglichtes Schem sein soll, angepaßt einem erstarrte konformistischen Gegenwartsbil dann muß diese Würdigung konkre Angaben enthalten und die Ausei andersetzungen nicht verschweige denen er sich in dieser von d kapitalistischen Entfremdung beher schten Zeit nach dem Kriege mut gestellt hat. Er sagte von sich selb er sei körperlich ein Wrack, nehm aber nach wie vor lebhaften Ant am politischen und geistigen Gesch hen. Unsere letzte Begegnung i Mai 1975 erlebten wir schon w einen endgültigen Abschied. sprach von den "Bürokratien a beiden Seiten" (in der westliche Arbeiterbewegung und dem östliche Sozialismus). Ein Satz aus diese Gespräch: "Ich habe lange nachg dacht, woher dieser Verlust an mar stischer Orientierung. Der Eich war der Theoretiker der Nachkrieg zeit in der SPD, das war verhän nisvoll. Da wurden schon die the retischen Weichen gestellt...".

Hermann berührte noch so manch in diesen Stunden. Er schien kei Müdigkeit zu kennen. Als wir i dann zum Bahnhof begleitete sammelte sich dort die Jugend r roten Fahnen zu einer Demonstr tion. Die in bedenklichem Sin "Erfolgreicheren" mögen sagen, er irrte, sie können nicht leugne daß er immer voll seine Kräfte e setzte für den Sozialismus –, u das können viele andere nicht v sich sagen. Es wäre politische L chenschändung, Hermann Lücke nie schwankenden, biederen Sozi demokraten sterben zu lassen.

ALBERT FLACHMA



schule

Zum GEW-Konflikt in Berlin

Seit in "links" (Nr. 82, Nov. 76) der Konflikt in der GEW-Berlin kontrovers dargestellt wurde, hat sich die Situation in der Berliner GEW erneut zugespitzt. Die einstweilige Verfügung, die dem GEW-Bundesvorstand untersagte, den alten Landesverband auszuschließen und eine neue GEW-Berlin "im DGB" zu gründen, wurde inzwischen aufgehoben.

Da es innerhalb des SB nach wie vor Kontroversen gibt zu dieser Frage, verweisen wir noch einmal ausdrücklich auf die Darstellung beider Positionen in der genannten "links". Am 23. Februar – also während der Drucklegung dieser "links"-Ausgabe – findet eine ausserordentliche Vertreterversammlung der GEW-Berlin statt, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Über die Situation nach dieser Vertreterversammlung und die sich danach abzeichnende(n) Perspektive(n) erwarten wir für die nächste Nummer eine Darstellung unserer Berliner Genossen.

Nachstehend veröffentlichen wir eine Erklärung des Koordinationsrates des Arbeitsfeldes Schule im SB vom 12./13. Februar zum Berliner GEW-Konflikt. Wir möchten zugleich darauf hinweisen, daß im AF Schule nicht alle Genossen, die in der Berliner GEW arbeiten und am Konflikt beteiligt sind, vertreten sind, da die GEW nicht – wie vielfach gemeint wird – eine bloße Lehrergewerkschaft ist, sondern auch Hochschullehrer und sonstige wissenschaftliche Bedienstete umfaßt.

"links"-Redaktion

Der Koordinationsrat des Arbeitsfeldes Schule im Sozialistischen Büros befürwortet (auf seiner Sitzung am 12./13.2.1977) den konsequenten Kampf der GEW-Berlin um den Erhalt der Gewerkschaftsdemokratie und -einheit. Der Bundesvorstand der GEW hat in den letzten Jahren den Schwerpunkt seiner Politik von der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung auf die Durchsetzung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen und zentralistischen Organisationsstrukturen verlagert. Er hat damit die staatliche Repressionspolitik gegen radikale Demokraten, Sozialisten und Kommunisten unterstützt bzw. abgesichert und den Kampf der Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler gegen das Zurückdrehen der Bildungsreform erheblich geschwächt.

Im Landesverband Berlin der GEW wurde demgegenüber vor fast 3 Jahren von den Mitgliedern ein Vorstand berufen, der bereit war

- gegen den Dienstherren – auch den sozialdemokratischen – das Kampfmittel Streik einzusetzen,
- gegen den die Einheitsgewerkschaft bedrohenden Unvereinbarkeitsbeschluß zu kämpfen und
- dezentrale, demokratische Gewerkschaftsstrukturen zu verteidigen und weiterzuentwickeln (Auf- und Ausbau von Betriebsgruppen).

Seit drei Jahren wurde vom GEW-Bundesvorstand versucht, diese Entwicklung in Berlin wieder rückgängig zu machen. (Durchsetzung von Neuwahlen, Urnenwahl, Einführung der fördernden Mitgliedschaft, Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung)

Die GEW-Berlin war bereit, gegen ihren dezidierten, mehrmals bekundeten Willen die Unvereinbarkeitsbeschluß-Regelung in ihrer Landes-

kleinanzeigen

(3/1) **Prüfungs(verbots)akte** aus Hamburg: Das Lehrerprüfungsamt zensiert runter. Berichte, Analysen und Dokumente eines Stucks Berufsverbot. Bezug gegen DM 2,70 (Briefmarken) bei Medienladen, Rostocker Str. 25, 2 Hamburg 1.

(3/2) **Wer schützt uns vorm 'Verfassungsschutz'?** Hans Roth kämpft um die Vernichtung einer 'Verfassungsschutzakte'. Eine Dokumentation des Marburger Komitees gegen Berufsverbote c/o Dr. Joachim Kahl, An der Berghecke 2, 355 Marburg 23.

(3/3) **Dokumentation über die rechtswidrige Untersuchungshaft** von R. Fritsch und G. Klöpper. Bezug gegen Voreinsendung von DM 2,50 über Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1 Berlin 21.

(3/4) **Bremer Berufsverbots-Zeitung** Nr. 6: Kein Schutz vor dem Verfassungsschutz, Zwölf Stationen eines Berufsverbots, Modell Bremen und Hamburg. Bezug gegen eine Spende in Briefmarken/Scheck über D. Brockmann, Mozartstr. 18, 8 Bremen 1.

(3/5) **Mainzer Sozialreport** Nr. 1 enthält Berichte aus dem sozialen Bereich (Aktionen, Konflikte und Analysen), ca. 100 S./DM 4.--; Bezug gegen Voreinsendung bei Albert Hohner, Kaiser-Friedrich-Ring 45, 62 Wiesbaden.

(3/6) **Knast-Dokumentation** zur Aussperrung von ehrenamtlichen Betreuern: Berichte von 3 Projektgruppen und ihren Aktionen gegen diese Aussperrung. 45 S. Gegen eine Spende zu beziehen über : AG SPAK, Friesenstr. 13, 1 Berlin 61.

(3/7) **Dokumentation zum Drogenbus,** eine Auswertung des durch das Sozialministerium Baden-Württembergs zum Scheitern gebrachten Projekts. Gegen Überweisung von DM 4.-- auf das Konto Nr. 606136 Kreissparkasse Tübingen über Johanna Neumann, Bei der Ochsenweide 13, 74 Tübingen 1 zu beziehen.

(3/8) **"Wir bleiben drin"** – eine Dokumentation des Kampfes um das Heim Ziegelhuttenweg, 200 S./DM 5,-- (Solidaritätsbeitrag) · Bezug gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei: Jugendwohnheim in Selbstverwaltung, Ziegelhüttenweg 149, 6 Frankfurt.

(3/9) **Heim & Erzieher-Zeitschrift** Nr. 1/77 enthält Berichte zur OTV-Tarifrunde, Sparmaßnahmen, Jugendzentrum Drugstore, Heimkonzepte; Bezug: HEZ, Urbanstr. 126, 1 Berlin 61.

(3/10) **Thing-Jugendzeitung** enthält Berichte über SZ-Pressefest, Antimilitaristentreffen, Wolf Biermann, Brokdorf · Bezug: Roter Maulwurf, Carl-Orer Str. 11, 1 Berlin 12.

(3/11) **Neue Stadtblätter:** a) **Bielefelder Generalanzweifler** 0-Nummer. Bezug: Jörg Deppe, Wilhelmstr. 50, 48 Bielefeld 1; b) **Bremer Blatt.** Bezug: J. Alberts, Kohlhökerstr. 51, 28 Bremen; c) **Tübinger Alternativ Zeitung.** Bezug: Buchhandlung Aktion, Nauklerstr. 20, 74 Tübingen; d) **Maulwurf Baden Baden.** Bezug: Joachim Bruhn, Lortenaustr. 8, 757 Baden-Baden; e) **Große Freiheit Hamburg.** Bezug: Willi Brocke, Karl-Theodor-Str. 10, 2 Hamburg 50; f) **Hagener Volksblatt.** Bezug: J. Hoppe, Buscheystr. 56, 58 Hagen-Wehringhausen.

(3/12) **AMOS** – Kritische Blätter aus Westfalen – Nr. 5 enthält: Schwerpunktthema Kernenergie, sowie Berichte aus dem kirchlichen Bereich. Bezug: AMOS, Querenburger Hohe 287, 463 Bochum.

(3/13) **Literatur zur Frauenbewegung:** Im Verlag Frauenstr. 31, 6 Frankfurt sind soeben erschienen: Hedwig Dohm, Die Antifeministen und Hedwig Dohm, Werde die Du bist. Je 9.--DM.

(3/14) **ESG-Nachrichten** Nr. 88 enthält: Beiträge zum Thema Israel, Berichte aus den Studentengemeinden u. a., 56 S., Bezug: ESG-Geschäftsstelle, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1.

(3/15) **"Den Frieden erkämpfen – Den Frieden leben"** eine 260-seitige Dokumentation über das III. Festival der Friedensdienste 1976. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- + Porto zu beziehen bei: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Jebenstr. 1, 1 Berlin 12.

(3/16) **Montagsnotizen** – Zeitung von Wohngemeinschaften – mit dem Thema 'Atomkraft – Nein Danke', sowie weiteren aktuellen Berichten und Hinweisen, Nr. 18/19 soeben erschienen. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 zu beziehen über 'Montagsnotizen', Schanzenstr. 6, 2 Hamburg 6.

(3/17) **KKW-Materialien:** a) **Wandzeitung Nr. 1** zu Brokdorf. Gegen Voreinsendung von DM 2,50 erhältlich über Eberhard Heppermann, Haynstr. 1, 2 Hamburg 20; b) **Unterrichtsmaterialien für Lehrer und Schüler:** eine kritische Auseinandersetzung mit U-Material der Atomindustrie, wirtschaftliche Verflechtung, ökologische und biologische Auswirkungen, Bürgerinitiativen etc. Gegen Voreinsendung von DM 5,-- plus Porto erhältlich bei: Bund für Umweltschutz, Postfach 1141, 74 Tübingen; c) Heft 4 und 5 der Technikergruppe 'katalyse' beschäftigt sich mit **Technologiekontrolle, Kernenergie** und **Alternativen.** 55 S/je Heft DM 2,--, gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei Katalyse, Wittenbergstr. 14-16, 43 Essen.

(3/18) **Materialien zur Berufspraxis von Naturwissenschaftlern** Nr. 5 enthält folgende Beiträge: Arbeitsintensivierung und Rationalisierung bei Angestellten, Personalpolitik bei Siemens, Arbeitslosigkeit, SPD und die Krise, Innergewerkschaftliche Disziplinierung, Kernkraftwerke. 33 S/DM 1.-- Gegen Voreinsendung in Briefmarken zu beziehen bei: AK Berufsperspektiven c/o FS Math, Arcisstr. 21, 8 München 2.

(3/19) **Palästina** – 12 Jahre Widerstand von 1965-1977, 60 Seiten/DM 2.--; Bezug gegen Einsendung von DM 2,-- auf Dresdner Bank Bonn, Kto. 2528228. Herausgeber: Informationsstelle Palästina, Kaiserstr. 237, 53 Bonn.

(3/20) Sozialistische Studentenzeitung Nürnberg **"Konfrontation"** Nr. 3 enthält: Hochschulpolitik-Interessenvertretung, Grundlegendes: Kapitalismus – Sozialismus; Politik der K-Gruppen, MSB-Spartakus etc. Bezug gegen DM -,50 in Briefmarken an Sozialistische Hochschulinitiative c/o Studentenvertretung, Hauptmarkt 2 IV, 85 Nürnberg.

(3/21) **Folk Songs und politische Lieder** singen Maria & Hinnerick. Gruppen schreiben an Maria & Hinnerick, Graelstr. 9, 44 Münster.

(3/22) **MEK BILK** ist eine **Rockgruppe**; ihre Lieder beschreiben Situationen, persönliche Erlebnisse und sollen Gefühle vermitteln; sie verstehen sich nicht als Sprachrohr einer Partei. Wer eine Veranstaltung mit ihnen machen will, schreibe an: MEK BILK, Hammerstr. 38, 4 Düsseldorf, Tel. 0211/393216.

(3/23) **Freiheit für Eritrea** – zur Unterstützung des Kampfes gibt das Komitee Aethiopien-Eritrea, Postfach 299 CH-8035 Zürich ein DIN A2 Plakat und Postkarten (mit dem Bild eines Mädchens aus Eritrea).

STELLENANGEBOTE/STELLENSUCHE

(3/24) Neugegrundetes, mobiles **Kinder- und Jugendtheater** sucht für Vorfuhrtheater, Spielaktionen, Rollenspielkurse vornehmlich im Ausland weitere Mitarbeiter (Schauspieler) ab 1978. Theatergesellschaft, Myliusstr. 24/V, 5 Köln 30.

(3/25) Wir suchen einen **Zivildienstleistenden** für Kommunikationszentrum und Jugendclub, Teestube 165 e. V., Leipziger Str. 165, 64 Fulda.

(3/26) Mitarbeiter(in) für **Rechtsanwaltsbüro** im Ruhrgebiet auf Dauer gesucht. Gute Schreibmaschinenkenntnisse erforderlich. Fachkenntnisse werden gegebenenfalls vermittelt. Zuschriften unter 3/26 an das Sozialistische Büro.

(3/27) **Zivildienstleistender,** möglichst mit sozialpädagogischer Ausbildung für OT-Jugendheim in Düren gesucht. Berufspraktikum möglich. Anfragen unter Chiffre 3/27 an Sozialistisches Büro.

(3/28) Mitarbeiterin für **Drogenberatungsstelle** ab 1.4.77 gesucht. Bereich: Knastarbeit mit drogenabhängigen Mädchen und Frauen (Einzel- und Gruppenarbeit, Vermittlung in Therapie etc.). Schriftliche Bewerbung an: Release Stuttgart e. V., Neckarstr. 233, 7 Stuttgart 1.

(3/29) Absolventen (2) der FSP Bethel/Bielefeld suchen für ihr **Anerkennungsjahr** ab August/September Stellen in der Kinder- oder Jugendarbeit. Bodo Schirok, Schröttinghauserstr. 207, 48 Bielefeld.

(3/30) **Sozialpädagoge**, 29 J. verh., 1 Kind sucht Tätigkeit in der Vorschul- oder außerschulischen Kinderarbeit im Raum Köln/Düsseldorf/Krefeld. Bisherige Erfahrungen: Abenteuerspielplatz, OT, Schülerladen. Informationen über offene Stellen an Sozialistisches Büro – Chiffre 3/30.

(3/31) **Sozialarbeiter** sucht zum nächstmöglichen Termin eine Stelle für das Berufspraktikum, vorzugsweise in den Bereichen Ausländerarbeit/Jugendarbeit/GWA im Raum Ostwestfalen-Lippe. Bei unterstützungswürdigen Initiativen Vergütung entsprechend finanziellen Möglichkeiten. Helmut Meier, Oststr. 9, 48 Bielefeld 1.

(3/32) **Sozialwissenschaftler** (Dipl), 30, zweijährige Lehrtätigkeit in Betriebssoziologie an einer Privatschule, zweijährige Journalistentätigkeit an einer Tageszeitung, mit Interesse an Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sucht Stelle. Wilfried Buntzly, De-Wolff-Str. 13, 43 Essen 12.

(3/33) Suche **Zivildienststelle** zum 1. Juli 1977 im Raum Marburg. Habe Staatsexamen in Geschichte, Deutsch, Pädagogik. Zuschriften unter Chiffre 3/33 an Sozialistisches Büro.

(3/34) **Sozialarbeiter** sucht zum 1.8./1.9.77 Stelle für Berufspraktikum im Raum Hessen oder Ruhrgebiet. Bin 25 J., habe Berufserfahrung in den Bereichen Verwaltung, Gesundheitswesen und Heim. Zuschriften an Norbert Maurer, Kronprinzenstr. 67, 469 Herne 1.

(3/35) **Sozialpädagoge**, 35 J., handwerklicher Vorberuf, Berufserfahrung in Erwachsenenbildung, Vorschulerziehung, Suchtberatung und ambulante Therapie sucht Tätigkeit im Raum Hamburg. Zuschriften unter Chiffre 3/35 an Sozialistisches Büro.

(3/36) **Erzieherin**, 27 J. sucht nach Beendigung des Berufspraktikums zum 1.9.77 eine Stelle. Angebote unter Chiffre 3/36 an Sozialistisches Büro.

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(3/37) Wir suchen ein Haus auf dem Land, das sich als Kleinheim eignet und Kontakte zu Leuten, die **alternative Arbeit mit behinderten Kindern** praktizieren und Erfahrungen in Organisationsarbeit haben. Ursula Obersdorf, Kollegienwall 22, 45 Osnabrück.

(3/38) **Jugendpsychiatrie:** wir wollen eine Wohngemeinschaft für Jugendliche, die in stationärer Behandlung waren, gründen. Wir suchen Gruppen, die ähnliches planen oder bereits arbeiten. Peter Walpurgis, Semperstr. 66, 2 Hamburg 60.

(3/39) **Aktions- und Diskussionsgemeinschaft** (Frauenemanzipation, Kindererziehung, Initiativen, die sich am SB orientieren): wer beteiligt sich am Aufbau? Kontakt: Helmut Schmalenbach, Pastor-Nonne-Str. 35, 5830 Schwelm.

(3/40) **Alternatives Apothekenprojekt** – welche Apotheker diskutieren und planen mit mir ein Projekt im Rhein-Main-Gebiet oder in Hamburg? Peter Bergheim, Breidenbacher Str. 17, 65 Mainz, Tel. 06131/27537.

(3/41) **Wohngemeinschaft in Bielefeld**: Wir (Brigitte, 25 und Ewald, 25) suchen nach Auslandsaufenthalt in Finnland zum 1. Mai 1977 Anschluß an Wohngemeinschaft. Zuschriften bis zum 30.3. an Ewald Reuter, Emännäntie 10 P 205, SF 40740 Jyväskyla 74.

(3/42) Wir (2 w, 1 m, alle ca. 25 J.) suchen Leute im **Raum Bonn** zwecks Gründung einer Wohngemeinschaft. Tel. 02221/355946.

(3/43) Erzieherin (24J) sucht bis zum 1.7.77 in **Heidelberg** in einer Wohngemeinschaft ein Zimmer. Susanne Bulka, Beutingerstr. 25, 71 Heilbronn.

(3/44) Wir (Esther 1, Marco 2, Irene 23, Günther 26) suchen Kontakt zu Freunden, Genossen, die mit uns **alternative Lebensform** praktizieren wollen. Günter Schnelle, Berliner Str. 7, 355 Marburg-Richtsberg.

(3/45) Suche Leute mit Kindern, Raum Stuttgart für Wohngemeinschaft. Christoph Goldschmidt Tel. 0711/247848.

(3/46) Wer hat Interesse, mit mir eine sozialistische, schwule Gruppe im Raum westliches Ruhrgebiet zu gründen. Schreibt unter Chiffre 3/46 an Sozialistisches Büro.

(3/47) Inhaftierter (29) sucht **Briefkontakt** mit einer Frau zwischen 25 und 35. Interessen: Zeichnen, Lesen, Französisch. K. Peter Fritze, Joh.-Schwebel Str. 33, 666 Zweibrücken.

(3/48) **Sozialpädagogin** (29) sucht sensiblen Genossen (möglichst im pädag. Beruf tätig) im Raum Düsseldorf-Köln evtl. für spätere Arbeitsbeziehung (Kleinstheim). Zuschriften unter Chiffre 3/48 an Sozialistisches Büro.

MATERIALIEN GESUCHT

■ Kaufe folgende "links"-Ausgaben: April 71, August 71, Mai 72, Juni 72, SZ-München c/o Hochschulgruppe, Heßstr. 80, 8 München 40.

■ Kaufe folgende Nr. des Antiimperialistischen Informationsbulletins: 1-4/1970, 4/71, 4/72, 2/73, 4/73. Michael Horstmann, Oststr. 4, 5350 Euskirchen.

■ Thema: Internationaler Jugendaustausch (Vergleich kapitalistisch/sozialistische Länder) Uschi Sossalla, Bahrfeldstr. 7, 32 Hildesheim.

■ Zur satirischen Zeitschrift "Der wahre Jakob". S. Turowski, Achenbachstr. 45, 59 Siegen.

■ Klassenkämpfe in der Türkei. Wolfgang Kapp, Bardowickstr. 185, 28 Bremen 41.

■ Graue Litaratur über das rote Bologna bzw. Emilia-Romagna. J. Lange, Friesenstr. 11, 28 Bremen.

TERMINE

■ 25.-27.3. Thema: Das neue **Strafvollzugsgesetz** Ort: Bempflingen.

■ 18.-20.3. Thema: **Musik in Jugendzentren** Ort: Oldau.

■ 11.-13.3. Thema: **Alternative Ökonomie** am Beispiel von Selbsthilfemodellen arbeitsloser Jugendlicher, Ort: Roßdorf/Darmstadt.

Anmeldungen bei: AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80.

★

Roter Pauker

Die REIHE ROTER PAUKER soll aus ihrem Dämmerzustand wiederauferstehen; denn nach wie vor ist es für kritische und sozialistische Lehrer eine Notwendigkeit, nicht nur gewerkschaftlich und allgemeinpolitisch für eine Veränderung des repressiven Schulbetriebs zu kämpfen, sondern auch direkt am Arbeitsplatz den Widerstand gegen weitere staatliche Restriktionen und Repressionen zu entwickeln.

Eine alternative Unterrichtspraxis, wie sie durch eine REIHE ROTER PAUKER unterstützt werden kann, hat auch heute nicht den Zweck, die ausgebliebene Schulreform zu ersetzen. Sie soll vielmehr das Bewußtsein der Lehrer vom Möglichen – ihre pädagogische Phantasie – wachhalten und auf diese Weise ihre Widerstandsfähigkeit stärken. Die neue Redaktionsgruppe für die REIHE ROTER PAUKER, die sich aus dem Arbeitsfeld Schule Hamburg gebildet hat, plant neben der Herausgabe von Unterrichtseinheiten zu grundsätzlich allen Schulstufen, -typen und -fächern auch die Veröffentlichung von Beiträgen, die sich mit den anderen Bereichen der Lehrertätigkeit befassen: Elternarbeit, Schülerarbeitsgemeinschaften, Schüleröffentlichkeit, Zensurengebung usw. Nur erprobtes Material, von dem sicher sein kann, daß es eine Praxishilfe darstellt, soll abgedruckt werden, wobei Planung und Erprobung nicht unbedingt in einer Hand liegen müssen.

Jedes Heft soll enthalten:

1. Planungshilfen mit Zielangaben sowie

2. geordnete Zusammenstellungen von Materialien und Quellenangaben in Verbindung mit

3. Erfahrungsberichten.

Es gibt mehrere Möglichkeiten für eure Mitarbeit:

- **Ihr sendet Manuskripte von Unterrichtseinheiten, Projekten und anderen schulischen Aktivitäten an die Redaktion.**
- **Ihr erprobt Material, das der Redaktion zugesandt wurde.**
- **Ihr äußert Bedürfnisse bezüglich der REIHE ROTER PAUKER.**
- **Ihr kritisiert die REIHE ROTER PAUKER.**

Eure Beiträge schickt bitte an Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

satzung zu übernehmen, ohne aber ihre Autonomie durch den Verzicht auf jegliches Mitgliedschaftsrecht völlig aufzugeben.

Aber nicht einmal dieser Kompromiß, von nahezu 80% der Landesvertreterversammlung getragen, wurde vom GEW-Bundesvorstand akzeptiert. Stattdessen spaltete dieser die GEW-Berlin, indem er eine sogenannte "GEW im DGB" mit ausgetretenen rechtssozialdemokratischen Mitgliedern gründete, obwohl dies einen eindeutigen Bruch der Bundessatzung darstellt (nach dem Urteil des Berliner Landgerichts).

Dieser Spalterverband ist gekennzeichnet durch folgende Merkmale:

1. Er hat das Vertrauen und die Unterstützung des DGB und des GEW-Bundesvorstandes.
2. Er hat kein Vermögen und bislang nur 1.300 Mitglieder (die GEW-Berlin dagegen hat 8.000 ordentliche und 4.000 außerordentliche Mitglieder).
3. Er hat zu verstehen gegeben, daß er nicht alle Mitglieder der GEW in diesen neuen Verband übernehmen würde; auf grauen Listen wurden all diejenigen erfaßt, die sich in der GEW "gewerkschaftsschädigend" verhalten hätten (es sollen mehrere hundert sein).
4. Er wird sich Anfang März eine von Frister persönlich ausgearbeitete Satzung geben, durch die die Entdemokratisierung der GEW ein gutes Stück vorangebracht werden wird, z. B. werden die Mitgliederversammlungen praktisch abgeschafft.

Übrigens gibt dieses Satzungsmodell einen guten Vorgeschmack auf die bis 1980 geplante erneute Neufassung der Bundessatzung, die die bisherigen Landessatzungen dann ganz ersetzen soll.

Das Arbeitsfeld Schule unterstützt deshalb alle weiteren Bestrebungen, die Gründung der Spalter-GEW wieder rückgängig zu machen und den legitimen Landesverband im DGB zu belassen. Das Arbeitsfeld wendet sich dagegen, das undemokratische, satzungswidrige und spalterische Vorgehen des GEW-Bundesvorstandes dadurch zu legitimieren, daß die Mitglieder auf Auflösung der GEW-Berlin und Übertritt in den Spalterverband orientiert werden.

Schüler gegen Maulkorb

Die Aushöhlung der Grundrechte und die massiven Disziplinierungsversuche manifestieren sich nicht mehr "nur" in den jetzt bald schon 5 Jahre alten Berufsverboten, also in Angriffen auf fortschrittliche Lehrer. Vor allem die am meisten unter der Krise des Bildungswesens leidende Schülerschaft ist Ziel der Einschüchterungsversuche.

Aktuelles Beispiel: Die Maßnahmen des Kultusministers (KuMi) von NRW Jürgen Girgensohn gegen die nordrheinwestfälische Schülerschaft und ihrer Landesschülervertretung (LSV). Es begann damit, daß der Landesverbindungslehrer Joachim von Rosenberg nicht ins Beamtenverhältnis übernommen wurde, er nach wie vor vom Berufsverbot bedroht ist und in sogenannten "Gesinnungsfächern" (Deutsch und Geschichte) nicht unterrichten darf. Die LSV begann, den Kampf gegen diese Schikanierung ihrer Arbeit zu organisieren. Sie gab eine Plakette gegen Berufsverbote heraus, deren Verbreitung auch prompt vom KuMi verboten wurde. Er bediente sich, im Einvernehmen mit den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern und unter Beifall der CDU-

AUTONOMIE 5

ist da. Das Heft befaßt sich im Schwerpunkt mit zwei politischen Prozessen: dem gegen R.Otto, K.H.Roth und Ph.Sauber, der gerade in Köln läuft; und dem Prozeß gegen Peter Schult, der in München stattfinden wird. Es geht um die linke Vorverurteilung, den Buback in den eigenen Köpfen, um die Notwendigkeit, Genossen im Knast in die Diskussionen draußen einzubeziehen. Es geht darum, für die Freiheit der angeklagten Genossen zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

- Gesinnungstäterschaft - über den Hintergrund des Kölner Prozesses
- Über Roland Otto und Philip Werner Sauber
- Texte von Karl Heinz Roth:
  Dialektik der Arbeit. Nichtarbeit/Proletarisierung
  (zur Auseinandersetzung mit der Alternativbewegung).
  Über Chr.Geisslers Buch: 'Wird Zeit, daß wir leben'.
  Befreiung und Militanz Kritik des Militantismus und
- Vorstoß in 'primitivere' Zeiten
- Unsere Moral, ihre Moral zum 'Fall' Peter Schult
- Für eine sexuelle Revolution wider die linken Spießer

Die AUTONOMIE erscheint unregelmäßig, mindestens jedoch gibt es jährlich vier Hefte. – Einzelheft: DM 6.00. Abonnement – 5 Hefte: DM 30.00. Zu beziehen über: Trikont-Verlag, Josephsburgstr.16, 8 München 80. Konten: M.Rohner, Postscheckamt München 31 2214–809. Hypobank München Ostbahnhof 4280126972

mehr wert
beiträge zur kritik der politischen ökonomie
8
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE GRUNDBEGRIFFE UND BEZIEHUNGEN
II Teil
Akkumulation und Beschäftigung
Studienmaterialien

mehr wert
beiträge zur kritik der politischen ökonomie
9
„Humanisierung der Arbeit" als gewerkschaftspolitisches Problem
Zum Theoriestatus der Betriebswirtschaftslehre
Die Leitung des kapitalistischen Produktionsprozesses

mehr wert
beiträge zur kritik der politischen ökonomie
10
Jürgen Habermas und die Kritik der ‚Kritik der politischen Ökonomie'
Zum Marx'schen Gesetz vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate
Gleichgewichtige erweiterte Reproduktion und fixes Kapital

mehr wert
beiträge zur kritik der politischen ökonomie
11
Zur These vom objektiven Entwicklungscharakter des Sozialismus
Warenproduktion, Planmäßigkeit und objektive ökonomische Gesetze des Sozialismus

Fraktion (vgl. Landtagsdebatte vom 14.12.1976), der schon von den Auseinandersetzungen mit den Asten und dem VDS bekannten Begründung, die LSV habe nur ein bildungspolitisches Mandat und könne nicht zu "allgemeinpolitischen" und "beamtenrechtlichen" Fragen Stellung beziehen.

Mit großer Resonanz wurde die Plakettenaktion jedoch weitergeführt; von August 1976 an wurden mittlerweile 15.000 Stück verkauft. Doch nicht nur die Plakettenaktion wurde dem KuMi zum Trotz durch-

eführt, es wurden Unterschriften esammelt, Flugblätter, Plakate, andzeitungen und Postkarten herusgegeben.

elche Angst der Staat doch vor ner für ihre Interessen eintretenen Schülerschaft hat, zeigt die eaktion des KuMi, des Schulkolleums, des Regierungspräsidenten d nicht zuletzt der einzelnen Schulter. Ausdrücklich wurden alle die V unterstützenden Aktivitäten auf m Schulgelände untersagt (in nigen Schulen NRW's sogar das agen der Plaketten). Kennzeichnd war dabei, wie "gut" doch das stem funktionierte, die Hierarchie f allen Ebenen, vom KuMi bis zum usmeister, einig gegen demokratine Rechte der Schüler vorging.

ß es sich hier nicht nur um die erspitzte Reaktion irgendeines Mi's handelt, sondern diese antimokratischen Maßnahmen in die, s momentane (Krisen-)Bild der D bestimmende, allgemeine Reession einzuordnen sind, zeigt ch, daß gerade im legislativen Beh die gleichen Bestrebungen zu ennen sind. So das neue Schulwirkungsgesetz (SchuMG), für so lange gekämpft wurde, wels jedoch in seiner vorgesehenen m dem KuMi und dem Schulleieine Position einräumt, daß in Praxis genau die gehabten hierarschen Strukturen in der Schule stehen bleiben. Als Beleg sei nur § 16. 3b zitiert: "Die Mitgliedaft in den Mitwirkungsorganen let... bei Ausschluß aus wichtigem nd durch die untere Schulaufsbehörde." Aus "wichtigem nd", das ist für einen hohen Been: "krankhaftes Nörglertum oder h die Wahrnehmung des politischen Mandates." Weiter sind im Entwurf des SchuMG weder überörtliche Zusammenschlüsse (LSV, Bezirks-SV...) noch eine Mitbestimmung am Unterrichtsgeschehen vorgesehen.

Vorläufiger Höhepunkt im Kampf der nordrhein-westfälischen Schüler war eine Demonstration am 18.12.1976 in Essen unter den Forderungen:

– Starke Interessensvertretungen in Schule und Betrieb ohne Maulkorb und Disziplinierungen, für wirksame Mitbestimmungsrechte!

– Sofortige Übernahme des Landesverbindungslehrers Rosenberg in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit!

– Sofortige Aufhebung des Vertriebsverbotes der Berufsverbotsplakette!

– Die gesetzliche Verankerung der Schülervertretung einschließlich der LSV mit politischem Mandat!

– Beseitigung des Bildungsnotstandes und Durchführung demokratischer Reformen der Schulorganisation und Lehrinhalte!

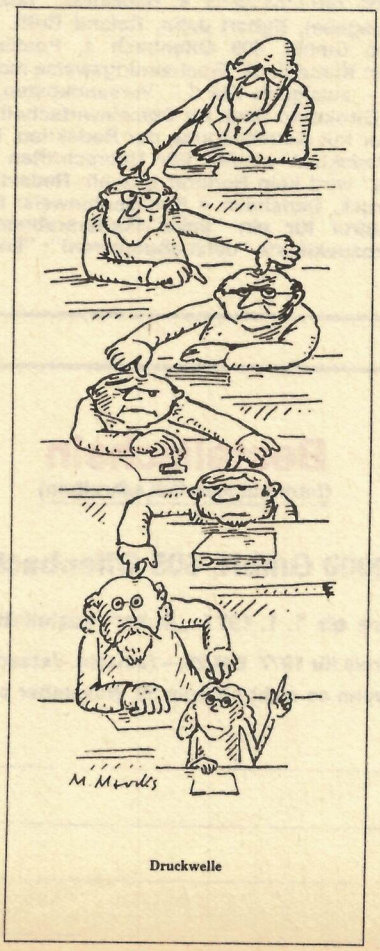
Den 10.000 Teilnehmern zeigte sich noch einmal die Welle der Solidarität von Gewerkschaften, demokratischen Jugendverbänden, Komitees gegen Berufsverbote und sogar ausländischen Gruppierungen, die alle die Forderungen der Schüler unterstützten.

Doch wie geht es weiter? Wie sind die Forderungen nach Demokratisierung der Schule sinnvoll durchzusetzen? Wie sieht die Perspektive für die Zukunft aus?

Wichtig ist und bleibt die Einheit der Betroffenen, das bedeutet, die Kämpfe von der Ebene KuMi contra LSV an die Basis zu bringen, zu zeigen, daß jeder einzelne Schüler von den Repressalien des Staates und von der Vernachlässigung des Bildungswesens berührt wird. Das bedeutet auch, die Forderung nach einem den Interessen der Schüler entsprechenden Bildungswesens zu konkretisieren, sie faßbar und durchsetzbar zu machen, z. B. die Aufhebung der Zensur des Schwarzen Brettes durch Anbringen von "Roten Brettern", an denen alles aufgehängt werden darf, durchzusetzen, Fachschaften zu gründen und deren Mitsprache bei Fachkonferenzen zu fordern. Dann gilt es weiter, die aktiven Schüler fester zu organisieren, zusammenzufassen, gemeinsam den Kampf zu führen, die Stoßrichtung klar zu machen, die Ursachen für die Misere des Bildungswesens der BRD aufzuzeigen.

Nur wenn es gelingt, auf der einen Seite die gesamte Schülerschaft – d. h. auch die Jüngeren müssen mit in den Kampf einbezogen werden – zu einem Sich-Aufbäumen, einem Sich-Wehren zu aktivieren, auf der anderen Seite aber ein breites Bündnis mit den gesellschaftlich relevanten Kräften zu knüpfen, dann sind Fortschritte in den Auseinandersetzungen um ein nach den Interessen der Schülerschaft geformtes Bildungssystem zu erzielen.

S. EBANK



Druckwelle

Schüleraktionen in Frankfurt und Hessen

Man kann mit Sicherheit behaupten, daß es seit einiger Zeit an allen Schulen in ganz Hessen "brodelte", daß jedoch der direkte Anstoß fehlte, diesen Unmut laut werden zu lassen. Der Anstoß kam dann endlich Ende letzten Jahres von Kassel, als dort rund 12.000 Schüler gemeinsam mit Eltern und Lehrern auf die Straße gingen (siehe Bericht in "links", Januar 1977). Ein weiterer wichtiger Aspekt war das nahe Ende des ersten Schulhalbjahres und der näherrükkende 1. Februar, an dem rund 1500 neu ausgebildete Lehrer nicht in den Schuldienst übernommen werden sollten. Hinzu kam, daß der Monat Februar von der GEW-Hessen zum Aktionsmonat bestimmt worden war; ein Beschluß, der allerdings vom GEW-Landesvorstand unterlaufen wurde, so daß nur in einigen Bezirken Aktionen zustande kamen.

Die Protestaktionen der Kasseler Schüler und die generelle Schulmisere führten an Frankfurts Schulen zu ersten Solidaritätskundgebungen. Die Schülervertretungen (SV) der einzelnen Schulen organisierten Vollversammlungen und planten erste Aktionstage. Vereinzelt kam es bereits vor Beginn der Weihnachtsferien zu aktiven Streiks, so z. B. an der Helmholtz- und Herderschule. Da an vielen Schulen die konkreten Informationen noch nicht bis zu der gesamten Schülerschaft vorgedrungen waren, wurde auf einer Stadtschülerratssitzung beschlossen, mit Ende der Ferien die Aktionen auf alle Frankfurter Schulen auszudehnen. Eine weitere wichtige Rolle in der Mobilisierung der Frankfurter Schulen spielte das Abendgymnasi-

Schülerlieder

Wieviele Lehrer müssen uns noch fehlen
bevor sich die Regierung besinnt
Wieviele Räume müssen uns noch fehlen
bevor man sich endlich entschließt
Wieviele Bücher müssen wir noch bezahlen
bevor man uns endlich welche gibt
Die Antwort, da braucht man nicht die Winde zu frag´n
die Antwort weiß ganz allein: na wer?

★

Hänschen Krollmann
Hänschen Krollmann
schläfst du noch
schläfst du noch
hörst du nicht die Schüler
hörst du nicht die Schüler
Streik Streik Streik
Streik Streik Streik
(Hans Krollmann ist hessischer Kultusminister)

★

Wenn ich mal alt bin, denk ich daran
was zur Schulzeit war
überfüllte Klassen, wenig Lehrer
da streikten wir, das war doch ganz klar
Ja, wenn ich mal alt bin, denk ich auch dran
daß man was ändern kann
man kann sich beschweren
man kann sich auch wehren
und man ändert´s dann

★

Das Wandern ist des Schülers Last
das Wandern ist des Schülers Last,
das Waandern.
Ja, das muß ne gute Schule sein,
die niemals führt das Wandern ein
die niemals führt das Wandern ein
das Waandern
Das Waandern...
Wir wandern stets von Raum zu Raum
die Zeit geht drauf, man glaubt es kaum
man glaubt es kaum
Ja, die Lehrer kommen viel zu spät
und können sehn wie´s weitergeht
und wir können sehn wie´s weitergeht
wie´s weitergeht.
Wie´s weitergeht...

★

(Das fotokopierte Liederblatt mit weiteren Spott- und Streikliedern vom Frankfurter Schülerstreik könnt ihr gegen Voreinsendung von DM 0,50 in Briefmarken beim SB erhalten.)

um an der Elisabethenschule. Dort sollten 6-8 Wochen vor dem Abitur 2 Lehrer mit 2/3 Stellen gekündigt werden. Fast eine Woche lang liefen täglich Vollversammlungen, aus denen jedes Mal spontane Aktionen hervorgingen, wie z. B.: Blockade der Eschersheimer Landstraße (der wichtigsten Verkehrsstraße Frankfurts) während des Feierabendverkehrs, Verteilung von Flugblättern und ein Fackelzug zur Hauptwache. Durch Pausen/Hof-Aktionen informierte und mobilisierte das Abendgymnasium die Schülerinnen der Elisabethenschule, die sich danach aktiv am Streik und Protest der bereits aktiven Frankfurter Schulen beteiligten.

Eine weitere Sitzung des Stadtschülerrats beschloß, soweit die einzelnen Schulen bereits dazu in der Lage waren, einen stadtweiten Aktionstag für den 1.2.1977. Dieser Termin wurde für viele Schulen ein Erfolgstag, ist aber nicht als Streikaktion im eigentlichen Sinne zu verstehen, da dieser Tag von den meisten Schulleitungen genehmigt worden war.

Nachdem der Stadtschülerrat es versäumte, eine Koordinierung in die Protestaktionen zu bringen und die Schulen nicht ausreichend von diesem Organ informiert wurden, stellten die SV-Vertreter der einzelnen Schulen ein Mißtrauensvotum. Der Aktionsausschuß, der sich bereits gebildet hatte, und an dem ein Großteil der Schulen beteiligt ist, übernahm nun die volle Koordination der Streikbewegung.

Da die Schwächen in der Koordination und Information nicht sofort überwunden werden konnten, kam es bereits am 1. Februar zu einer Demonstration, zu der sich nur ein Teil der streikenden Schulen zusammenfand. Am 2. Februar kam es dann zu einem Sternmarsch aller 12 zu dieser Zeit am Streik beteiligten Schulen zum Frankfurter Römer, woran sich rund 5000 Frankfurter Schüler beteiligten. Am 5. Februar fand eine weitere Demonstration mit ungefähr 2000 - 3000 Schülern statt.

Danach traten weitere Schulen in aktiven Streik, so z. B. die Bettinaschule. Gingen die Schülerproteste bislang von Gymnasiasten und einigen Berufsschulen aus, so beteiligten sich jetzt auch Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen. So zogen am Mittwoch, dem 9.2., rund 1200 Schüler zum Stadtschulamt und übergaben Resolutionen, auf denen ihre Forderungen notiert waren.

Im Verlauf der gesamten Aktionen wurden den Schülerinnen und Schülern von seiten der Direktionen Repressalien angedroht. Um die ständig wachsende Schülerbewegung zu unterdrücken, wurden Elternbriefe verschickt, keine Räume mehr für Vollversammlungen zur Verfügung gestellt und sogar ganze Klassen in ihre Räume eingesprerrt. In Berufsschulen wurde es den einzelnen Schülern fast unmöglich gemacht, sich zu beteiligen, da Benachrichtigungen an die Betriebe erfolgten. Zusätzlich zu den Schwierigkeiten, die der Schülerbewegung von den Behörden gemacht wurden, kam noch hinzu, daß die einzelnen Gremien, so auch der Aktionsausschuß der Frankfurter Schulen, untereinander zerstritten waren und sind. Dies ist nicht zuletzt der Verdienst von einigen politischen Gruppen, die immer wieder versuchen, die Schülerbewegung vor ihren Karren zu spannen und ihre eigene Politik durchzusetzen. Dies kam auch auf der Landesschülerratssitzung am 8.2. 1977 in Wiesbaden zum Ausdruck. Dort waren anfangs 1500 hessische Schüler zusammengekommen, die mit großer Mehrheit für landesweiten Streik plädierten.

Als erstes wurde die Tagesordnung dahingehend geändert, daß der Punkt "Urabstimmung über landesweiten Streik" darin aufgenommen wurde. Trotzdem fand erst ein ellenlanges Referat des Landesschulsprechers (und dazu noch Beiträge der einzelnen Gewerkschaften) statt, was den Unmut der Schüler hervorrief und zur Folge hatte, daß ein großer Teil abzog.

Bereits bei Beginn der Diskussion lagen mehrere Resolutionen für "Urabstimmung über landesweiten Streik" vor, und eine Alternativreso lution des Landesschülerrats, die f einen landesweiten Aktionstag a 8.3.1977 plädierte. Nachdem die A stimmung immer weiter, wie m schien bewußt, hinausgezogen wu de, mußten noch einmal mehre Schüler die Sitzung verlassen, die Busfahrer nicht bereit ware noch länger zu warten. Die endgu tige Abstimmung lautete dann 5 zu 402 Stimmen gegen Urabstim mung für landesweiten Streik. bemerken wäre noch, daß der La desschülerrat alle Schüler, die landesweiten Streik stimmten, ku zerhand in K-Gruppen einreihte, w nicht den Tatsachen entspricht.

Es ist jetzt die Frage zu stelle was diese Abstimmung für die g samte Schülerbewegung bedeut Sind wir in der Lage, die Mas der Schüler bis zum 8. März m tiviert zu halten? Bringt es uns etwa weitere kleine Aktionen heute an Schule, morgen an jener zu starte Was uns jetzt nur noch helfen kön te, wäre landesweiter Streik, de das ist es, was Krollmann u Börner am meisten fürchten. Da u jedoch diese Möglichkeit genomm wurde, beschlossen sowohl die K seler als auch die Frankfurter Sch ler die Urabstimmung dennoch der Woche vom 10.2. - 16.2.19 an den Schulen durchzuführen, u ab 17. Februar stadt- und kreisw zu streiken. Erfolgreich kann die Streik allerdings nur sein, wenn nigkeit sowohl in den Gremien, auch unter der gesamten Schü schaft herrscht.

EINE FRANKFURTER SCHÜLE

dpa

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 59 Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611/83 25 93 • Redaktion "links" zur Zeit Andreas Buro (press rechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch • Verleg Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrai Telefon 0611/83 25 93. Verlagssekretär: Klaus Vack. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexempl DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,– zuzüglich DM 5,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 Gmb Postscheck Frankfurt Nr. 61041-604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 174126 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geb nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redakti verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor de Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Bensheim • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospe "Gesamtverzeichnis VSA 1977"; Aufruf für ein "links"-Fördererabonnement mit anhängender Zahlkar Prospektkarte "links + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1977 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1977 DM 25,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____